

# Politische Berichte



21. September 1985  
Jg. 6 Nr. 19

G 7756 D

Preis:  
2,50

EG-Außenminister beschließen Sanktionen gegen  
Südafrika:

*Das kleben wir jetzt auf jeden  
Hubschrauber,  
den wir Pretoria liefern.*



Gesundheitszustand: AIDS — eine  
Seuche auf dem Boden der  
Armut  
Seite 10



SPD-Programmdiskussion: Bundes-  
tagsfraktion benutzt Haushaltsdebatte  
für ein Bekenntnis zur Marktwirt-  
schaft  
Seite 19



Ausstellung der Volksfront: "Zivil-  
schutz ist Kriegsvorberei-  
tung"  
Seite 29

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-  
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**DGB:** Nach dem "Dreiergipfel": Kampf um Arbeitszeitgesetze, Lohnstandard und Sozialleistungen würde immer noch was nutzen.... 4

**Neues Polizeigesetz:** Polizeivollmachten nach Art der Gestapo? 7

**Zivilschutz:** Fachtagung "Kommunale Friedensarbeit" ..... 7

**BetrVG:** SPD-Entwurf enthält Nützliches, CDU: Absage..... 8  
SPD-Entwurf und BetrVG..... 9

**AIDS:** Eine Seuche auf dem Boden der Armut..... 10  
"Bild" gegen Aids-Kranke..... 11

## Auslandsberichterstattung

**Großbritannien:** Gewerkschaftsbund nicht gespalten..... 12  
"Neues Großbritannien" ..... 13

**USA:** Spuren vom Kampf gegen die Sklaverei ..... 13

**USA/Kanada:** Ein Eisbrecher sorgt für Diskussionen..... 14

**Südafrika/Azania:** Die NUM setzt den Kampf fort..... 14

**Belgien:** Das "Sanierungsprogramm" fortsetzen..... 15

**VR China:** Boom der ländlichen Industrie..... 15

Internationale Meldungen..... 16

## Aus Parteien und Verbänden

**Veröffentlichungen**  
Arbeitslosen-Initiativen bei Grünen..... 18  
Gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungspolitik..... 18  
Widerstand gegen Sozialabbau.... 18  
BDI-Tagung zu Mittelstandspolitik 18  
Strafprozesse wegen "Gotteslästerung"..... 19

**SPD-Programmdiskussion:**  
Bundestagsfraktion: Bekenntnis zur Marktwirtschaft..... 19

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

**PolyGram:** "Bundesweit beachteter Modellversuch": Wochenendschicht..... 22

**Mittelstand:** Bayerische SPD zur

## "Mach' meinen Kumpel nicht an"

Unter diesem Motto ruft die DGB-Jugend und das Jugendmagazin 'ran zu einer Kampagne "Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" auf. Wer den Aufkleber benutzt oder den Anstecker trägt, soll zum Ausdruck bringen: "Ich mache nicht mit bei Ausländerfeindlichkeit!" und sich "vor unsere ausländischen Mitbürger stellen, wenn sie belästigt ... werden". Der DGB-Bundesvorstand unterstützt die Initiative. U.a. ausgerechnet Bundespräsident von Weizsäcker und die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Frau Funcke (FDP) wurden als prominente "Unterstützer" der Kampagne aufgetan. Widerlich ist, wie der DGB und die Redaktion von 'ran damit in die Öffentlichkeit gegangen sind und die Kampagne zu führen gedenken. Etablierte Parteien seien nicht "gegen Entscheidungen gefeiert, die vor dem Hintergrund wachsender Ausländerfeindlichkeit der 'Stimme des Volkes' folgen, statt ihr mutig zu widerstehen." Die Behauptung, "vor allem die Arbeiter und Arbeitslosen" seien Träger von Rassismus und Faschismus, erlaubt der Reaktion, ungeschoren an einer rassistischen Verfassung festzuhalten. Sie gibt die Grundlage ab für Sondergesetze und ungleiche Rechte. Vielleicht täuscht sich der DGB und die beteiligte, ausländerfeindliche Politik betreibende Prominenz aus der Regierung, so daß beide sich zu Forderungen nach Beseitigung von Sondergesetzen verhalten müssen.— (düb)

## Von Weizsäcker: Preußische Tugend nach Afrika!

Bundespräsident von Weizsäcker will nach Afrika. Ende dieses Monats will von Weizsäcker mit einem "Hilfs-transport der Bundeswehr", so die Meldung von dpa, in den Sudan, um sich dort als Schirmherr der "Welthungerhilfe" über "die Wirksamkeit der Hunger- und Flüchtlingshilfe der deutschen Hilfswerke" zu informieren. In Vorbereitung dieses Unternehmens nutzte von Weizsäcker Anfang September den Besuch des Staatsschefs der Republik Niger, Seyni Kountché, zu grundsätzlichen Bemerkungen, wie Afrika zu helfen sei, sowie über die Geschichte deutschen Wirkens in Afrika. Am nigerischen Staatschef Kountché, 1974 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, entdeckte er "preußische Tugenden": "Man sagt, Herr Präsident, daß der Preußenkönig Friedrich der Große zu ihren Vorbildern gehöre. Ihr Verständnis von Ihrem Amt als Verpflichtung gegenüber Ihrem Land und Ihrem Volk ... Ihre persönliche Bescheidenheit sind in der Tat auch preußische Tugenden. Und wenn sie schon am frühen Morgen überraschend selbst in fernen Provinzhauptstädten erscheinen, um sich dort zu Dienst-

beginn von der Pflichtauffassung Ihrer Beamten und Soldaten persönlich zu überzeugen, so erinnert auch dies an das alte Preußen." Von Weizsäcker weiter über deutsches Wirken in Afrika: "Der geschichtsträchtige große Strom Niger ... hat schon frühzeitig den Wunsch deutscher Forscher geweckt, diese Region Afrikas zu erkunden. Ich denke dabei an Namen wie Vogel, Rohlf und Nachtigall." Das "alte Preußen", das war Bauern-



von Weizsäcker

schinderei durch feudale und später kapitalistische Junker, ständige Expansionskriege und Militarismus. Und die "deutschen Forscher" Vogel, Rohlf und Nachtigall waren Wegbereiter des deutschen Imperialismus in Afrika und Propagandisten der Kolonialpolitik. Ihnen folgte die "preußische Tugend" in Gestalt deutscher Kolonialtruppen, deren Massaker gegen Aufständische insbesondere in Namibia noch heute in furchtbarer Erinnerung sind. An solchen Traditionen will von Weizsäcker bei seinem Afrikabesuch mit Bundeswehrebegleitung anknüpfen.— (rül)

## Konferenz gegen atomare Bewaffnung der BRD

Die etwa 300 Teilnehmer der Konferenz "Atombomben made in Germany?" wenden sich in einer gemeinsamen Abschlusserklärung an die 3. Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffen. Sie klagen die BRD an, weil sie sich Zug um Zug Möglichkeiten verschaffe, über Atomwaffen zu verfügen: "40 Jahre nach Beendigung des vom deutschen Faschismus entfesselten zweiten Weltkrieges werden in der Bundesrepublik zielstrebig alle Voraussetzungen sowohl für eine umfassende Teilhabe an der Verfügung über Atomwaffen als auch für eine nationale nukleare Bewaffnung geschaffen. Darüber hinaus wird seitens der Bundesrepublik die atomare Aufrüstung innerhalb Westeuropas und der NATO beschleunigt und durch den Export von Atomwaffentechnologien die Anzahl

der Atomwaffenstaaten weltweit erhöht ... Mit der Unterstützung und der angestrebten Mitwirkung an SDI verletzt die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag gleich zweifach: Das gigantische SDI-Aufrüstungsprogramm widerspricht der Abrüstungsverpflichtung und beinhaltet eine weitergehende Beteiligung der Bundesrepublik an einem Programm atomarer Kriegsführung und potentiell eine Mitwirkung der Bundesrepublik an den vorgesehenen Atomzündungen im Rahmen von SDI ... Die Bundesrepublik ist nicht nur Stationierungsgebiet für Erstschlagwaffen, sie wird nicht nur im Falle eines Krieges nukleares Schlachtfeld sein, sondern sie ist bereits Atomwaffenschmiede und damit nicht Biedermann, sondern Brandstifter." Obgleich verschiedene Teilnehmer auf der Konferenz nachwiesen, daß die BRD sich z.B. im Rahmen der deutsch-französischen nuklearen Zusammenarbeit Zugriff auf Kernwaffen sichert, konnten sozial-

demokratische Teilnehmer verhindern, daß die "europäischen Sicherheitskonzepte" in der Erklärung angegriffen wurden. — (uld)

### Freiheit für Südafrika und Namibia! Boycott gegen Apartheid!

Zu der Demonstration am 21. September in Bonn rufen inzwischen mehr als 47 Parteien, Verbände und Komitees auf, darunter: Akafrik, Anti-Apartheidbewegung, Buko, BWK, DFG-VK, DKP, Falken, GIM, Die Grünen, Jungsozialisten, KPD, MSB, MLPD, SDAJ, VDS, Volksfront, VVN-BdA.

Auf der Abschlußkundgebung sollen u.a. Vertreter der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO reden, leider aber kein Vertreter der schwarzen Gewerkschaften.

Die Demonstration beginnt um 12.00 Uhr in Bonn, Südfriedhof. Abschlußkundgebung ist um 14.00 Uhr, Münsterplatz. — (uld)



Weit über 10000 Leute haben sich an Aktionen und Demonstrationen der verschiedenen kurdischen und türkischen Organisationen zum 5. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei beteiligt. Die Demonstration in Köln, zu der PKK u.a. aufgerufen hatten, (Bild unten rechts) war weitgehend von Forderungen gegen das Militärregime und das Recht auf Selbstbestimmung des kurdischen Volkes geprägt. Eine Woche zuvor hatten DİF und ATİF u.a. gegen die Militärregierung in der Türkei protestiert und die Ausländerfeindlichkeit in der BRD angegriffen. (Bild oben) FİDEF, KOMKAR u.a. organisierten in vielen Städten Pressekonferenzen, Mahnwachen (Bild links unten), Podiumsdiskussionen. Bei der Podiumsdiskussion in Köln, zu der Vertreter der IGM, der GEW und der Grünen gekommen waren, griff der Vertreter der IGM die Bundesregierung wegen der "Türkeihilfe" an und erklärte, die Arbeiterklassen der Türkei und der BRD müßten sich gegenseitig unterstützen. — (jöd, eve)

Eigentumsförderung..... 22

**Wirtschaftsförderung:** Die CDU schafft Arbeitsplätze — und was für welche..... 23

**Kindertagesheime:** Mit "mehr Bürgernähe" für mehr Lohnsenkung 23

**Teststrecke Boxberg:** BVerwG: Daimler-Benz bietet Gewähr für "Gemeinwohl"..... 24

**Bayern:** Erziehung zum "nützlichen Idioten" ..... 25

**Essen:** Patenschaft Hindenburg bleibt erhalten..... 25

**Niedersachsen:** Braunschweig — Statt null Bock mehr Bürgersinn .. 26  
Zielkonzept der Landesausstellung 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

**Volksfront:** "Zivilschutz ist Kriegsvorbereitung"..... 29

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

**Kino:** Billy Wilder: "Eins-Zwei-Drei"..... 30

**Alexis Sorbas:** Nach 20 Jahren noch empfehlenswert ..... 30

**Rambo II:** Hetzfilm für einen ungerechten Krieg..... 30

**Germanisten:** Goethe und kein Ende ..... 31

**MLPD und Südafrika/Azania:** Rassenfrage oder Klassenfrage? Eine falsche Fragestellung! ..... 31

**Gerd-Klaus Kaltenbrunner:** Eine "Praktische Philosophie" der Konterrevolution..... 32

Spezialberichte

**WAA Wackersdorf:** Konservative Kritik schwächt den Widerstand 34  
Seit 1981 wird die WAA bekämpft. 34  
Der Widerstand wird hauptsächlich von konservativen Kräften getragen ..... 35  
Wiederaufarbeitung: Für die Kapitalisten unverzichtbar ..... 36  
DGB wenig hilfreich; SPD-Frontwechsel möglich; GRÜNE für Stilllegung aller Atomanlagen. .... 38  
Kritik an imperialistischen Zielen ist entwickelt — aber schwer durchsetzbar ..... 39

Titelbild: Karikatur, tis, HH

## DGB und Regierung

## Nach dem "Dreiergipfel": politischer Kampf um Arbeitszeitgesetz, Lohnstandard und Sozialleistungen würde immer noch was nutzen

Das "Dreiergespräch" zwischen Regierung, Kapitalistenvertretern und DGB brachte Kohl bedeutende Pluspunkte. Von Regierungsseite waren faktische Vorbedingungen für die Einladung an die Gewerkschaften gestellt: Gekürzte Sozialleistungen, die nicht zurückgenommen werden (so hatten z.B. Kohl und Blüm vorweg erklärt, daß mit den Überschüssen bei der Arbeitslosenkasse keinesfalls frühere Leistungen wiederhergestellt würden); sodann die Drohung, die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Beschäftigte gesetzlich zu verbieten. Unter solchen Umständen konnte die Einladung nur eine Einladung zur Zustimmung sein, und es war gewiß verkehrt, daß der DGB sie ohne Vorbedingungen angenommen und damit für die Öffentlichkeit die "angebotsorientierte" Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung als gangbare Linie akzeptiert hat, eine Politik, die plump und platt bedeutet, bestimmte Arbeitskraft sei überschüssig, weil zu teuer, marktgerechtes Verhalten bedeute ihre Verbilligung oder ihr Verschwinden vom Markt.

Gegen diesen jetzt entstandenen Eindruck der Zustimmung zur Regierungspolitik wäre es besser gewesen, der DGB hätte die Richtung und die Gegenstände des Gesprächs vorweg klargestellt, zum Beispiel: Wie kann die verschlechterte Position der Renten-, Sozialhilfe-, Arbeitslosengeldempfänger verbessert werden? Wer bringt die Mittel für die nötigen höheren Sozialleistungen auf? Da eine sol-

che Zielsetzung gefehlt hat, war ein Erfolg für den DGB nicht zu erwarten. Das sieht man selbst an dem Wenigen, was— für DGBler immer unwiderstehlich— in der Auseinandersetzung mit der DAG gewonnen wurde. Diese tagte jetzt separat mit dem Kanzler und konnte sich, sonst unter ferner liefen kaum registriert, als einflußreich profilieren. Kohl hat den DGB auch in dieser eher lächerlichen Sache ausgespielt.

Die Regierung hat in keiner vom DGB vorgebrachten Frage Zugeständnisse gemacht:

— Keine Woche nach dem "Dreiergespräch" beschloß die Bundestagsfraktion von CDU/CSU, entsprechend dem Vorschlag der Liberalen die Bei-



Stoltenberg "Spielraum" für Lohn bei, na vielleicht, 2%?

träge zur Arbeitslosenversicherung ab 1. Januar 1986 um 0,1 Prozent zu senken, was den Kapitalisten Lohnkosten in Höhe von etwa 750 Millionen DM spart. Der Rest der aus Leistungskürzungen stammenden Überschüsse der Arbeitslosenkasse soll für eine "Qualifizierungskampagne" vernutzt werden, die den Kapitalisten eine Überfüllung des Arbeitsmarktes auch bei Facharbeitern beschert. ("Vertreter des Handwerks" in der Unionsfraktion haben sofort erklärt, daß sie nicht nur Lehrlinge, sondern auch Arbeitslose "ausbilden" wollten.)

— Die FDP bringt Ende Oktober/Anfang November eine Neuformulierung des Arbeitsförderungsgesetzes ein, die die "Neutralitätsverpflichtung" der Bundesanstalt für Arbeit bei Tarifikämpfen sicherstellen werde.

— Mitbestimmung von Betriebsräten bei der Einführung neuer Technologien lehnt die Regierung ab (s.a. Artikel S. 8).

Welche Hoffnungen kann sich der DGB auf einen anderen Ausgang des Treffens gemacht haben? Was bewegt Breit und andere zur Suche nach der Zusammenarbeit mit der Regierung und zur Annäherung an ihre Wirtschaftspolitik? Die theoretische Grundlage für eine Zusammenarbeit liegen in der konkreten Konjunktursituation begraben. Viele Wirtschaftswissenschaftler geben zu, daß die Inlandsnachfrage, vor allem nach Konsumtionsgütern, zu wünschen übrig lasse, also müsse, um dem Kapitalinteresse zu dienen, etwas zur Belebung der Inlandsnachfrage geschehen. Hier

### BAG: Beamte zum Streikbruch verpflichtet!

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat die Anordnung des ehemaligen SPD-Bundespostministers Gscheidle für rechtens erklärt, Beamte auf Plätzen von streikenden Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes einzusetzen. Gscheidle hatte 1980 während des Streiks der Deutschen Postgewerkschaft für bessere Arbeitsbedingungen der Schichtarbeiter erstmals Beamte zum Streikbrechereinsatz zwangsverpflichtet. Mit dem jetzigen Urteil des BAG soll der Weg bereitet werden, das Streikrecht für weite Bereiche des öffentlichen Dienstes sofort und auf Dauer für den gesamten öffentlichen Dienst zu vernichten. Bei der Post z.B. sind zwei Drittel der Beschäftigten verbeamtet. Ohne das Streikrecht für Beamte in der Praxis der Tarifikämpfe durchzusetzen, wird hier nichts mehr ge-

hen. Das BAG-Urteil hält es mit dem Grundsatz der Tarifautonomie und der "Neutralitätspflicht des Staates" für vereinbar, daß der Staat mit seiner Hoheitsgewalt (Beamtenrecht) in Tarifikämpfe eingreift. Bis zur Zwangsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern zu Streikbrechertätigkeiten ist es dann nicht mehr weit. — (kar)

### CDU kündigt weitere Verfolgung von Asylbewerbern an

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerster, Haushaltsberichterstatte für das Bundesinnenministerium, kündigte jüngst Personalaufstockungen im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf an: Ab 1.10. sollen 90 und ab 1.1.86 weitere 36 Planstellen besetzt werden, um die Asylverfahren zu verkürzen. Neben dieser Maßnahme zur beschleunigten Abschiebung von Asylbewerbern fordert er ein schärferes Asylrecht. Der Westberliner Innense-

nator Lummer treibt rassistische Hetze gegen Asylbewerber und verlangt u.a. die Änderung des Asylrechts-Paragraphen im Grundgesetz, um den "starken Zustrom von Asylbewerbern" zu stoppen. Asylbewerber in der BRD seien vor allem "Wirtschaftsflüchtlinge", "zum Zwecke der Prostitution eingereiste Afrikanerinnen" und die "mit 50prozentiger statistischer Wahrscheinlichkeit kriminellen Libanesen". (Deutschland-Union-Dienst, 29.8., 12.9. — uld)

### Riesenhuber: 1 Mrd. DM für "Eureka"-Projekte

Das Bundesforschungsministerium wird für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Rahmen von "Eureka", dem Rüstungs- und Hochtechnologieprogramm der EG, den westdeutschen Kapitalisten 1986 60 Mio. DM zur Verfügung stellen. 1987 bis 1990 sollen "Verpflichtungsermächtigungen" von 1 Mrd. DM folgen. Das hat





"Herbstaktionen" durch "Dreiergipfel" von Breit in den Sand gesetzt (Bild: DGB-Aktionen 1982).

keimen nun die Hoffnungen sozialdemokratischer DGBler. Ein Ausgleich zwischen der ungleichen Entwicklung in der Produktion bei Investitionsgütern einerseits und Lohngütern andererseits soll zur Abstumpfung des Klassengegensatzes benutzt werden.

Diesem frommen Wunsch steht aber einiges entgegen. Eine Nachfragebelegung durch höhere Einkommen der einzelnen Lohnabhängigen stößt auf erbitterten Widerstand der Kapitalisten und der reaktionären Wirtschaftspolitik, denn der niedrige Lohn stellt gegenwärtig die Haupttriebfeder für das wirtschaftliche Geschehen dar. Er bewirkt die Überfüllung des Arbeitsmarktes, weil immer mehr Familienangehörige einen Zuerwerb suchen müssen, und der niedrige Lohn bewirkt eine Verschärfung der Laufbahnkonkurrenz. Niedrige Sozialleistungen sind die notwendige Ergän-

zung: Sie setzen den Maßstab, zu dem Arbeitskraft überhaupt zu haben ist, d.h. ein niedriger Sozialhilfeszatz wird neue Anwendungsmöglichkeiten von menschlicher Arbeitskraft bewirken. Deswegen bleiben niedrige Löhne, vor allem nach unten hin beliebig niedrige, und Sozialleistungen für die konservativ-liberale Wirtschaftspolitik das Gebot der Stunde.

Als Zeuge sei der Finanzminister zitiert, der das von IGM-Steinkühler aufgebrachte Mißverständnis abwehrt, je für höhere Löhne eingetreten zu sein. Stoltenberg im Bundestag:

"Ich empfehle, 1986 den Spielraum bei Tarifverhandlungen für einen Anstieg der verfügbaren Einkommen zu nutzen, statt diesmal kostspielige Arbeitszeitverkürzungen zu machen. Wenn ich sage— das habe ich mir gut überlegt —: 'den Spielraum', nehme ich keine Bewertung vor, wie hoch der

Spielraum sein wird... es geht natürlich um eine Weichenstellung: ob der dann zu definierende, letzten Endes ja aus den Verhandlungen der Tarifpartner entstehende Spielraum wirklich genutzt wird zur Steigerung der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und damit auch einer vernünftigen Nachfrage oder ob wir wieder ein Ergebnis— wie in diesem Jahr für die Metallarbeiter— haben werden, wo wir Kosten von 5 bis 6% mehr haben für die Betriebe, auch für die notleidenden Betriebe, und eine Einkommenssteigerung für die Arbeitnehmer von brutto 2%, d.h. in der Regel netto 1%. Das ist keine Politik, die den Interessen der Arbeitnehmer dient. Es ist auch keine Politik, die unserer volkswirtschaftlichen Strategie dient."

So erntet der reformistische Versuch, der unvermeidlichen Konfrontation mit den Kapitalisten beim Aufwerfen der Frage der Lohnhöhe auf das Feld der Arbeitszeit auszuweichen, nur den demagogischen Spott der Reaktionäre, die offen die Differenzierung der Löhne nach Betrieben fordern und damit Tarifverträge generell in Frage stellen. Und wird die "angebotsorientierte" Lohnpolitik, wie sie Stoltenberg und andere predigen— Verbilligung des Angebots an Arbeitskraft erhöht die Nachfrage nach ihr—, nicht geradezu bestätigt von der durch die Regierung jetzt ständig hervorgehobenen Zunahme der Beschäftigtenzahl, was bei genügendem Umfang selbst dann die Nachfrage nach Lohngütern stärke, wenn jeder einzelne Beschäftigte bedeutend weniger hat?

Steinkühler und Breit müßten bei der Arbeitszeitfrage nicht so dastehen: Statt irgendetwas zu suchen, was für alle nützlich sei, hätte die politische Auseinandersetzung mit der Re-

das "Europa-Kabinett" der Bundesregierung, d.h. die Minister Genscher, Stoltenberg, Bangemann und Riesenhuber, beschlossen. Im November werden in Hannover die Außen- und Forschungsminister aus 17 Staaten erneut über das "Eureka"-Programm.— (rül)

#### SDI: BRD-Kapitalisten wünschen "Rahmenabkommen"

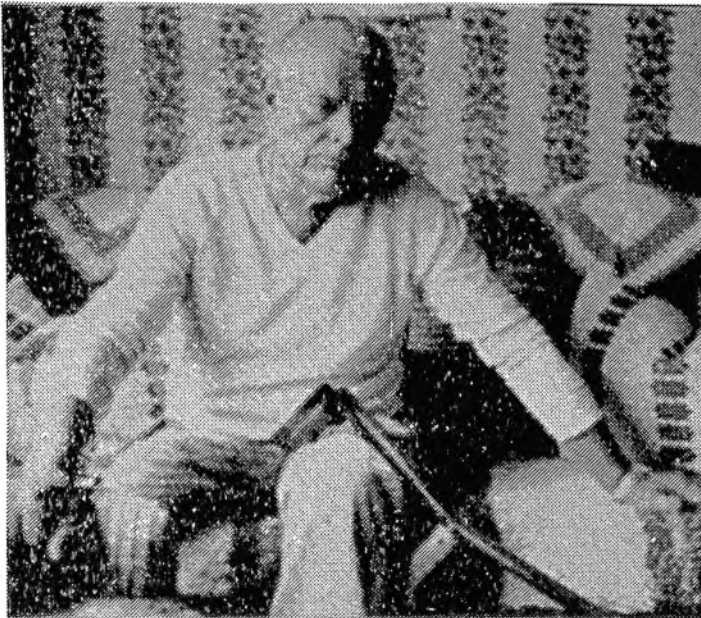
"Sehr optimistisch" sei die Delegation von 30 Kapitalisten und Regierungsvertretern zurückgekehrt, die in den USA die Möglichkeiten einer Beteiligung der BRD am Weltraumrüstungsprogramm "SDI" erkundet habe, meldet das "Handelsblatt". An zwei Produkten sollen US-Regierung und US-Kapitalisten schon Interesse bekundet haben: an einem von MBB entwickelten Erdbeobachtungssatelliten und an dem von Dornier entwickelten Radar "IPS".— Am 12.9. gab MBB die Gründung einer neuen "Weltraumnutzungs"-Firma "Intospace" bekannt.

Der italienische Rüstungskonzern Aeritalia ist an "Intospace" beteiligt. Eine Beteiligung von British Aerospace und Matra aus Frankreich sei ebenfalls erwünscht, heißt es. MBB will für "Intospace" eine Monopolstellung bei der "kommerziellen" Weltraumnutzung erobern, wie sie "Arianespace" bei Trägerraketen besitzt. 50% der Anteile sollen in westdeutscher Hand bleiben. Gelingt dieses Projekt, so wären die BRD-Imperialisten bei ihrem Versuch, die Vorherrschaft in der Weltraumrüstung in Westeuropa zu erringen, einen großen Schritt weiter.— (rül)

#### Bundeswehr übt wieder in der Türkei

"1000 Soldaten der 1. Luftlandedivision des deutschen Heeres werden gemeinsam mit amerikanischen, belgischen, britischen und italienischen Truppenkontingenten an der AMF-Übung Archway Express vom 24. Sep-

tember bis 23. Oktober in Thrakien in der Türkei teilnehmen", teilte das Verteidigungsministerium in Bonn am 3.9. in einer Presseerklärung mit. "AMF" heißt dabei "Allied Command Europe Mobile Force", zu deutsch etwa: "Beweglicher Eingreifverband des Alliierten Kommandos Europa". Die Übung solle "vor allem an den Flanken des Vertragsgebietes ein sichtbares Zeichen der Solidarität der NATO-Staaten" setzen, verkündet Wörners Ministerium weiter. Tatsächlich ist die Übung eine Drohung gegen die Staaten in Nahost, denen damit demonstriert wird, wie schnell die NATO in dieser Region zu intervenieren in der Lage ist, sowie eine Drohung gegen den Befreiungskampf in den kurdischen Gebieten der Türkei. Insgesamt 5200 Soldaten mit 1500 Fahrzeugen nehmen an den Übungen teil. Die Manöver bedeuten eine neuerliche Unterstützung der NATO für die türkische Militärjunta.— (rül)



Die Arbeitsmarktpolitik der Regierung will gesetzlich ermöglichen, was jetzt schon zunehmend einzelne Lohnabhängige unter dem Druck von Armut und Arbeitslosigkeit zu akzeptieren bereit sind.

gierung gesucht werden können. Es hätte viel geholfen, hätte der DGB bei Kohl etwas zur Frage der gesetzlichen Einschränkung der Arbeitszeit verlangt, zum Entwurf von Blüm, der bestehende Schranken lockern und abschaffen will, zu den Ansatzpunkten in den Gesetzentwürfen von SPD und GRÜNEN, zumal sich SPDler sogar zur Forderung nach gesetzlichem Verbot von Überstunden hinreißen lassen.

Nach letzten Meldungen ist allerdings eher Schlimmes zu befürchten: Vorstandsmitglied Janßen verbreitet, man strebe nur einen Lohntarifvertrag mit sechs Monaten Laufzeit an, um dann nach Ablauf dieses Vertrags sowie des Manteltarifvertrags am 1. Oktober 1986 höhere Einkommen und kürzere Arbeitszeit zusammen zu verhandeln. "Eine einseitige Konzentration auf Lohnprozente lehnt Janßen ab", zitiert ihn die Presse, und

man muß leider erwarten, daß nach niedrigen Lohnprozenten (gegen die niemand groß was machen wird können, weil sie eh nur für ein halbes Jahr sind) die IG Metall nicht mehr die Kraft gegen einen Flexi-Abschluß aufbringen wird. Mag sein, daß Tarifexperte Janßen und Schlautaktiker Steinkühler das für die richtige taktische Antwort auf Stoltenbergs Äußerung zum Lohnkampf gehalten haben. Besser wäre aber dafür zu sorgen, daß nicht mit einer so eingeleiteten matten Neuauflage der 35-Stunden-Kampagne die Gewerkschaften in eine deftige Niederlage geführt werden.

Ein Meinungsbild der Gewerkschaften zur gesetzlichen Einschränkung der Arbeitszeit ist unserer Meinung nach unumgänglich, denn es geht nicht an, daß die Beschlußlage von Gewerkschaftstagen und großen Gewerkschaften hinter vorliegenden Geset-

zesinitiativen zurückbleibt.

Zweitens wird es Zeit, die Lohnfrage konkret aufzuwerfen, d.h. wie hoch soll eine Erhöhung sein, wie hoch kann sie sein.

Drittens wäre es nötig herauszustellen, daß im Kampf für eine weitere Arbeitszeitverkürzung eine Reihe von Einschränkungen gegen weitere Flexibilisierungsansinnen der Kapitalisten sein müssen.

Schließlich und endlich: Zum Kampf um den Lohn- und Einkommensstandard gehört der politische Kampf um die Höhe der Versicherungs- und Sozialleistungen. Eine Kritik der "angebotsorientierten" Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die Gewerkschaften könnte in der öffentlichen Meinung doch einiges bewirken.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, 5. bis 16.9.85; Bundestagsprotokoll 10/152— (alk, maf)

### Neues Rückkehrhilfegesetz der Bundesregierung

Im Bundestag liegt ein neues Rückkehrhilfegesetz der Bundesregierung vor: "Gesetz über eine Wiedereingliederungshilfe im Wohnungsbau für rückkehrende Ausländer". Verantwortlicher Minister für das Gesetz ist erneut Norbert Blüm. Ausländische Lohnabhängige sollen künftig Bausparkdarlehen für den Bau von Wohnungen in ihrem "Heimatland" beantragen und dafür Prämien und Steuererleichterungen verlangen dürfen. Bedingung: Sie müssen aus Staaten außerhalb der EG kommen und die BRD vier Jahren nach Beginn der Auszahlung der Bausparsumme "auf Dauer verlassen". Die Bundesregierung weist die Bausparkassen ausdrücklich darauf hin, "die Vorschrift des §7 des Bausparkassengesetzes über die Besicherung der Darlehen zu beachten", sprich: auf pfändbare Vermögen der

ausländischen Lohnabhängigen zu achten. Angeblich soll das neue Gesetz die "Rückkehrwilligkeit" der Ausländer fördern, da diese sich nun ein Haus bauen könnten. Tatsächlich wird die Vertreibung von alten Ausländern gefördert, ergänzt um die Möglichkeit, ihnen auch noch das wenige, was sie mitnehmen, durch Bausparkassen zu pfänden. (BT-Ds. 10/3760— rül)

### FDP: Antistreikgesetz noch in diesem Jahr!

Der Vorsitzende der FDP-Kommission "Arbeitskampfrecht", der bayerische FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner, hat auf die Vorlage eines sogenannten "Neutralitätsgesetzes" zwecks Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes entsprechend den Vorschlägen des früheren Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Müller (siehe Politische Berichte 18/85) noch in diesem Jahr gedrängt. Laut Brunner haben sich dar-

auf auch die Führungen der Bundestagsfraktionen von CDU, CSU und FDP geeinigt. Ende Oktober/Anfang November soll der Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht werden. Bis dahin, so Brunner weiter, hätten die Tarifparteien "noch eine Frist". Die FDP macht sich damit weiter zum entschiedensten Verfechter staatlicher Angriffe auf das Streikrecht der Gewerkschaften und erlaubt CDU und CSU, als Beschützer der "Tarifautonomie" dazustehen.— (rül)

### Außenminister der EG stärken das südafrikanische Regime

Nachdem die Außenminister Italiens, Luxemburgs und der Niederlande im Auftrag der EG Südafrika besucht und sich vor Ort mit der südafrikanischen Regierung beraten hatten, faßten alle zehn Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 10. September einstimmig einen Beschluß, in dem sie die südafrikanische Regierung auffor-

## Neues Polizeigesetz

### Künftig Polizeivollmachten nach Art der Gestapo?

Die sogleich nach dem "Volkszählungsurteil" des Bundesverfassungsgerichts von den Innenministern eingeleitete "Überprüfung" der Polizeigesetze, angeblich zwecks Klärung, wie weit die polizeiliche Datenerhebung mittels "Lauschangriff", V-Leuten usw. einer gesetzlichen "Neuordnung" bedarf, hat erste Früchte getragen. Seit Ende Juli ist der Musterentwurf eines neuen, bundeseinheitlichen Polizeigesetzes öffentlich bekannt, das der polizeilichen Schnüffelei und Bespitzelung die wenigen noch bestehenden Schranken aus dem Weg räumt.

Ausgearbeitet wurde der Gesetzesentwurf vom Arbeitskreis II "Öffentliche Sicherheit und Ordnung" der Innenministerkonferenz unter Vorsitz des Innenministeriums von NRW. Der Gesetzesentwurf ist also zwischen SPD und Unionsparteien abgestimmt. Die Innenminister haben den Entwurf auch der Justizministerkonferenz zugeleitet. Sie selbst wollen sich am 16./17.10. erneut mit ihm befassen.

Der Gesetzesentwurf räumt der Polizei, sollte er in der jetzigen Fassung in den Bundesländern verabschiedet werden, von jeder gerichtlichen oder anderen Kontrolle befreite Vollmachten zur Schnüffelei und Bespitzelung von "Verdächtigen" ein und verpflichtet sie, alle so gewonnenen Erkenntnisse an Geheimdienste wie den Verfassungsschutz weiterzuleiten. In der Erläuterung zum Gesetzesentwurf heißt es, daß mit dieser Datenerhebung kein konkretes Verdachtsmoment verbunden sein muß: "Vielmehr soll Vorsorge getroffen werden für Gefahrenlagen, die nach den bisherigen Erkenntnissen

und nach einer sachgerechten Prognose oft eintreten, ohne daß sie örtlich und zeitlich genau vorherzusehen sind." Wem z.B. der Lohn gekürzt wird, bei dem tritt "oft ein", daß er sich dagegen zur Wehr setzt und mit anderen zusammen streikt. Streikt er "wild", so wird er zur polizeilichen "Gefahrenlage". Der Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz soll die Polizeiorgane auf solche "Gefahrenlagen" scharf machen.

In § 8 c des Entwurfs wird zusätzlich auch die Bespitzelung von Einzelpersonen und Organisationen in Privaträumen "geordnet". Wörtlich heißt es:

"(1) Die Polizei kann personenbezogene Daten auch über andere als die in den §§ 4, 5 und 6 genannten sowie über andere Personen

- durch längerfristige Observation,
- durch verdeckten Einsatz von technischen Mitteln,
- durch Einsatz von Polizeivollzugsbeamten unter einer Legende,
- durch längerfristigen, planvollen Einsatz von V-Personen

nur erheben zur

1. Abwehr einer erheblichen Gefahr,

2. vorbeugenden Bekämpfung der in § 100 a der Strafprozeßordnung und der in den §§ 176 bis 181 a, 243, 244, 260, 263 bis 265, 266 und 324 bis 330 a des Strafgesetzbuches genannten Straftaten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß eine dieser Straftaten begangen werden soll, oder

3. vorbeugenden Bekämpfung anderer Straftaten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß die Straftat gewerbsmäßig, gewohnheitsmäßig oder von Banden begangen werden soll."

Die Formeln "zur Abwehr einer erheblichen Gefahr" und "oder andere Personen" erlauben die Ausdehnung

solcher Schnüffeleien auf praktisch jeden "Polizeiverdächtigen".

Neu auch gegenüber den bisherigen Polizeipraktiken ist zudem, daß die Polizei solche Bespitzelungen ohne Einschaltung irgendeines Richters, Staatsanwaltes oder gar eines parlamentarischen Kontrollorgans einleiten darf. Der Willkür der von den Innenministern befehligten Polizeiorgane steht damit keine behördliche, gerichtliche oder gar parlamentarische Kontrolle mehr im Wege. Derartige Polizeikompetenzen gab es zuletzt bei der Gestapo. Die GRÜNEN in Baden-Württemberg wollen eine Debatte über den Musterentwurf im Landtag erreichen. Solche Initiativen sind auch in den anderen Bundesländern nötig, wenn die große Koalition von SPD und Union in Fragen der "inneren Sicherheit" gesprengt und die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs in den Bundesländern verhindert werden soll. Quellenhinweis: Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz, in: Bürgerrechte und Polizei, Kirschkeim-Verlag, Westberlin, Juli 1985; Frankfurter Rundschau, 8.8. – (rül)

## Zivilschutz

### Fachtagung zum Thema "Kommunale Friedensarbeit"

Am 8. September fand im Rathaus der Stadt Marl eine Fachtagung der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) zum Thema "Kommunale Friedensarbeit" statt, an der ca. 100 Menschen teilnahmen. Der Teilnehmerkreis setzte sich zusammen aus Vertretern der GRÜNEN, der SPD, der Aktion Sühnezeichen sowie der DFG/VK.

Der Tagungsort war bedeutungs-

den, die Apartheid abzuschaffen und den "Dialog mit anerkannten Repräsentanten der schwarzen Mehrheit" aufzunehmen. In rassistischer Manier fordern die EG-Außenminister Sonderrechte für Weiße: der Minderheitenschutz für Weiße müsse garantiert sein. Das ist eine deutliche Drohung gegen die Befreiungsbewegung in Südafrika/Azania und sichert der südafrikanischen Regierung die Unterstützung der europäischen Imperialisten für jedes Vorgehen gegen die Befreiungsbewegungen, die jeglichen Rassismus bekämpfen. Die gleichfalls von den EG-Außenministern beschlossenen Maßnahmen, die Großbritannien nicht durchführen wird, werden an der bestehenden Unterstützung für das Siedlerregime nichts ändern. Die Bundesregierung erklärte, außer der Änderung des Kulturabkommens und einigen Überprüfungen bei paramilitärischen Lieferungen müsse sie keinerlei Konsequenzen ziehen. – (uld)



Die Bundesregierung hat inzwischen mehrfach bei der polnischen Regierung gegen ein Denkmal in Warschau mit der Inschrift "Den polnischen Soldaten, die Opfer des Hitlerfaschismus wurden und in der Erde von Katyn ruhen" protestiert. Die Bundesregierung will die von den Hitlerfaschisten verbreitete Lüge aufrechterhalten, die 1943 von einer eigenen Untersuchungskommission (Bild) erklären ließen, nicht die faschistischen Besatzer, sondern die sowjetische Rote Armee habe die 4000 Soldaten ermordet. – (uld)



schwanger. Marl war die erste westdeutsche Stadt, die durch den Rat der Stadt zur atomwaffenfreien Zone erklärt worden ist. Stolz verkündete dies der Bürgermeister Lothar Hentschel (SPD, MdL) in seinem Eröffnungsreferat. Mit demselben Stolz ließ er die Teilnehmer wissen, daß Marl auch einen besonderen Weg in der "Verbreitung des Friedensauftrages der Bundeswehr" gefunden hat. In den Marler Schulen wurde der Bundeswehr Zeit und Raum geboten, vor den zwangsweise im Unterricht versammelten Schülern für eben diesen Auftrag Propaganda zu machen.

Derart eingeleitet, verlief die Tagung denn auch. Nützliche Anregungen, die der Hauptreferent Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen) in seinem Referat gab: Aktiver Friedensdienst bedeute Aussöhnung mit der Sowjetunion und daß zusätzlich eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden sollte, die sich mit dem Thema Friedensdienst und Internationalismus in den Kommunen beschäftigen sollte, wurden schlichtweg ignoriert. Keine Grundsatzdebatten, Kleinkariertes war angesagt.

Es gab neun Arbeitsgruppen, die sich unter die beiden Komplexe unterordneten "I Kommunale Friedensarbeit — Unsere Gemeinde — ein Friedenszentrum" und "II Zivilschutz — Gefahr für Frieden und Demokratie". In diesen Arbeitsgruppen kamen die Nöte und Plagen der "kommunalen Friedensarbeit" zur Sprache. Erlebnisberichte vom erfolgreichen Kampf gegen den Bau einer Panzerstraße durch einen Düsseldorfer Villenvorort (die Straße wurde um einen halben Kilometer weiter entfernt gebaut, durch weniger vornehmes Gebiet) waren zu hören. Das Schlimme an den Bundeswehrmanövern sei die Umweltverwüstung und die erhöhte Unfallgefahr für den Bürger. Der meistbeschäftigte Mann der Tagung war der Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Kommunalrecht, der auf die meisten Fragen jedoch nur die enttäuschende Antwort wußte, daß das, was die Bourgeoisie da an Kriegsvorbereitungen treibt, rechtlich gesehen völlig abgesichert ist.

Diese Fachtagung mag für einige der anwesenden GRÜNEN oder SPD-Kommunalpolitiker nützlich gewesen sein, ihren Grabenkrieg in den diversen Stadtparlamenten zu führen, einen echten Fortschritt hat sie nicht gebracht. Nützliche Ansätze blieben verhaftet in der Sichtweise "unser Dorf soll sauber bleiben". Mit solchen Vorstellungen werden auch die beschlossenen Forderungen, wie "Das Zivilschutzgesetz darf nicht beschlossen werden ... Keine Beteiligung der Kommunen an Zivilschutz und Planung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit ... Keine Militärschauen ..." in der Resolution der Tagung nicht viel bewirken. — (kab)

## Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes

### SPD-Entwurf enthält Nützliches CDU: Absage trotz "Übereinstimmung"

Bereits im Juni 1985 streute die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft im Anschluß an die neunte Internationale Katholische Arbeitnehmertagung in Luxemburg die Lockung aus, man sei sich im Klaren darüber, daß "neue Technologien" nicht gegen, sondern nur im Zusammenwirken mit den Arbeitnehmern eingeführt werden können. Deswegen müsse "bei Einführung neuer Technologien in den Betrieben ... der Arbeitnehmer ein verstärktes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Dabei kann es sich nicht um ein Vetorecht gegen die Einführung von neuen Techniken handeln; es geht vielmehr um das Gestaltungsrecht bei ihrer Anwendung am Arbeitsplatz, etwa durch Abschluß von Technologievereinbarungen der Tarifpartner." Erneuert wird die Lockung im Juli durch Vorlage des Leitanspruchs des Bundesvorstands zur CDA-Bundestagung im Oktober: "Wer Mitbestimmung bei Einführung neuer Techniken verwei-

Die SPD-Bundestagsfraktion legt am 23. Juli einen Gesetzentwurf "zum Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung" vor, der neben anderen gerade die von der CDA geforderten Regelungsgegenstände enthält. Der DGB-Bundesvorstand folgt Anfang September mit einem eigenen Novellierungsvorschlag, der über weite Passagen dem der SPD wörtlich entspricht.

Daraufhin erteilt ein Sprecher der CDU-Fraktion am 12.9. im Fernsehen der SPD die Absage, ihr Entwurf würde keinesfalls die Zustimmung der CDU bzw. der Sozialausschüsse erhalten, da er weitgehende Eingriffe in das Direktionsrecht enthalte, der Freiraum unternehmerischen Handelns dürfe unter keinen Umständen eingeschränkt werden. Stattdessen paktiert der "Arbeitnehmerflügel" der CDU bereits seit Mitte August mit der FDP, "... wenn die Union die Einführung der Sprecherausschüsse mittrage, solle die FDP im Gegenzug zu Zu-



März 1985: Auf einer Konferenz in Köln fordert der DGB Mitbestimmung beim Einsatz neuer Technologie.

gert, verhindert den sozialen Konsens, stört den sozialen Frieden und erschwert damit die Modernisierung der Volkswirtschaft ... Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsinhalt, Arbeitsumfang und Arbeitsorganisation müssen zu Regelungsbeständen der betrieblichen Mitbestimmung gemacht werden."

Die Reaktion der (zahlreichen) Kräfte in der SPD und im DGB, die seit geraumer Zeit Koalitionen mit CDA und CDU-Sozialausschüssen anstreben, kann nur mit freudiger Erregung bzw. Verwirrung über diesen neuen und zusätzlichen Punkt der Gemeinsamkeiten beschrieben werden:

geständnissen bei der Erweiterung der Mitbestimmung bereit sein".

Die wichtigsten der im SPD-Entwurf enthaltenen Mitbestimmungserweiterungen sind im nebenstehenden Vergleich aufgeführt. Die Kapitalisten müßten in mehr Fällen als bisher notfalls den Weg über die Einigungsstelle suchen, und die Betriebsräte hätten mehr Initiativrechte als jetzt. Ferner sollen die Kapitalisten laut SPD-Entwurf verpflichtet sein, dem Betriebsrat die Brutto- und Gehaltslisten "auszuhändigen" (z.Zt. nur "Einsichtnahme"). Gegen den Widerspruch des Betriebsrats ausgesprochene Kündigungen sollen unwirksam sein



### SPD-Entwurf und BetrVG (Vergleich)

Im wesentlichen betreffen die Neuerungen des Entwurfs gegenüber dem geltenden Recht folgende Bereiche:

#### Arbeitsumfang, Arbeitszeitsystem, Lohngestaltung:

SPD: "Der Betriebsrat bestimmt in folgenden Angelegenheiten mit: Festlegung der Arbeitsinhalte und des Arbeitsumfangs einschließlich der Zahl der eingesetzten Arbeitnehmer" (§ 87, Ziff. 4); "Fragen des Arbeitszeitsystems" (Ziff. 5), "Begründung: z.B. Einführung von Schichtarbeit, kapazitätsorientierter Arbeitszeit, Teilzeitarbeit oder Job-Sharing"; "Die Mitbestimmung erstreckt sich auch auf die geldliche Seite der Lohngestaltung" (Ziff. 8). BetrVG: Alle drei Regelungen nicht enthalten.

#### Arbeitsplatzgestaltung, "Neue Techniken":

SPD: "Der Betriebsrat bestimmt ... mit: Planung, Gestaltung und Änderung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe sowie der einzusetzenden Planungs- und Gestaltungsmittel. Die Mitbestimmung besteht auch bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen ... oder dem Ausgleich von Belastungen der Arbeitnehmer" (§ 87, Ziff. 1). BetrVG: "Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat über die Planung ... von technischen Anlagen, von Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen oder Arbeitsplätzen rechtzeitig zu unterrichten und die vorgesehenen Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf ... die Ar-

beitnehmer zu beraten" (§ 90); "Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der Arbeitsplätze ..., die den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich widersprechen, in besonderer Weise belastet, so kann der Betriebsrat angemessene Maßnahmen zur Abwendung ... verlangen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet die Einigungsstelle" (§ 91).

#### Arbeitsschutz

SPD: "Der Betriebsrat bestimmt ... mit: Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einschließlich der Erstellung von Arbeitsschutzprogrammen ..., die ... der Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie dem Gesundheitsschutz dienen" (§ 87, Ziff. 11).

BetrVG: "Der Arbeitgeber und die (sonstigen) ... Stellen sind verpflichtet, den Betriebsrat ... bei allen im Zusammenhang mit dem Arbeitsschutz oder der Unfallverhütung stehenden Besichtigungen und Fragen ... hinzuzuziehen" (§ 89, Abs. 2).

#### Personalbedarf:

SPD: "Der Betriebsrat bestimmt mit bei der Personalplanung ... dazu gehören insbesondere die Ermittlung sowie Festsetzung des Personalbedarfs einschließlich der Stellenpläne ... und Maßnahmen zum Ausbau oder Abbau des Personals" (§ 92).

BetrVG: "Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat über die Personalplanung, insbesondere über den gegenwärtigen und künftigen Personalbedarf sowie über die sich daraus ergebenden personellen Maßnahmen und Maßnahmen der Berufsbildung an Hand von Unterlagen rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Er hat mit dem Be-



Norbert Blüm

triebsrat über Art und Umfang der erforderlichen Maßnahmen und über die Vermeidung von Härten zu beraten" (§ 92).

#### Personelle Maßnahmen:

SPD: Der Betriebsrat bestimmt ... bei jeder personellen Maßnahme mit, insbesondere bei Einstellung ..., Eingruppierung, Umgruppierung, Versetzung und Umsetzung" (§ 99 Abs. 1).

BetrVG: "... hat der Arbeitgeber den Betriebsrat vor jeder Einstellung, Eingruppierung, Umgruppierung und Versetzung zu unterrichten ... und die Zustimmung des Betriebsrats einzuholen" (§ 99 Abs. 1); "Verweigert der Betriebsrat seine Zustimmung, so kann der Arbeitgeber beim Arbeitsgericht beantragen, die Zustimmung zu ersetzen" (Abs. 2); "Der Arbeitgeber kann ... die personelle Maßnahme ... vorläufig durchführen" (§ 100 Abs. 1).

(bisher besteht— lediglich laut Rechtsprechung — ein Weiterbeschäftigungsanspruch nur bei gewonnenem erstinstanzlichen Prozeß). Die Einschränkung, Betriebsänderung und damit Sozialpläne nur bei "wesentlichen" Nachteilen für die Arbeitnehmer, soll ebenfalls fallen.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß der SPD-Entwurf gegenüber der bisherigen Regelung eine ganze Reihe nützlicher Punkte für die Arbeit von Betriebsräten enthält. Wieweit dieser Nutzen jedoch den Beschäftigten zugute kommt, hängt allerdings vom jeweiligen Ausbildungsstand der Betriebsräte ab und noch mehr davon, wieweit sie sich die Grundabsicht des BetrVG (zum Wohl des Betriebs und der abhängig Beschäftigten) zu eigen machen oder nicht. Zusätzlich ist die "Mitbestimmung" so angelegt, daß die Kapitalisten am Ende immer zumindest einen Teil ihrer Pläne durchsetzen können. Gerade in den, nach SPD,

nun häufiger werdenden Einigungsstellenverfahren entscheidet letztlich der "neutrale Vorsitzende" immer mehr oder weniger "in der Mitte".

Der eigentliche Schwachpunkt des Entwurfs ist, daß er an keinem Punkt weitergehende Schutzrechte als bisher enthält. So wird der parlamentarische Streit absichtsvoll nur noch um die Frage Mitbestimmung contra Direktionsrecht geführt werden und nicht darum, ob und welche schützenswerte Interessen die Lohnabhängigen haben.

Das wäre, zumindest für die DGB-Seite vermeidbar, denn schon im BetrVG findet sich im § 80 der Hinweis, daß der Betriebsrat die Aufgabe hat, "darüber zu wachen, daß die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen, ... durchgeführt werden". Wollte man also innerhalb der bestehenden Systematik des BetrVG die Rolle der Betriebsräte stärken, müßte man sich konzentrie-

ren auf die Verteidigung und Erweiterung von Gesetzen, die die Mindestbedingungen festlegen, unter denen die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Im Zusammenhang mit der Einführung "neuer Techniken" wäre eine Höchstdauer der täglichen Arbeit am Bildschirm ebenso nötig wie ein Verbot von Job-Sharing und Einschränkung von Heimarbeit, um nur Beispiele zu nennen.

Sob bleibt vom SPD-Entwurf zur Änderung der BetrVG nicht viel mehr als ein untauglicher Koalitionsversuch mit der CDA. Die "linken Kräfte" im DGB muß man vor der Illusion warnen, auf solche Art Unterstützung bei der CDA und den Sozialausschüssen gegen die Angriffe der Kapitalisten auf Löhne und Arbeitsbedingungen zu finden. Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/3666; Handelsblatt, versch. Ausgaben; Soziale Ordnung, Zeitschrift der CDA, versch. Ausgaben — (has, mho)

## Gesundheitszustand

## AIDS – eine Seuche auf dem Boden der Armut

Lüsterne Sensationsmeldungen beherrschen die AIDS-Artikel von BILD bis STERN. In der medizinischen Fachpresse spielt sich ein Wettlauf von Wissenschaftlern um Berichterstattung über einzelne Erscheinungen der AIDS-Krankheit ab. Ursächliche Erklärung oder Behandlungsmöglichkeiten sind nicht in Sicht. Ganz vereinzelt wird die Tatsache gewürdigt, daß die neue Krankheit AIDS "gerade unter den schwächsten, den meisten Belastungen ausgesetzten Bevölkerungsgruppen ausgebrochen ist". (1)

Amerikanische Wissenschaftler stellen fest: "Was bei der AIDS-Epidemie am meisten auffällt, ist die geographische Verteilung..." (2) Alleine in New York City sind über 1000 Kranke – vor allem in Brooklyn – registriert, die meisten anderen Fälle in Los Angeles und San Francisco, den Großstädten mit Slums. In Stadtteilen mit überwiegend aus Haiti stammender US-Bevölkerung sind überdurchschnittlich viele an AIDS erkrankt. Betroffen sind aber nur Haitianer der zweiten (3), illegalen Einwanderungswelle (nach 1978), die also aus den allerärmsten Schichten Haitis stammen und in den USA unter den schlimmsten Verhältnissen leben müssen, wo Tuberkulose, parasitäre Krankheiten, Salmonellen und Malaria grassieren, während unter den Erkrankten weder Drogenabhängige noch Homosexuelle sind. In Afrika ist die Verteilung auch auffällig: In Ruanda z.B. gibt es nur unter proletarischen Schichten Krankheitsfälle, unter der Landbevölkerung keine. In der BRD sind über 2/3 aller AIDS-Fälle in den Großstädten Frankfurt, W-Berlin, Hamburg und München aufgetreten, wo die sog. "neue Armut" haust. Die geographische Verteilung zeugt davon, daß das wesentliche Kennzeichen der sog. Risikogruppe die Armut ist und nicht Homosexualität oder Drogenabhängigkeit. Darauf weist auch eine der ersten "Gegen"maßnahmen des Staates New York hin, nämlich alle Beschäftigten der Sozialämter auf den Umgang mit AIDS-Kranken vorzubereiten. Laut Statistik soll in den USA für alle familienlosen Männer zwischen 13 und 60 Jahren die Wahrscheinlichkeit, an AIDS zu sterben, größer sein als die, an Krebs oder Herz-Kreislaufkrankheiten zu sterben. Wobei das Kennzeichen familienlos auch in den USA gleichbedeutend ist mit arm.

Bei etwa 90% der Erkrankten wurde inzwischen das sog. HTLV-III bzw. LAV-Virus gefunden. Wo dieser Virus herkommt – ob von den grünen Meerkatzen in Zentralafrika, ob von Gen-

Produktionen, oder ob andere Ursachen einen Virus veränderten –, wird schwer zu klären sein. Warum aber kann dieser Virus eine Epidemie verursachen? Die mittelalterliche Pest jedenfalls, eingeschleppt über Schiffsratten während des sich entwickelnden Seehandels, hätte niemals derart katastrophale Seuchen verursachen können, wenn nicht in den wachsenden Städten des Mittelalters das Proletariat in Rattenlöchern hätte hausen müssen. Um den Boden für die Vermehrung und Verbreitung des Virus abzugeben, muß ein genügend großer Teil der Bevölkerung in der Krankheitsabwehr erheblich geschwächt sein. Es wird inzwischen zugegeben, "daß bei nahezu allen Risikogruppen zusätzliche immunsuppressive (= abwehrschwächende) Kofaktoren unterschiedlicher Art im Spiele

Bei AIDS sollen die T-Lymphozyten (bestimmte kleine weiße Blutkörperchen) verschwunden sein bzw. nicht richtig funktionieren. Der Thymus (lymphknotenähnliches paariges Organ hinter dem Brustbein mit führender Rolle beim Aufbau des Immunsystems) programmiert diese Zellen vor der Geburt für die Infektabwehr und behält helfende Aufgaben. Es gibt jedenfalls seltene Krankheiten mit Fehlentwicklung des Thymus und AIDS-ähnlichen Symptomen. Von übermäßigem Verkleinerung des Thymus durch Streß wird berichtet, bzw. sie "kann durch akute und chronische Infektionskrankheiten und durch Ernährungsstörungen hervorgerufen werden." (6)

Antibiotika können an Stelle der körpereigenen Abwehrkräfte gegen bakterielle Infekte, gegen Tuberkulose u.ä. eingesetzt werden. Das hat die Bourgeoisie genutzt, ihren Spielraum zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erweitern. Medikamente oder Impfstoff gegen AIDS wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Um Krankheitsfälle in den eige-



Seuchenursache Armut im Mittelalter: Von ihrem Land vertriebene Bauern vor einem Hospital, Augsburger Stich von 1532

sein können." (4) Bei der Abwehr von Krankheiten finden vielfältig Vorgänge von Zellen und verschiedenen Eiweißsubstanzen statt, die nur wenig bekannt sind. Daß aber z.B. Abfütterung mit weichem Weißbrot, Hauptnahrungsmittel der Armen in den Großstädten der USA, zwar nicht zum Hungertod führt, aber zu vielen Krankheiten, weil die Abwehrkräfte des menschlichen Körpers dabei zugrunde gehen, das kann kein Mensch bestreiten. "Bei Mangelernährung werden viele Erkrankungen manifest, die unter normalen Bedingungen latent (= ohne Symptome, d.V.) zu überstehen gewesen wären. Auch ändert sich der Ablauf der Erkrankung." (5) Das könnte auch erklären, warum nur etwa 5–10% der LAV-Virus-Träger überhaupt erkranken.

nen Reihen zu vermeiden, wird die Bourgeoisie verstärkt auf Erfassung und Absonderung der Kranken und striktere gesellschaftliche Abtrennung der untersten sozialen Schichten drängen. Dem nützt auch die Panikmache der bürgerlichen Presse.

(1) Vorwärts, 31.8.; (2) AIDS: Eine epidemiologische Übersicht, D.P. Drotman/J.W. Curran; (3) beim ersten in den 50er Jahren waren es hauptsächlich Bessergestellte aus politischen Gründen; AIDS in Haitian-Americans, Sh.H. Landesman u.a.; (4) AIDS in klinischer Sicht, H.D. Pohle in Öff. Gesundheitswesen 47/1985; (5) Hygiene, ein Lehrbuch für Mikrobiologie, Seuchenlehre und Allgemeine Hygiene, G. Müller; (6) Immunphänomene bei Infektionskrankheiten, W. Müller-Ruchholtz. – (sul, anl)

## Kündigung, Isolierung, Enthaltsamkeit – Bild zieht gegen Aids-Kranke zu Felde

Am 19.8. 1985 begann Springers BILD mit der Serie "Aids – kann denn Liebe tödlich sein?" Die darin verbreiteten Ratschläge, was jedermann gegen Aids tun kann, dienen der Mobilisierung der Gesunden gegen die Kranken und regen die Kapitalisten zu Überlegungen an, wie sie bei der Kontrolle des Gesundheitszustandes ihrer Lohnabhängigen besser zufassen können. Die Krankheit selber präsentiert BILD als unabänderliches Schicksal: "Wenn das Virus sein Vernichtungswerk im Körper beendet hat, verschwindet es wieder ... Man kann es also nicht bekämpfen." Übrig bleibt angeblich nur die Flucht in die Religion. Penetrant werden Kranke zitiert, die beten und sich auf den Tod vorbereiten. "Ich war nie fromm", sagt einer, "aber jetzt lese ich täglich die Bibel und alle Bücher über das Sterben."

Auf dem Hintergrund der Behauptung, daß gegen die Krankheit sowieso nichts zu machen ist, ist die Lancierung von allerlei reaktionären Vorschlägen zu verstehen, wie man sich vorbeugend verhalten soll. BILD läßt bekannte Vertreter von medizinisch unsinnigen und gesellschaftlich grausamen Methoden zu Wort kommen. Wilhelm Heitzer, Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse, fordert die Isolierung aller Aids-Kranken. BILD unterstützt ihn indirekt, indem die Gegenstellungnahme des Deutschen Ärzteblatts mit dem abfälligen Vermerk versehen wird: "Das Deutsche Ärzteblatt wiegelte ab." Dort wurde nämlich die Ansicht vertreten, daß Virusträger im normalen täglichen Leben nicht ansteckend seien und daß Maßnahmen, die eine Isolierung zum Ziel haben, z.B. eine Einschränkung der Berufstätigkeit, nicht erforderlich seien.

Einen Vorschlag zur umfassenden Kontrolle schiebt BILD dann gleich nach. "Auf Vorschlag des CDU-Bundestagsabgeordneten Krollschlüter ... sollte ein Aids-Test für alle Bundesbürger ab 16 zur Pflicht gemacht werden." Weiter gibt es keine Darlegung der Konsequenzen. Nach den vorigen Äußerungen könnte nur die Isolierung aller Infizierten die Folge sein, also Zwang zur Untersuchung für alle, aber keine Garantie, daß alle Möglichkeiten zur Vorbeugung genutzt, die Erforschung der Krankheit und die Entwicklung eines Impfstoffes staatlich gefördert und finanziert werden.

Ferner läßt BILD einige Ärzte sich für und gegen die Aufnahme von Aids in das Bundesseuchengesetz auslassen. Die Aufnahme würde eine Meldepflicht und den Zwang zu Kontrolluntersuchungen bedeuten.

Dagegen entdeckt BILD Anfang September ein neues Feld, auf dem sich die Diskriminierung Kranker austoben kann und die Kapitalisten erweiterte Kündigungsrechte bekommen sollen. Am 2.9. wird unter der Überschrift "Darf ein Pizzabäcker Aids haben?" über die fristlose Kündigung eines Kochs in München berichtet. "Auch Kölner Gastwirte lassen ihr Personal auf Aids untersuchen. Ein Wirt (14 Beschäftigte): 'Die Mitarbeiter müssen zum Test, sonst werden sie gekündigt.' " Als Beispiel guter Zusammenarbeit führt BILD noch eine Fleischwarenfabrikanten an, der offenbart: "Ich stehe laufend mit dem Gesundheitsamt in Verbindung." Kein Hinweis findet sich, daß diese Praktiken ungesetzlich sind und nichts anderes darstellen als den Versuch von Kapitalisten, Leute, die nicht die gewünschte Leistung bringen, ohne Umstände auf die Straße zu setzen. Zur Stützung wird ein Arbeitsrichter, ein gewisser Ivo von Trotha, angeführt, der sagt: "Ich habe Zweifel, ob AIDS ein Grund für eine fristlose Kündigung ist. Wenn ein Mann in seiner Arbeitsleistung nachläßt, kann er allenfalls fristgemäß gekündigt werden ... Ich habe auch Zweifel, ob ein Arbeitgeber einen AIDS-Test anordnen kann." Hier wird schon die Linie abgesteckt, auf der die Kapitalisten Leute loswerden kön-

nen, ohne sich überhaupt mit der Frage der Ansteckungsgefahr und dem Gesundheitszustand des Arbeiters befassen zu müssen. Kündigung soll auf jeden Fall stattfinden, Leistungsminderung genügt als Grund.

Empfindlich reagiert BILD nur auf Gerüchte, in der Bundeswehr gebe es schon eine Reihe von Kranken. Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Würzbach (CDU), bestätigt, daß es nur einen akut erkrankten Zivilangestellten gebe, der aber schon nicht mehr bei der Truppe sei. Laut Bild beruhigt er "alle Soldaten und deren Eltern": "Die Bundeswehr marschiert im Kampf gegen die Krankheit an der Spitze ... Wir tun alles, was möglich ist, um die Truppe zu schützen."

Ein weiteres wesentliches Arbeitsgebiet von BILD ist die Propagierung einer Sexualmoral, die den Kapitalisten in jeder Hinsicht am besten paßt, weil sie die privaten Verhältnisse der Lohnabhängigen in einer für die Erhaltung der Arbeitsleistung zuträglichen Weise reguliert. Kein Zufall, daß BILD in diesen Fällen auf das Zitieren von Wissenschaftlern verzichtet: "Treue ist der beste Schutz, sagen Aids-Forscher." Und um sogar ein klösterliches Leben als reizvoll darzustellen, bemüht BILD Joan Collins, Star der Fernsehserie "Denver": "Aids ist ein guter Grund zu völliger Enthaltsamkeit."

Mehrere Verlage haben sich beeilt, Sachbücher über Aids neu oder in überarbeiteter Fassung vorzulegen. Typisch ist das Taschenbuch des Econ-Verlages, das früher als geplant erschien. Außer der breiten Schilderung von Krankengeschichten findet man hier wenigstens eine Darstellung des Standes der medizinischen Forschung und eine Erklärung dafür, warum bestimmte Infektionskrankheiten, die andere Menschen ohne Gefahr für ihr Leben überstehen, bei Aids-Kranken zum Tode führen können. Bei den Maßnahmen, die empfohlen werden, um sich vor Ansteckung zu schützen, hält sich das Buch eng an die Richtlinien des Robert-Koch-Instituts des Bundesgesundheitsamtes, die für medizinisches Pflegepersonal entwickelt wurden. Sie beschränken sich darauf, eine gesunde und hygienische Lebensweise zu empfehlen, ferner den Schutz von Wunden durch Pflaster und Verbände, den einmaligen Gebrauch von Bestecken, Spritzen etc. oder deren Sterilisierung nach Gebrauch. Aus den USA übernommen sind die Ratschläge für "safe sex", also Sexualpraktiken, die "wahrscheinlich eine Ansteckung verhindern". Übrig bleiben Umarmen, Masturbieren und Geschlechtsverkehr mit Kondom.

Die Ratschläge für die an Aids Erkrankten gipfeln darin, von BILD nicht zu unterscheiden, eine gottergebene Haltung einzunehmen. Unter der Kapitelüberschrift "Pflegen Sie bei AIDS Ihre Seele, Sie widerstehen der Seuche leichter!" wird Kranken geraten, dem Beispiel eines Fernsehjournalisten zu folgen, der bekannte: "Als ich die Diagnose erfuhr, habe ich mich der Krankheit ergeben, habe sie dank meiner religiösen Überzeugungen voll angenommen, weil ich der Ansicht bin, am besten gar keinen Widerstand zu leisten, weil Widerstand nur ein Verbrauch von Energie und Kraft ist ..." Weiter wird die Vermutung geäußert, daß Angst und Streß das Immunsystem schädigen.

Den Infizierten wird die Verantwortung dafür zugeschoben, ob die Krankheit wirklich ausbricht oder nicht, indem ihnen zugemutet wird, durch Stillhalten den Verlauf günstig zu beeinflussen. Wer also Angst hat und sich empört, der schadet sich selbst. Der Ausbruch der Krankheit ist dann geradezu das Kainszeichen für einen rebellischen Charakter. Die Krankheit wird interpretiert als Strafe für einen sozial unerwünschten Lebenswandel und für materialistische Anschauungen. Fertig ist der moderne Sünder, der dann auch im Namen der Werte der herrschenden Klasse verfolgt werden darf.

Quellenhinweis: BILD, 19.8. bis 14.9. 1985; Reger/Haimhausen, Aids. Die neue Seuche des 20. Jahrhunderts, Econ Ratgeber, Düsseldorf, Oktober 1985



## Großbritannien

## Reaktionäre enttäuscht: Britischer Gewerkschaftsbund TUC nicht gespalten

Der britische Gewerkschaftsbund hat sich nicht, wie von der Regierung Thatcher erhofft und von Zeitungen im In- und Ausland vorhergesagt, auf seinem Kongreß in Blackpool Anfang September gespalten. Aber die Gefahr der Spaltung ist nicht gebannt. Der Kongreß war einer der Austragungsorte der gegenwärtigen strategisch-programmatischen Debatte innerhalb des TUC, die nach den schweren Niederlagen der letzten zwei Jahre verstärkt geführt wird.

Der Gegenstand, über den es zur Spaltung kommen sollte, ist die Annahme von Regierungsgeldern durch Gewerkschaften zur Deckung der Kosten für Wahlen und Urabstimmungen. Zur Vorgeschichte: 1980 hatte die Regierung Thatcher in einem ihrer Anti-Gewerkschaftsgesetze schriftliche Urabstimmungen per Post zur Pflicht u.a. vor Streiks und für die Wahl von Gewerkschaftsvorsitzenden gemacht. Einige Gewerkschaften – darunter die Metallarbeitergewerkschaft AUEW – hatten das schon vorher bei vielen Abstimmungen so gehalten. Die verbreitetste Form der Abstimmung in den britischen Gewerkschaften aber war, und ist bis heute, die Abstimmung bei Betriebsversammlungen oder die schriftliche Urabstimmung im Betrieb.

Verschiedenste reaktionäre Kalküle steckten hinter der Vorschrift. Die "schweigende Mehrheit" würde endlich auch abstimmen, Ehefrauen ihre Männer "mäßigend beeinflussen", die "Einschüchterung" im Betrieb sei vorbei, kurz, der "Einfluß der Radikalen" werde zurückgedrängt. Außerdem, und nur hier ging das Konzept auf, ist die Vorschrift nützlich zur Spaltung der Gewerkschaften. Denn als Ausgleich für den Zwang offerierte die Regierung die Übernahme der Postgebühren für die Abstimmungen.

Im April 1982 beschloß der Gewerkschaftsdachverband TUC auf einem Sonderkongreß entschlossene Opposition gegen die Gewerkschaftsgesetze, die u.a. darin bestehen sollte, daß sich die Einzelgewerkschaften nicht an die Bestimmungen der reaktionären Gesetze halten und auch kein Geld für Abstimmungen annehmen.

In der Metallarbeitergewerkschaft, die etwa eine Million Mitglieder hat, gibt es seitdem Streit um diesen Beschluß. Während der Vorstand dafür eintrat, war der Exekutivrat dagegen. Als die AUEW aufgrund interner Umorganisation im letzten Jahr einige Monate keinen Vorstand hatte, nutzte der Exekutivrat die Lage und führte unter seinen Mitgliedern eine Urabstimmung über das Prinzip durch:

"Soll die Gewerkschaft Regierungsgeld nehmen oder nicht". Nur ein Viertel der Mitglieder nahm teil, 233 000 stimmten für die "Kostenersparnis" (so der Exekutivrat), 20 000 dagegen.

Damit hatte die AUEW bewußt den Beschluß von Wembley gebrochen, was laut TUC-Satzung den Ausschuß aus dem Bund zur Folge hat. Auf dem Kongreß sorgte Labour-Chef Kinnoch für einen Kompromiß. Die AUEW zahlt die bislang von der Regierung erhaltenen 1,2 Mio. Pfund (etwa 4,6 Mio. DM) nicht zurück. Im November befragt sie ihre Mitglieder erneut über das Prinzip, dabei werden die Mitglieder auf die Folgen (TUC-Ausschuß) aufmerksam gemacht. Im Januar wird das Ergebnis bekannt sein.

Hinter dem Streit steckt eine Auseinandersetzung über die Strategie des TUC. Die Hauptfront verläuft zwischen den "Linken", wie etwa Arthur Scargill, und den "Rechten" um AUEW-Generalsekretär Gavin Laird und Eric Hammond, dem Generalsekretär der Elektrikergewerkschaft EETPU. Die Beschlüsse von 1982 waren ein Erfolg der "Linken". Ihr Kon-

Das Konzept von 1982 sei gescheitert, erklärten die "Rechten". So allgemein hatten sie damit recht. Aber ihre Konsequenz ist, die Arbeiter sollten sich an die Gesetze halten und ansonsten mit den Kapitalisten besser zusammenarbeiten. Als praktische Konsequenz begannen Elektriker und Metallarbeiter, Regierungsgelder anzunehmen, und drohten damit von sich aus mit Spaltung. Außerdem schlossen sie in den letzten Monaten mehrere Haustarife vor allem mit Niederlassungen japanischer Firmen ab, in denen sie im Gegenzug für Unterrichtung über Firmenpolitik und einen Schlichtungsmechanismus versprechen, nicht zu streiken. Dies sei auch die einzige Methode, der Labour-Partei an die Macht zu verhelfen. Die Gewerkschaften müßten Verantwortungsbewußtsein beweisen und damit der verschreckten britischen Gesellschaft beweisen, daß die Labour-Partei regierungsfähig sei.

Die Antwort von Arthur Scargill und anderen war wenig überzeugend. Der Bergarbeiterstreik sei nur gescheitert, weil einige Gewerkschaftsführer ihn verraten hätten und ihre Mitglieder nicht zu Solidaritätsstreiks auf die Straße brachten, argumentierten sie. Das fand auf dem Kongreß keine breite Zustimmung, auch wenn ein Antrag zu den Bergleuten mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Danach soll



Akkordsätze wie in Köln durchgesetzt: Ford Dagenham.

zept war, die Regierung Thatcher mit bewußtem Ungehorsam, Massenaktionen und Streiks zu Fall zu bringen, so wie Edward Heath 1974. Eine dann an die Macht kommende Labour-Partei würde durch Verstaatlichungen für Arbeitsplätze sorgen. Das Konzept ging nicht auf. Die Regierung Thatcher verschärfte ihre Gesetze weiter und erreichte gegen Gewerkschaften harte Strafen vor willfährigen Gerichten. So konnte sie mehreren Gewerkschaften empfindliche und teure Niederlagen beibringen.

eine künftige Labour-Regierung der Gewerkschaft alle Strafen, Zwangsgelder und Gerichtskosten aus dem Streik zurückzahlen, das sind etwa eine Million Pfund (3,8 Mio. DM). Außerdem soll sie alle wegen des Streiks entlassenen Bergleute wieder einstellen lassen und die Fälle der wegen Streikbeteiligung eingesperrten Bergleute wieder aufrollen. Schließlich soll sie keine Zeche stilllegen, es sei denn wegen Erschöpfung.

Den Streit zwischen den Positionen "verantwortungsbewußte Zusammen-

arbeit für Arbeitsplätze" und "neue Arbeitsplätze durch Streik und Sturz der Tory-Regierung" hat die erstere auf dem Kongreß deutlich für sich entschieden. Hinter diesen Positionen stehen durchaus verschiedene Interessen. Sowohl AUEW wie auch EPTU bestehen durchweg aus Facharbeitern, die weniger von Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit betroffen sind als andere Gewerkschaften. Auf dem Gegenflügel finden sich einerseits die großen Verbände ungelernter Arbeiter, z.B. die Transportarbeitergewerkschaft, und solche Gewerkschaften wie die der Bergleute, die von Kapitalisten und Regierung in der Lohnskala drastisch nach unten gedrückt werden. Trotzdem, und das ist eine der unerfreulichsten Ergebnissen des Kongresses, äußerten sich auch diese Gewerkschaften kaum zur Lohnpolitik, sondern vor allem zu "jobs". Nur in der Frage der "Wage Councils", jener staatlichen Lohnkommissionen, die für bestimmte Branchen Mindestlöhne

festsetzen und die Thatcher abschaffen will, faßte der Kongreß einen lohnpolitischen Beschluß. Er ist gegen die Auflösung der Kommissionen und für einen allgemeinen Mindestlohn.

In dieser Lage konnten der Labour-Parteivorstand unter Neill Kinnock und der TUC-Generalrat eine gemeinsame Erklärung durchsetzen, die zwar vordergründig offizielle Lohnleitlinien ausschließt, aber eine "neue Partnerschaft" zwischen Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaften beschwört. Dieser Beschluß legt die Gewerkschaften auf freiwillige Lohnbeschränkungen fest.

Von großer positiver Bedeutung in der gegenwärtigen Auseinandersetzung ist die Festlegung des Kongresses zur Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder im Abhörzentrum Cheltenham. Den dort mit dem Abhören ausländischer Sender und Funkstationen beschäftigten Angestellten hat die Regierung prinzipiell die Gewerkschaftsmitgliedschaft verboten.

### "Neues Großbritannien" durch versöhnliche Zusammenarbeit

"Eine neue Partnerschaft, ein neues Großbritannien", lautet der Titel eines gemeinsamen Dokuments von Labour-Parteivorstand und TUC-Generalrat, das auf dem TUC-Kongreß angenommen wurde und auch dem Labour-Parteitag im Oktober vorgelegt wird.

In dem Dokument heißt es, daß nur "ein sofortiges und substantielles öffentliches Investitionsprogramm die Wirtschaft wieder in Bewegung setzen wird". Statt Konfrontation zwischen Regierung und arbeitender Bevölkerung wie unter Thatcher soll es eine neue Partnerschaft geben, wenn die Labour-Partei die Regierung übernimmt. Nach der Machtübernahme werde die Regierung "Gespräche mit Gewerkschaften und Arbeitgebern durchführen – also einen nationalen Wirtschafts Gipfel –, um ein weitreichendes Abkommen darüber auszuarbeiten, wie wir unsere Politik durchsetzen können".

Als permanente Einrichtung soll der (bereits bestehende) Nationale Wirtschaftsentwicklungsrat "radikal reorganisiert und gestärkt werden". In ihm sind Gewerkschaften, Kapitalisten und Regierung vertreten.

Eine Nationale Investitionsbank soll eingerichtet werden, "deren Gelder sowohl von privaten Einrichtungen wie von der Regierung" kommen. Den Arbeitern werde die Regierung "neue positive Rechte auf Information, Konsultation und Gehör" verschaffen. Firmen sollen mit Hilfe von Zuschüssen und billigen Krediten zur Kooperation mit der Regierung gebracht werden. Weitere Hauptpunkte des Dokuments:

"Die nächste Labour-Regierung wird die spaltenden Gewerkschaftsgesetze der jetzigen Regierung aufheben und durch positive Gesetze ersetzen." "Nur durch Partnerschaft, indem wir Übereinkommen suchen sowohl am Arbeitsplatz wie für einzelne Branchen, Regionen oder auf nationaler Ebene, werden wir in der Lage sein, unsere Probleme zu erkennen und Lösungen zu finden. Die Arbeitslosigkeit, der Handel, die Inflation und die Einkommensverteilung müssen alle auf dieser Grundlage behandelt werden. Gesetzliche Regelungen und von der Regierung vorgeschriebene Lohn-Zurückhaltung bieten keine Lösung ... deshalb braucht die nächste Labour-Regierung eine Strategie für gerechte Löhne."

Zur Verstaatlichung heißt es: "Neue und wiedererichtete öffentliche Betriebe werden auch in Schlüsselindustrien der Zukunft gebraucht, wo es auf eine langfristige Strategie ankommt. Wir werden uns deshalb unsere Prioritäten nicht von der Privatisierungskampagne der gegenwärtigen Regierung diktieren lassen."

Zu den Mindestlöhnen durch staatliche Lohnkommissionen, die Thatcher abschaffen will, heißt es: "Wir überprüfen alle Möglichkeiten gesetzgeberischer Unterstützung darauf, ob sie in viel umfassenderem Umfang als bisher entwickelt werden können." Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen Vergleichbarkeitsregeln mit anderen Beschäftigten entwickelt werden.

"Wir werden ein neues Herangehen an die Verteilung von Einkommen und Reichtum entwickeln, wie auch von Arbeit und Arbeitszeit".



Verkäuferinnen protestieren gegen Sonntags-Öffnung

Fast 100 Beschäftigte sind in der Gewerkschaft geblieben, 38 seither neu eingetreten. Thatcher will sie jetzt entlassen. Der TUC beschloß, mit Unterstützung der "Rechten", einen Aktionstag mit Streiks, wenn diese Entlassungen stattfinden. Solche Streiks wären nach Thatchers Gesetzgebung illegal, denn sie unterstützen Aktionen einer anderen Arbeitergruppe.

Quellenhinweis: Financial Times, Guardian, Economist, versch. Ausgaben, Sunday Times, Observer, 8.9. 1985, Labour Research 9/85 – (hef)

### US-Geschichte

#### Neue Spuren vom Kampf gegen die Sklaverei

Der jahrelange Rechtsstreit einer Gruppe von Schwarzen aus Oklahoma und sein – zumindest vorläufiges – Ende erhält ein Stück Geschichte der USA, das in den Geschichtsbüchern vollständig verschwiegen wird.

Die Schwarzen, die sich "schwarze Seminolen" nennen – die Seminolen sind ein indianisches Volk ursprünglich aus dem heutigen Florida –, hatten die USA auf Schadensersatz für vormals geraubtes Land verklagt. Sie bezogen sich dabei auf ein Urteil von 1977, in dem das Bundesgericht den indianischen Seminolen 17 Mio. \$ als Entschädigung für ihr verlorenes Land zugesprochen hatte, und machten geltend, daß ihre Vorfahren freie Landbesitzer und militärische Verbündete der Indianer im zweiten Seminolenkrieg (1835–42) gewesen waren.

Die Spur der Gruppe, die abgeschieden auf dem Land lebt, läßt sich weit zurückverfolgen. Sie hat bis auf den heutigen Tag die Sitten ihrer Vorfahren beibehalten und spricht nach wie vor ihre Sprache, den afrikanischen Dialekt Gullah. Ihre Vorfahren wurden aus dem heutigen Staat Sierra Leone verschleppt und als Sklaven auf die

Reisplantagen von Süd-Carolina und Georgia verkauft.

Die US-Geschichtsschreibung unterdrückt fast alle Tatsachen über den Kampf der Sklaven gegen die Sklaverei, von dem höchstens einige kleinere und isolierte Rebellionen bekannt sind. So ist weithin unbekannt, daß Sklaven, die vor rd. 250 Jahren von den Reisplantagen flüchten und in die tropischen Wälder von Florida entkommen konnten, dort eine eigene, unabhängige schwarze Republik gründeten. Sie nutzten dabei die Spaltung unter den Europäern und verbündeten sich je nach Lage mit den Briten und Spaniern, vor allem aber mit den autochthonen Indianern. Sie entwickelten die Landwirtschaft zu hoher Blüte und lebten einige Generationen in Freiheit. Im zweiten Seminolenkrieg kämpften sie an der Seite der Indianer sechs Jahre lang gegen die Spanier und die gewaltige Militärmacht der USA. Einige fortschrittliche Geschichtsforscher vertreten inzwischen die Auffassung, daß die freien Schwarzen in Florida sehr großen Anteil an dem langen Widerstandskampf hatten und daß der zweite Seminolenkrieg auch als Krieg für schwarze Befreiung gelten kann. Die Niederlage bedeutete für die Schwarzen erneute Flucht— diesmal nach Oklahoma.

Einige Organisationen der indianischen Seminolen haben die Ansprüche der "schwarzen Seminolen" inzwischen anerkannt und sind zur Teilung der 17 Mio. \$ bereit. Bis zur endgültigen Klärung ist der Rechtsstreit ausgesetzt.

Quellenhinweis: Sierra Leones verlorener Stamm in den USA, in: New African, Sept. 1985— (scc)

#### USA/Kanada

##### Ein Eisbrecher sorgt für Diskussionen

Im August hat die US-Regierung für einige Unruhe in Kanada gesorgt. Sie ließ einen starken Eisbrecher der Küstenwache, die "Polar Sea" mit 60000 PS, von Thule in Grönland aus Richtung Westen nach Alaska tuckern. Begründung: Zeitersparnis gegenüber der üblichen Route durch den Panama-Kanal. Militärische Zwecke wurden bestritten. Die Regierung Reagan bot damit der kanadischen konservativen Regierung Gelegenheit zu beweisen, wieviel die oft beschworenen "besonderen Beziehungen" zwischen USA und Kanada denn so aushalten.

Der Konflikt besteht darin, daß die Vereinigten Staaten die von der "Polar Sea" benutzte Route für internationales Gewässer erklären, während die kanadische Regierung auf dem Standpunkt steht, dies sei kanadisches Hoheitsgebiet. Es geht um Gebiete, die über lange Monate für Schiffe unpass-

sierbar sind; die stärksten kanadischen Eisbrecher können nur drei Monate im Jahr dort verkehren. Es ist daher lange Zeit eine rein juristische Frage gewesen, wer die Hoheitsrechte zwischen dem Nordwest-Territorium und Grönland ausübt.

Den Besitztitel auf die arktischen Inseln hat Großbritannien 1880 an Kanada übertragen. Ein Kolonialbeamter notierte damals: "Der Grund für die Annexion dieser unerforschten Gebiete zu Kanada ist, die Vereinigten Staaten an deren Beanspruchung zu hindern, und nicht, daß es wahrscheinlich wäre, daß sie für Kanada irgendeinen Wert hätten." Einen Rechtstitel der in dem Gebiet lebenden Inuit hat Großbritannien ebenso wenig anerkannt wie später Kanada.

Politisch-militärische Bedeutung erhielt die Region erstmals im Zweiten Weltkrieg. Die USA bauten Wetterstationen und eine Kette von Flughäfen für die Lieferung von Flugzeugen an die verbündete Sowjetunion. In den 50er Jahren wurde eine Radar-Frühwarnkette aufgebaut. In neuerer Zeit wird mit der Ausbeutung umfangreicher Bodenschätze begonnen; allein in der Beaufort-See vermutet man über eine Billion Liter Rohöl.

Erstmals erprobten die USA die Gültigkeit kanadischer Besitzansprüche 1969 mit dem Tanker Manhattan, der ohne kanadische Einwilligung die Nordwestpassage durchfuhr. Daraufhin erklärte die kanadische Regierung 1970 per Gesetz einen 100-Meilen-Streifen vor der Küste zur Umweltschutzzone. Dieses Gesetz haben die USA niemals anerkannt.

Auf die neue Provokation mit dem Eisbrecher "Polar Sea" reagierte die kanadische Regierung Mulroney sehr behutsam. Einen Tag vor der Abfahrt von Grönland erteilte Ottawa ungebeten eine offizielle Genehmigung. Im übrigen nahmen die beiden Regierungen die Existenz des jeweils anderen Rechtsstandpunkts der Gegenseite zur Kenntnis, und die kanadische Seite prüft, ob sie den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anrufen will.

Eine andere Seite der durch den Eisbrecher ausgelösten Diskussion dürfte politisch mehr Gewicht haben und auch von der Regierung Reagan so kalkuliert sein: Wenn Kanada die Souveränität im Arktisgebiet beansprucht, muß es auch die Waffen besitzen, um sie zu behaupten. Ein Schiff von der Stärke der "Polar Sea" besitzt die kanadische Armee nicht. Pläne zum Bau eines Eisbrechers mit 100000 PS, was der stärkste der Welt wäre, sind bisher wegen der hohen Kosten nicht entschieden worden. Über neuere U-Boote, die auch in arktischen Gewässern operieren könnten, verfügt Kanada nicht. So wird aus der Eisbrecher-Diskussion eine Aufrüstungsdiskussion.

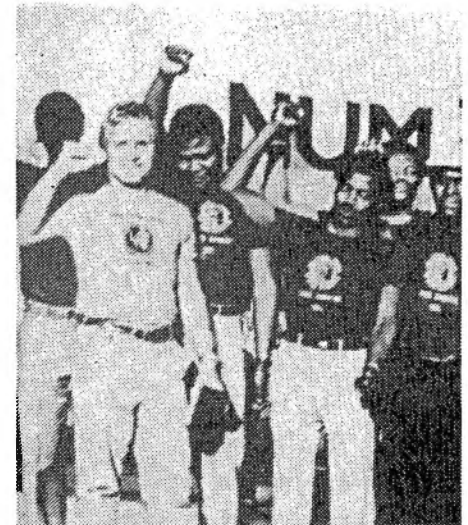
Quellenhinweis: Maclean's, 19.8.85— (mfr)

#### Südafrika/Azania

##### Trotz brutaler Unterdrückung setzt die NUM den Kampf fort

Die schwarze Bergarbeitergewerkschaft NUM hatte den ursprünglich für 25.8. angekündigten Streik am 1. September in denjenigen Minen ausgerufen, deren Bergwerksgesellschaften weiterhin unzureichende Lohnangebote vorgelegt hatten. Am 3.9. wurde der Streik jedoch vorzeitig von der Gewerkschaft abgebrochen. Nach einer Meldung der Zeitung Sowetan befanden sich am 1.9. ca. 70000 Mitglieder der NUM in insgesamt sieben Minen der drei größten Bergwerksgesellschaften General Mining Corp., Gold Fields und Anglovaal im Streik.

Drei andere Bergwerksgesellschaften



Demonstrierende Bergarbeiter

ten hatten in letzter Stunde die Forderungen der Gewerkschaft weitgehend erfüllt: die Anglo-American-Minengesellschaft, die von den Streiks am härtesten betroffen gewesen wäre, bewilligte die geforderten 22% Lohnerhöhung sowie 10% höheres Urlaubsgeld. Die Rand Mines sagte für Kohlenminen vier Rand pro Monat und 10% mehr Urlaubsgeld zu. Überraschenderweise schloß sich die Johannesburg Consolidated Investment, in der die NUM nicht anerkannt ist, den Zusagen der Anglo-American-Minengesellschaft an.

Trotz Unterstützung der Streikenden von seiten der anderen Gewerkschaften, der AZAPO und UDF sowie der Bildung von Solidaritätskomitees im ganzen Land konnte der Streik nur drei Tage aufrechterhalten werden. Ursache war die ungeheure Brutalität, mit der die Minengesellschaften den Streik der Arbeiter beantworteten. Die Entscheidung der Gesellschaft Gold Fields of South Africa, 5000 der 7000 Arbeiter der Deelkraal-Mine bei Carletonville, ca. 100 km westlich von Johannesburg, zu entlassen, wirkte lähmend. Auch die General Mining



Union Corp. reagierte mit der Entlassungsdrohung gegen 1200 Arbeiter in der Marieval-Mine bei Johannesburg, nachdem 300 Arbeiter sofort gefeuert worden waren.

Von Anfang an versuchten die Gesellschaften, den Streik mit physischer Gewalt zu brechen. Eine Sprecherin der NUM warf den drei Bergwerksgesellschaften vor, nicht nur den Streik, sondern die Gewerkschaft selbst brechen zu wollen. Sie erklärte: "Gegen unsere Mitglieder wurden Hunde, Schlagstöcke, Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt. Manche sind mit vorgehaltenem Gewehr an die Arbeit getrieben worden. Es hat Massenentlassungen gegeben sowie Vorbereitungen, die Gefeuerten zu Tausenden nach Hause zu verschiffen."

Die NUM hat beim staatlichen Arbeitsgericht juristische Schritte eingeleitet, um die am Streik Beteiligten vor Entlassungen, Ausweisung aus den bergwerkseigenen Unterkünften und Abtransport in die Heimat zu schützen. Laut Gewerkschaftsschätzung sind etwa 10000 Bergarbeiter von Entlassungen und Ausweisungen bedroht. Ca. 140 Streikende waren verletzt und 120 inhaftiert worden.

Die Konfrontation zwischen NUM und Bergbaukapitalisten ist von der bürgerlichen Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden, da die Bergwerksproduktion die Grundlage des kolonialen Staatsapparates darstellt. Unverhohlen befriedigt äußerte sich die Presse über die kurze Dauer des Streiks. Doch die Krise des Kolonialsystems ist unübersehbar, die Kraft der schwarzen Gewerkschaften lange nicht gebrochen. Der Generalsekretär der NUM, Ramaphosa, gab bekannt, der Streik sei nur unterbrochen worden, und kündigte weitere Streiks in ausgewählten Gold- und Kohlegruben an. Das Arbeitsgericht werde am 30.9. über das Recht der Arbeiter auf Streik entscheiden.

Quellenhinweis: AZAKO 8/85; SZ 7./8.9.; NZZ 4.9.; TAZ 5.9. — (and)

## Neuwahlen in Belgien

### Martens: Das "Sanierungsprogramm" fortsetzen

Am 2.9. hat die belgische Regierung aus Christdemokraten und Liberalen unter Premier Martens das Parlament aufgelöst und Neuwahlen für den 13. Oktober ausgeschrieben. Kurz zuvor hatten flämische und wallonische Christdemokraten einen öffentlichen Streit um die Grundsätze einer Schulreform in Belgien begonnen. Die flämischen Christdemokraten und die Liberalen wollen das Schulsystem "regionalisieren" und in ein flämisches und ein wallonisches Schulsystem untergliedern. Die wallonischen Christdemokraten sind dagegen, weil dann

die Mittel für Schulen im ärmeren wallonischen Landesteil drastisch gekürzt werden müßten. Tatsächlich ist dies auch der Zweck der "Regionalisierung": Die Gegensätze zwischen dem wallonischen und flämischen Landesteil sollen vertieft werden und die Möglichkeiten für Kürzungen im Schuletat verbessert werden. Martens hat angekündigt, er wolle trotz des Widerstands der wallonischen Christdemokraten — die unter starkem Druck des christlichen Gewerkschaftsbundes ACV stehen — an diesem Ziel festhalten.

Der zweite Schwerpunkt der künftigen Regierung soll, so Martens, die Fortsetzung des wirtschaftlichen "Sanierungsprogramms" sein. Gemeint ist: Die energische Förderung der Bereicherung der Kapitalisten und der weiteren Verarmung der Lohnabhängigen soll fortgesetzt werden. Man habe "drei Viertel" des Sanierungsprogramms erfolgreich beendet, verkündet Martens. Wie "erfolgreich", enthüllen jüngste Umfragen. So sind die Bruttolöhne der belgischen Lohnabhängigen seit 1981 mit Hilfe zahlreicher, teilweise mit Sondervollmach-

ten der Regierung erzwungener Lohnkürzungen um 15% gesenkt. 97000 Lohnabhängige sind in so schlecht bezahlte Teilzeitverträge gepreßt, daß sie zusätzlich Arbeitslosengeld beziehen. 500000 Lohnabhängige sind arbeitslos, eine Arbeitslosenrate von 12% — Rekord in Westeuropa. Die Regierung hat die gesetzlichen Schranken gegen Nachtarbeit und Wochenendarbeit weitgehend aufgehoben. Die Gewinne der Kapitalisten sind seit 1981 um 57% gestiegen, die belgischen Aktienvermögen sogar um 200%.

Schließlich will die Regierung an der Zustimmung zur Stationierung der Mittelstreckenraketen festhalten. Die Sozialdemokraten dagegen verkünden, sie würden diese Zustimmung bei einem Wahlsieg "rückgängig machen", freilich "nicht einseitig", sondern im Rahmen einer "beiderseitigen Abrüstung". Dennoch argwöhnt die "FAZ" bereits: "Für die Nachbarn und NATO-Partner Belgiens kann es passieren, daß die Raketenstationierung noch einmal aufgerollt wird."

Quellenhinweis: Standaard, 28.8. bis 10.9.; FAZ, 6.9.; Solidair, Zeitung der PvdA, div. Ausgaben — (rül)

## VR China

### Boom der ländlichen Industrie — solide Grundlage der ländlichen Entwicklung

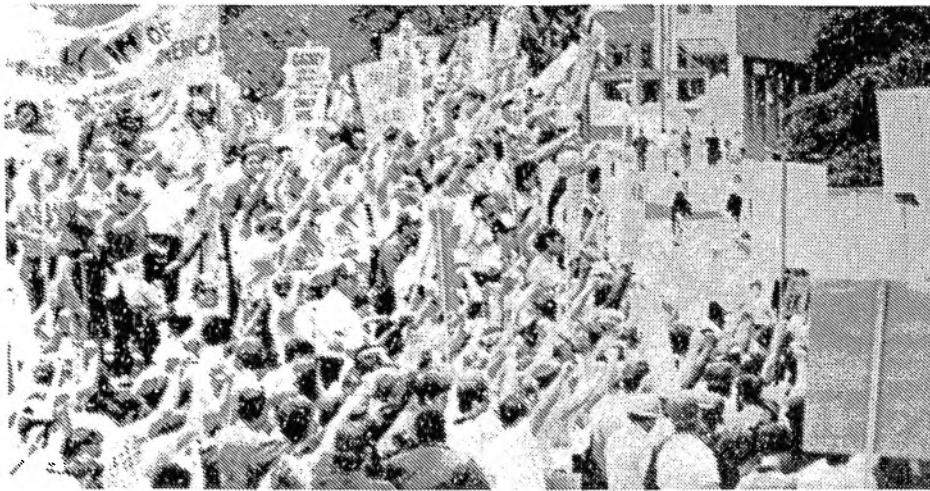
Das rasante Wirtschaftswachstum, das die VR China in den vergangenen Jahren und besonders 1984 zu verzeichnen hatte, ist den bürgerlichen Ökonomen Beweis dafür, daß die Kräfte des Marktes das zentralisierte und bürokratisierte Wirtschaftssystem der VR China entschlacken, und damit erneuter Beleg für die Überlegenheit der Marktwirtschaft. Besonders Anlaß zum Triumph bietet ihnen die Tatsache, daß die ländliche Indu-

strie, die außerhalb des zentralen Plans produziert, besonders schnell wuchs.

Jede chinesische Provinz verzeichnete nach Bereinigung um die Inflationsrate einen zweistelligen Anstieg der Industrieproduktion. Die Agrarproduktion stieg 1984 in den einzelnen Provinzen um 10–20%. Besonders stark war das Wachstum der Industrieproduktion in den Provinzen mit entwickeltem Transportwesen und einem



Der von Mao Zedong im Rahmen des "Großen Sprungs" initiierte Aufbau der ländlichen Industrie hat die Basis dafür geschaffen, daß die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land zunehmend eingeengt werden.



USA: Ein Gerichtsbeschuß vom 29.8. wies das Verlangen der Stahlkapitalisten von Wheeling Pittsburgh zurück, per Gerichtsurteil zu verhindern, daß den 8600 streikenden Stahlarbeitern Arbeitslosengelder ausgezahlt werden. Das Gericht bestätigte aber, daß Wheeling Pittsburgh den Tarifvertrag einseitig aufkündigen durfte. Seit dem 21.7. streiken die Stahlarbeiter dagegen, daß die Kapitalisten Löhne und Versicherungszahlungen um 4 \$ pro Stunde senken wollen. Um den Streik zu treffen, hatten die Kapitalisten Zahlungen an die Krankenversicherung schon am 22.7. eingestellt. Bild: Protestkundgebung von Mitgliedern der Stahlgewerkschaft USWA am 26.8. in Pittsburgh — (gba)

### **Straßenkämpfe in Birmingham**

Von den 16jährigen, die im Juli 1984 aus den zwölf Schulen des Stadtbezirks Birmingham-Handsworth entlassen wurden, hatten im November 18% der Weißen eine Arbeit, 16% der Asiaten und ganze 5% der Schwarzen. Dafür werden 79% der Schwarzen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für weniger als 400 DM gesteckt, um nach einigen Monaten wieder ohne Geld dazustehen. Sie werden von rassistischen Polizisten schikaniert, die schon dann "vorbeugend" festnehmen dürfen, wenn man sich an ein Auto lehnt. Kein Wunder, daß es ihnen reicht. Die Straßenkämpfe richteten sich gegen Polizei und elende Lebens-

bedingungen, nicht gegen Ladenbesitzer indischer Herkunft, wie die britische Bourgeoisie verbreitet. — (hef)

### **USA: Schulden der Farmer auf 210 Mrd. \$ gestiegen**

Auf knapp 210 Mrd. Dollar sind die Schulden der US-Farmer bei den Banken gestiegen. Die Zinslast auf diese Schulden, jährlich über 20 Mrd. Dollar, treibt insbesondere die Besitzer von Familienbetrieben inzwischen zu Tausenden in den Ruin. Wie das "Handelsblatt" am 6. September meldet, ist die Zahl der Bankrotte von US-Farmern inzwischen so hoch, daß 402 Agrarbanken nun ihrerseits in Schwierigkeiten geraten, weil sie ihre Zinsen nicht mehr eintreiben können. — (rül)



Rückzug wird von der in Montréal erscheinenden Tageszeitung "Le Devoir" als Ergebnis der relativ breiten Opposition in Kanada gegen das SDI-Programm betrachtet. Die Regierung, seit einem Jahr im Amt, hatte in letzter Zeit starke Verluste in den Meinungsumfragen einstecken müssen. — (mfr)

großen kollektiven Sektor, also ländlichen Industrien. Nur neun Provinzen — die Küstenprovinzen Jiangsu und Zhejiang im Yangtse-Delta, Guangdong und Fukien sowie die fünf Provinzen im Yangtse-Tal, Sichuan, Hunan, Anhui, Hubei und Jiangxi — erbrachten die Hälfte des Gesamtanstiegs der Industrieproduktion in 1984. Alle diese Provinzen zeichnen sich durch einen hohen Grad ländlicher Industrialisierung aus.

Die Kehrseite dieser Entwicklung: Entlegene Provinzen oder autonome Gebiete bleiben bei der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die eindeutig die schon entwickelten Gebiete fördert, immer mehr zurück.

Andererseits schnitten auch die klassischen Industriebasen der VR China, die Städte Shanghai, Tianjin und Beijing sowie die schwerindustrielle Provinz Liaoning in Nordostchina, mit Wachstumsraten von ca. 10%, weit unter dem nationalen

Durchschnitt ab. Der Anteil dieser Städte bzw. Liaonings an der chinesischen Industrieproduktion ist von 30% 1979 auf 26% 1984 gefallen, während der Anteil der Küstenprovinzen und der Provinzen im Yangtse-Tal von 35% auf 40% stieg. Diese sehr unterschiedliche Entwicklung spiegelt das Zurückbleiben der staatlichen Industriebetriebe, die in den Industriezentren konzentriert sind, gegenüber dem Wachstum des genossenschaftlichen Sektors und hauptsächlich der ländlichen Industrie wider.

In der Provinz Jiangsu an der Yangtse-Mündung beschäftigen 68000 ländliche Industriebetriebe 4,3 Mio. Arbeiter und erzeugen 1/3 der gesamten Industrieproduktion der Provinz; der gesamte kollektive Sektor — einschließlich der genossenschaftlichen Betriebe in den Städten — erbringt fast die Hälfte der Industrieproduktion der Provinz. Während die Produktion der Staatsbetriebe im Durch-

schnitt um 15% wuchs, konnte die ländliche Industrie ihre Produktion in Jiangsu um 30% steigern. Die ländlichen Industriebetriebe sind zumeist im Besitz der Landstädte (früher Volkskommunen, die ihren Sitz in den Landstädten hatten) oder der Dörfer (früher Produktionsbrigaden); daneben gibt es inzwischen zahlreiche kleine Privatbetriebe im Besitz von einer oder mehreren Familien; ausländisches Kapital spielt bislang keine Rolle.

Die ländliche Industrialisierung begann in der VR China mit dem "Großen Sprung" 1958: Die KP Chinas rief damals zur Gründung der Volkskommunen auf, die durch Zusammenfassung der bislang genossenschaftlich organisierten Bauern eine Produktivitätssteigerung der landwirtschaftlichen Arbeit, den Aufbau von ländlichen Industrien, die Entwicklung der Infrastruktur (Be- und Entwässerung, Verkehrswege, Energieversorgung) und

### VR China: gewaltiges Defizit in der Handelsbilanz

Im ersten Halbjahr 1985 verzeichnete die VR China ein Handelsbilanzdefizit von über 8 Mrd. \$. Dadurch sind Chinas Devisenreserven drastisch gesunken. Allein im Handel mit Japan, Chinas größtem Handelspartner, stiegen die Importe — hauptsächlich PKWs, LKWs und Fernsehgeräte — gegenüber dem 1. Halbjahr 1984 um 107%. Dazu beigetragen hat wesentlich die Liberalisierung der Außenhandelsbestimmungen. Nach Angaben der Weltbank ist China inzwischen zum Nettoschuldner geworden. — (wom)

### "Kleiner Parteitag" der KP Chinas

Voraussichtlich Ende des Monats wird die Kommunistische Partei Chinas eine Parteikonferenz abschließen, an der neben den ZK-Mitgliedern etwa 1000 Delegierte aus dem ganzen Land teilnehmen. Die Konferenz dient ausschließlich der Überprüfung der gegenwärtigen Innenpolitik der KPCh: Im einzelnen stehen die Wirtschaftsreformen zur Disposition, die u.a. zu einer überhitzten Konjunktur, einer galoppierenden Inflation (offiziell 9% bezogen auf das Warenangebot im Staatshandel), zu einem Schwinden der Devisenreserven und zum Anwachsen der Auslandsschuld sowie zu einer blühenden Wirtschaftskriminalität geführt haben. Außerdem soll der Stand der 1984 eingeleiteten Parteisäuberung überprüft werden. Womöglich werden auch Personalentscheidungen fallen, denn bislang ist der Versuch, maoistisch orientierte Funktionäre mit dem Hinweis auf ihr hohes Alter auszubooten, steckengeblieben. Im Vorfeld der Konferenz sind allerdings schon verschiedene Armeegeneräle mit kulturevolutionärer "Ver-

gangenheit" sowie der bisherige Propagandachef der KPCh Deng Liqun, der die Wirtschaftsreformen als bürgerlich kritisiert hat, ihrer Ämter enthoben worden. — (wom)

### Kampuchea: Verhandlungslösung in Sicht?

Eine Initiative der ASEAN-Staaten zu Verhandlungen über die Zukunft Kampuchas ist von der Regierung des Demokratischen Kampuchea und den darin vertretenen drei Widerstandsorganisationen, vom Heng Samrin-Regime in Pnom Penh sowie von den Regierungen Chinas und Vietnams ak-

zeptiert worden. Danach sollen die Parteien indirekt, über Vermittler der ASEAN-Staaten, miteinander verhandeln. Vietnam erklärte, seinem Truppenrückzug stände nach Ausschaltung der Roten Khmer nichts im Wege, eine Koalitionsregierung von Heng Samrin und dem bürgerlichen Widerstand um Son Sann und Sihanouk sei denkbar. Möglicherweise hängt auch der vom Radio des Demokratischen Kampuchea gemeldete Rücktritt Pol Pots als Oberkommandierender der Roten Khmer mit den diplomatischen Manövern zusammen. — (wom)



Nach Berichten der Zeitung "Noticias" haben sich der konterrevolutionären Rebellenorganisation in Mozambik, der MNR, neben portugiesischen, US-amerikanischen, britischen und israelischen auch westdeutsche Söldner angeschlossen. Die mosambikanischen Truppen, die durch starke zimbabwische Einheiten unterstützt werden, haben die Überfälle, Brandschätzungen und Sabotageaktionen der MNR bisher nicht eindämmen können. Im Gegenteil erreichen die Auseinandersetzungen immer mehr die Ausmaße eines Bürgerkrieges. Die Versorgungsschwierigkeiten und Hungerkatastrophen infolge der mehrjährigen Dürreperiode werden dadurch noch verschärft. In einigen Landstrichen haben die bewaffneten Banditentruppen durch ihren Terror gegen die Zivilbevölkerung die landwirtschaftliche Produktion zum Erliegen gebracht und die Verbindungswege zu den städtischen Zentren und damit die Versorgung der hungernden Landbevölkerung mit Hilfsgütern unterbrochen (Bild). — (scc)

eine an den Bedürfnissen der Kommunitätsmitglieder orientierte Verteilung der Reproduktionsmittel erlauben sollten. In den Jahren nach 1960, als Mao Zedongs "Großer Sprung" von den Rechten in der KPCh kritisiert wurde, war auch das Schicksal der ländlichen Industrialisierung offen. Die Staatsbetriebe wurden zu großen Industriegruppen zusammengefaßt. Bei dieser Reorganisation hatten die ländlichen Industrien keinen Platz, weil sie nicht innerhalb des zentralen Plans arbeiteten und mit den Staatsbetrieben um knappe Rohstoffe und Energie konkurrierten.

Die Kulturrevolution, auf die Stärkung der Selbstorganisation der Produzenten gerichtet, gab der ländlichen Industrie mehr Entwicklungsmöglichkeiten. In den Jahren nach 1966 wurden die meisten heute produzierenden Betriebe gegründet. Zudem profitierte die ländliche Industrie von der zeitweiligen Schließung der

Staatsbetriebe aufgrund der kulturevolutionären Auseinandersetzungen. Lu Guanqiu, Direktor eines Zusammenschlusses genossenschaftlicher Betriebe in Hangzhou, Provinz Zhejiang: "Als die staatlichen Fabriken geschlossen waren, konnten wir unsere Erzeugnisse überall verkaufen, obwohl sie sehr einfach und zudem teuer waren. Als die staatlichen Fabriken später wieder öffneten, hatten wir genug Geld, um Maschinen zu kaufen, die Qualität zu verbessern und weiterzumachen."

In den letzten zehn Jahren gab es in der Führung der KPCh erneut Bestrebungen, die ländliche Industrialisierung zu stoppen und viele Betriebe zu schließen oder in zentral geführte Konzerne einzugliedern, den Betrieben das Produktionsprogramm vorzuschreiben und sie zu reinen Zulieferern der Staatsbetriebe zu machen. Außerdem wurde die Kapitalvergabe an genossenschaftliche Betriebe ein-

geschränkt. Die genannten Produktionsdaten zeigen aber, daß diese Bestrebungen erfolglos und politisch gegen die Landbevölkerung nicht durchsetzbar waren, weil die ländliche Industrie für die Versorgung der Landgebiete unersetzlich ist. Das enorme Wachstum der ländlichen Industrie gerade in den letzten Jahren hat zwei wesentliche Ursachen: Zum einen hat die Agrarpolitik der KPCh die Einkommen der Landbevölkerung im Durchschnitt deutlich gesteigert und damit den Markt für die Haupterzeugnisse der ländlichen Industrie — Landmaschinen, Textilien, Dünger — vergrößert. Zum anderen konnten die kleinen, flexiblen Betriebe sich schneller auf die neue, marktorientierte Wirtschaftspolitik einstellen als die großen Staatsbetriebe.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; China aktuell, div. Ausgaben; Zeit v. 12.9.85 — (wom)



## \* Veröffentlichungen \*

### Arbeitslosen-Initiativen bei den Grünen im Bundestag

Die Dokumentation enthält zahlreiche Anhaltspunkte, warum die Grünen die Zusammenarbeit mit Arbeitslosen-Initiativen suchen. Neben einer Kurzfassung der auf einem Hearing der Grünen im Bundestag über Situation und Perspektiven der Erwerbsarbeitslosigkeit vorgetragenen Referate und Diskussionsbeiträge sind unter dem Titel "Ökologische und soziale Wege aus der Arbeitslosigkeit" folgende Gesetzentwürfe der Grünen im Bundestag dokumentiert: Auszüge aus dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes; Ökologischer Nachtragshaushalt gegen Umweltzerstörung und Massenarbeitslosigkeit; Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit; Gesetzentwurf zur Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen; Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut. Sowohl in den dokumentierten Diskussionsbeiträgen als auch in den Gesetzentwürfen bringen die Grünen zum Ausdruck, daß sie eine Bewegung von "Erwerbsarbeitslosen" fördern wollen, um jede Tätigkeit, ob Hausarbeit, Arbeit in Alternativ-Betrieben, Heimarbeit und Lohnarbeit, ob am Band oder als Ingenieur, gesellschaftlich "gleich" zu stellen. Damit begründen sie auch weitgehende Angriffe auf die Sozialversicherung. Im Mittelpunkt ihres Interesses steht nicht, zu welchen Bedingungen Lohnabhängige ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und in Zeiten der Arbeitslosigkeit erhalten können. (Arbeitskreis Wirtschaft der Grünen im Bundestag (Hrsg.), Arbeitslosen-Initiativen bei den Grünen im Bundestag — eine Dokumentation, 2,00 DM; zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle der Grünen, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1 — uld)

### Lehrbuch gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungspolitik

Ihre Erfahrungen mit dem Lehrgang "Lohn- und Verteilungspolitik" an der DGB-Bundeschule Springe haben Jürgen Krack und Egon Kutscher in dem informativen und gut lesbaren Buch "Lieber besser statt mehr? — Qualitative Tarifpolitik in der Wirtschaftskrise" niedergeschrieben. Bereits die Einleitung hebt sich gegenüber so manchem in letzter Zeit zu "qualitativen" Tarifforderungen Geschriebenen positiv ab: "Solange die Einkommen eines Großteils der abhängig Beschäftigten immer noch relativ gering sind, werden die bundesdeutschen Gewerkschaften nicht auf eine Lohn- und Gehaltspolitik verzichten können, die auf den Erhalt und die Erhöhung der Realeinkommen abzielt. Dies gilt insbesondere, je mehr sich durch den staatlichen Sozialabbau das Niveau der sozialen Sicherheit verschlechtert

..." Das Buch gliedert sich in drei Hauptabschnitte: Unter dem Stichwort "Verteilungssituation" wird materialreich die gegenwärtige Lage der Lohnabhängigen entlang von fünf "Interessenbereichen" — Beschäftigung, Einkommen, menschengerechte Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Qualifikation — beschrieben. In einem zweiten Abschnitt wird das Funktionieren der kapitalistischen Warenwirtschaft erklärt und ausführlich auf die Lohn- und Leistungs politik eingegangen. Im letzten Teil dann ("Qualitative Tarifpolitik") entwickeln Krack/Kutscher ihre Vorstellungen. Entlang obiger "Interessenbereiche" werden erhobene und z.T. durchgesetzte Forderungen der Gewerkschaft-



Urabstimmung der IG Metall im Tarifgebiet Nord-Württemberg/Nordbaden

ten behandelt. Ausdrücklich gegen ein Verständnis von "qualitativer Tarifpolitik", das Lohnforderungen geringer bewertet, wollen die Autoren darunter solches "gewerkschaftliches Handeln (verstehen), das von einem ganzheitlichen Interessenverständnis ausgeht und versucht, die Interessenbereiche der abhängig Beschäftigten ... umfassend, grundsätzlich, gleichwertig und möglichst gleichzeitig durch eine aktive Schutz- und Gestaltungspolitik zu regeln. Das Einkommensinteresse ist somit ein zunächst einmal gleichrangiger Interessenbereich neben den anderen." Insgesamt eine nutzbringend zu lesende Schrift, mehr unter dem Gesichtspunkt der Vermittlung von "Tarifgrundkenntnissen" und Argumenten gegen gängige Kapitalistenpropaganda betrachtet. Eine Erörterung der 35-Stunden-Qualitätsforderungserfahrung wie auch darüber, wo eigentlich der Haltepunkt gegen die Angriffe der Reaktion errichtet werden kann, ist nicht enthalten. Die entwickelte Konzeption für Tarifpolitik bleibt somit beliebig. (Bund Verlag, Köln 1985. — gka)

### Widerstand gegen Sozialabbau

Die IG Metall Bezirksleitung Stuttgart hat nun die Broschüre "Widerstand gegen Sozialabbau" nachgedruckt, die sie im März als Argumentations- und Informationshilfe für die IG-Metall-Funktionäre Baden-Württembergs herausbrachte. In ihr wird nachgewiesen, wie den Arbeiterhaushalten die Milliarden entzogen wurden, die dem Kapital geschenkt wurden. Die Reaktion spuckte Gift und Galle. Der Heilbronner MdL und CDU-Staatssekretär im Sozialministerium Mühlbeyer forderte die Rücknahme der Broschüre. Sie unterscheidet sich von anderen gewerkschaftlichen Untersuchungen, wo es heißt: "Geschick hat es die Bundesregierung verstanden, zunächst die Notwendigkeit des Gürtel-Enger-Schnallens herauszustellen ... Dies gelang ihr umso erfolgreicher, als die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ... mittels massiver Sparmaßnahmen und Sozialleistungskürzungen diesen Weg beschritten hatte und sich in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft — nicht zuletzt vor dem Hintergrund der lange Zeit sehr zurückhaltenden gewerkschaftlichen Kritik — eine Verzichtsmentalität und -bereitschaft ausgebreitet hatte." — (jom)

### BDI-Tagung: "Wende in der Mittelstandspolitik?"

Bei der Beurteilung der Regierungsparteien wird öfter spekuliert, daß nur die Rücksicht auf Mittelstandsinteressen die scharfen propagandistischen Angriffe auf Tarifrrechte, Sozialversicherungen und gewerkschaftliche Organisation auslöse. Daher brauche man manches aus CDU/CSU oder FDP auch nicht so ernst zu nehmen, könne es als Wahlmanöver auffassen, denn das große Kapital sei mehr am "sozialen Frieden" und daher an einer der vormaligen sozialliberalen ähnelnden Politik interessiert. Eine vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) im Mai durchgeführte Veranstaltung unter dem Titel "Wende in der Mittelstandspolitik?" — die Vorträge und Diskussionsergebnisse liegen jetzt als Broschüre vor — vermittelt aber eher den Eindruck, daß sich die Kapitalisten unabhängig von ihrer Größe in den Anforderungen an die Regierungspolitik einig sind. Vom "Mittelständler" (darunter hat man Kapitalisten bis zu 500 Beschäftigten zu verstehen) bis zum BDI-Präsidenten Langmann beklagte man sich, eine "Wende" habe zwar stattgefunden, aber noch nicht in allen Bereichen ausreichend. So stünden noch insbesondere aus: Stärkung der Eigenkapitalbasis durch Aktienförderung und geringere Ertragssteuern, weitere Flexibilisierung beim Arbeitsrecht und Reduzierung von Sozialversicherungsansprüchen. Bei diesen Maßnahmen zur "Verbesserung der

Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Stabilität" sahen die Mittelstandssprecher keinen Interessengegensatz zu den großen Kapitalen. Die These des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD, Wolfgang Roth, die Wende habe nur den Großunternehmen genutzt und sei an den kleinen und mittleren Unternehmen vorbeigegangen, fand keine Zustimmung. Der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses, Wälzholz-Junius, selbst Mitinhaber und Geschäftsführer, lehnte vielmehr ausdrücklich eine Sonderpolitik für kleine und mittlere Unternehmen ab, da eine "wachstumsorientierte Verbesserung" der Rahmenbedingungen den Unternehmen aller Größenordnungen zugute komme. (BDI, Wende in der Mittelstandspolitik; erhältlich bei: BDI, Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 5000 Köln 51 — alk)

### Strafprozeßwelle wegen "Gotteslästerung"

"Das Mittelalter lebt. Von der Inquisition zum §166 StGB" ist der Titel einer "Dokumentation zur strafrechtlichen Verfolgung von Kirchengegnern in der BRD". Herausgegeben wurde die Broschüre vom Antiklerikalen Arbeitskreis der Bunte Liste Freiburg. Die Verfasser weisen nach, daß die Staatsorgane der BRD systematisch koordiniert die Strafverfolgung von antiklerikaler Kritik betreiben, und zeigen anhand der dokumentierten Strafverfolgung aus dreizehn Städten auf, daß von einer Strafprozeßwelle gesprochen werden muß. Strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurde und wird v.a. wegen Aufklebern "Lieber eine befleckte VERHÜTUNG als eine unbefleckte EMPFÄNGNIS", der Verteidigungsrede in dem betreffenden Prozeß; einer Broschüre gegen die dem Papst persönlich unterstellte Organisation Opus Dei, bekannt und groß geworden durch die tatkräftige Unterstützung des faschistischen Franco-Regimes; wegen eines satirischen Plakats, mit dem 1984 in Freiburg die Bunte Liste für eine "Antiklerikale Woche" warb. Kritische Berichterstattung und Dokumentation der Strafverfolgung wurden durch die Staatsorgane beschlagnahmt und mit Strafmaßnahmen unterdrückt. Die Strafverfahren betreiben die Polizeidezernate "Staatsschutz" auf Grundlage des §166 des Strafgesetzbuches, der 1969 von der damaligen CDU/CSU/SPD-Regierung zugriffiger gemacht wurde, so daß eine "Beschimpfung" eines religiösen Bekenntnisses allein schon dann mit drei Jahren Gefängnis bedroht wird, wenn sie "geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören". — (Die Dokumentation ist zu bestellen bei: Bunte Liste Freiburg, Postfach 254, 78 Freiburg. Preis 6 DM, Solidaritätspreis 10 DM + Versandkosten 1 DM gegen Vorauszahlung auf Postscheckkonto Karlsruhe 186435-758 (Stichwort §166) — gba)

### SPD-Programmdiskussion

## Bundestagfraktion benutzt Haushaltsdebatte für ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft

In erster Lesung debattiert der Bundestag über den Haushalt traditionell in allgemeiner Aussprache. Die SPD hatte — zum erstenmal seit dem NRW-Wahlsieg von Arbeit, Umwelt, Rau — sich nicht nur als Kritiker zu empfehlen, sondern mußte durchblicken lassen, was sie tun oder zulassen würde, wenn sie dran käme. Die SPD zeigte an, daß sie, einmal angenommen, eine breite Ablehnung offen reaktionärer Politik brächte sie ans Ruder, hart daran arbeiten wird, diese Ablehnung in Zustimmung — zur sozialen Marktwirtschaft, zur FDGO, zur Einbindung der BRD ins Bündnissystem freier Nationen — umzusetzen. Die Haushaltsdebatte war für die SPD ein Testlauf, ob es möglich sei, die GRÜNEN mit kritischen Geräuschen zu übertönen, der bürgerlichen Gesellschaft gleichzeitig Verantwortungsbewußtsein zu signalisieren und schließlich der internen Programmdiskussion inhaltliche Grenzen zu ziehen. Der Versuch war nicht ungefährlich, hätte ja sein können, daß alles lacht. So hat die SPD gewisse Kräfte nicht aufgeboten. Nicht Brandt und nicht Grotz, nicht Lafontaine und nicht Rau. Im folgenden Auszüge aus SPD-Beiträgen, aus Platzgründen konzentriert auf grundsätzliche Äußerungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, aufgenommen in der Reihenfolge der Redner.

Apel: "Wollen wir denn sehenden Auges mit weit mehr als 2 Millionen Arbeitslosen in die nächste Rezession gehen? Muß das nicht dazu führen, daß dann in der Tat die Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Überlegenheit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zunehmen? Ist es nicht so,

daß jätzt schon Millionen von Menschen ohne Perspektive leben? Deswegen sagen wir Sozialdemokraten: Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit muß im Zentrum unserer politischen Arbeit stehen."

Warum? Damit nicht die Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Überlegenheit usw. usf. zunehmen. Apel kritisiert damit auch die Regierungskoalition aus Union und FDP: Ihre Politik führe zu einer ideologischen Gefährdung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Mit solchen Argumenten will man sich nicht nur bei Kapitalisten und Regierungskoalition anwanden. Man hofft auch auf eine Klientel bei den Lohnabhängigen:

Spöri: "... wenn man sich Gedanken über den Einkommensteuertarif der Zukunft macht, dem wir uns in Teilschritten nähern sollten, dann ist der von Ihnen vorgeschlagene linearprogressive Tarif für uns noch lange nicht das Optimum eines leistungsfreundlichen Tarifs. Der untere Bereich der Progressionszone, also dort, wo die Facharbeiter und die Meister und die Ingenieure und die Durchschnittsangestellten sitzen, kann nämlich bei gleicher Entlastungsmasse weit stärker als bei ihrem linearen Tarif abgeflacht werden ... Hier sitzen die wahren Leistungsträger unserer Volkswirtschaft; sie befinden sich im unteren Bereich der Progressionszone und nicht im obersten Bereich, wie uns das die FDP immer vorgaukeln will."

Diese Analyse propagiert nicht wesentlich eine steuerlich pflegliche Behandlung im gehobenen Vorarbeiterbereich. Der Tarif soll leistungs-



Dr. jur. Hans Jochen Vogel, der seine HJ- und Soldatenzeit in der faschistischen Armee "verlorene Zeit" nennt, hat die seinerzeit erworbenen Lehren nicht vergessen. Wo der Markt nicht hilft, sollen "Maßnahmen" gegen die Arbeitslosigkeit her — vielleicht ein neuer Arbeitsdienst?

freundlicher werden, d.h. die Möglichkeiten der Kapitalisten, die Laufbahnkonkurrenz zu steigern, sollen verbessert werden. (Herrscht starke Steuerprogression in diesem Bereich, müssen die Kapitalisten viel drauflegen, um eine Differenzierung im Nettoeinkommen zu erreichen.) Die steuerliche Entlastung ist hier Mittel zur Einbindung ins Wertesystem des kapitalistischen Arbeitsmarktes.

Spöri und Apel versuchen sich als bessere CDULer und FDPler, viele SPDler dürften da nicht richtig folgen können. Auch ihnen muß was geboten werden.

Roth: "Die letzte Rezession hat mit 850000 Arbeitslosen begonnen, da war der Wendepunkt. Die nächste wird mit 2,2 Millionen beginnen ... Das bedeutet doch vor allem, daß die junge Generation, die jetzt im Bildungswesen ist, dann keine Zukunftschancen mehr sieht. Ich habe ... recht behalten. Die Theoretiker, die gesagt haben, die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft reichen aus, um den Arbeitsmarkt zu räumen, haben unrecht behalten."

und

Frau Dr. Martiny-Glotz: "Private Wirtschaft, schön und gut. Jedes Unternehmen tut natürlich alles, um möglichst vielstellige schwarze Zahlen schreiben zu können ... Der Staat aber muß ausgleichen, muß führen, und er muß für die Zukunft sorgen. Aber das tut diese Bundesregierung schlecht."

Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital tritt auf als unterschiedliche Aufgabenstellung von Staat und Unternehmen, die— wenn der Staat nur in den richtigen Händen ist— sich zum allgemeinen Wohle ergänzen.

Dr. Ehrenberg: "Ich will gar nicht moralisieren und sagen: die Kapitaleigner tragen ihr Geld nach draußen. Sie investieren deshalb draußen, weil diese Bundesregierung mit ihrer Konsolidierungspolitik die Gesamtnachfrage so zusammengeschlagen hat, daß die Kapitaleigner zu der Nachfrage bei uns kein Vertrauen haben und deshalb hier nicht investieren."

und

Schäfer (Offenburg): "Wir wissen doch: Umweltschutz und Arbeitsplätze sind volkswirtschaftlich— im einzelnen Betrieb kann sich das durchaus bitter entgegenstellen— keine Gegensätze, im Gegenteil. Umweltschutztechnologien und Umweltschutzmaßnahmen schaffen Arbeitsplätze."

Alles kann in Einklang gebracht werden. Allerdings fehlt eine Deutung, wieso gegenwärtig ein solcher Einklang nicht herrscht:

Dr. Vogel: "Ich werfe Ihnen nicht die Arbeitslosigkeit als solche vor. Ich kritisiere, daß Sie nicht das Mögliche zur Verringerung der Ar-

beitslosigkeit getan haben.

In Wahrheit haben sie nicht nur das Mögliche nicht getan, in Wahrheit haben sie vielmehr die Arbeitslosigkeit mißbraucht. Sie haben die Arbeitslosigkeit als Hebel für eine Politik der Umverteilung von unten nach oben und für eine Politik der sozialen Ungerechtigkeit benutzt, die in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel ist.

Mehr noch: Diese Bundesregierung und diese Koalition haben durch ihre Politik den sozialen Konsens in unserem Volk ernsthaft in Frage gestellt ... Wir bejahen den Markt als dienendes Instrument, aber wir begnügen uns nicht damit, wie sie es tun, allein auf die angeblichen Selbstheilungskräfte des Marktes zu vertrauen und die Dinge einfach treiben zu lassen.

Wir greifen mit unseren Alternativen dort ein, wo der Markt— ich wiederhole das— blind und gefühllos ist.



Große Koalition 1966— von der SPD mit dabei: Brandt, Heinemann, Schmid, Wehner, Wischniewski

Johannes Rau hat doch recht, wenn er konkretere Rahmenbedingungen fordert, wenn er sagt, daß der Markt für sich weder auf die soziale Gerechtigkeit noch auf die Umwelt Rücksicht nimmt."

und:

Wieczorek (Duisburg): "Für uns ist der Schwerpunkt unserer Politik in dieser Haushaltsberatung darauf gerichtet, bei der Arbeitsmarktpolitik einzugreifen ... Wir haben das Gefühl, daß sie eine Sockelarbeitslosigkeit in enormer Größenordnung für die Unterstützung ihrer Politik gebrauchen ... Das ist auch der eigentliche Grund dafür, daß sie in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht alle ihre Intelligenz stecken, die sicherlich vorhanden ist."

und:

Rappe (Hildesheim): "Wir wissen, daß wir in der Tarifpolitik der nächsten Jahre nicht nur Geld vertei-

len können. Das sagt sich leichter, als es getan ist; denn die Menschen sind wie die Leute und nehmen mit, was man kriegt.

Wir wissen, daß das, was zu verteilen ist, auf Zeit und Geld aufgeteilt werden muß und daß an einem Verhandlungstisch nicht beides zum gleichen Zeitpunkt gemacht werden kann."

Kuhlwein: "... ein letzter Satz zu den gesamten Haushaltsberatungen dieser Tage: Dieser Haushalt der Bundesregierung korrigiert weder den von Ihnen verantworteten Sozialabbau, noch unternimmt er etwas Wirksames gegen die Arbeitslosigkeit. Uns als Sozialdemokraten bleibt nur die Schlußfolgerung: Dieser Haushalt ist ein weiterer Markstein auf dem Weg in die Ellenbogengesellschaft."

\*

Die Programmkommission der SPD warf im Frühjahr als letzte ihrer ca.

300 Fragen an die Mitglieder diese eine auf:

"Welche Begrenzungen für eine Demokratisierung der Wirtschaftsordnung ergeben sich aus unserer Einbindung in einen kapitalistisch beherrschten Weltmarkt? Wie lassen sich diese Grenzen überwinden?"

Jetzt anerkennt man die Marktwirtschaft als Instrument, von Überwindung ist nicht mehr die Rede. Und nicht die Arbeitslosigkeit wirft Vogel der Regierung vor, nur die Ausnutzung derselben. Man bereitet bei der SPD nicht eine "Wende der Wende" vor, sondern eine Große Koalition und nicht nur eine Große Koalition, sondern eine Große Koalition auf den theoretischen Grundlagen und das heißt unter Führung der Regierungsparteien.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 10/152, 10/153 und 10/154— (maf)



### NPD-Bundesparteitag mit staatlicher Hilfe

**Neustadt/Weinstraße.** Der Bundesparteitag der NPD fand am 14./15.9. in Neustadt statt. Motto: "Deutschlands Wiedergeburt – Hoffnung für Europa". Von der Stadt war Geheimhaltung zugesichert worden, erst 5 Tage zuvor wurde die Sache bekannt. DGB, SPD, VVN, Grüne und SDAJ hatten eine Gegendemonstration mit ca. 700 Teilnehmern organisiert, zu der der DGB in der Pfalz, in Mannheim und Karlsruhe mobilisierte. Der Aufruf stand unter der Losung: "Für Frieden und Völkerverständigung! Kein Bundesparteitag der NPD in Neustadt und anderswo! Stoppt die Neonazis!" Aufruf und Kundgebungsredner forderten das Verbot der NPD. Die Polizei ließ ständigen Provokationen von Faschisten freie Hand, ein ganzer Block der Demonstration wurde durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei überfallartig von der Demonstration abgespalten, in eine Seitenstraße gedrängt und dort einige Zeit festgehalten. Insgesamt 15 Demonstranten wurden verhaftet, vielfach durch blindwütiges Herausgreifen aus den Kundgebungsteilnehmern. Dabei kam es auch mehrfach zu Verletzungen. – (bef)

### Revanchisten, Faschisten beim "Tag der Heimat"

**Westberlin.** Ca. 1200 Teilnehmer besuchten die zentrale Veranstaltung der Vertriebenenverbände, u.a. Ferdinand v. Preußen, Otto v. Habsburg, der Regierende Bürgermeister Diepgen, etliche Bundestagsabgeordnete, Fraktionsvertreter von SPD und FDP des Westberliner Abgeordnetenhauses, die diesem Revanchistentreffen einen hochoffiziellen Charakter verliehen. Der Regierende Bürgermeister Diepgen dankte in seiner Rede den Vertriebenenverbänden, die zur Völkerverständigung beitragen, es bringe jedoch nicht weiter, immer über die Grenzen zu diskutieren, jeder wisse, die "deutsche Frage" sei offen, vielmehr müsse eine praktische Politik der Grenzüberwindung gemacht werden. Als Hauptredner sprach Staatssekretär und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Hennig: Kommunismus bedeute Flüchtlingselend, Menschen würden ohne Hemmungen verpflanzt, Deutsche nach Sibirien, Russen nach Königsberg, Ostpolen nach Allenstein. Man müsse zurück zu den großen Werten Preußens wie Vaterlandsliebe, Ehre, Hilfsbereitschaft, Heimatliebe. Im Pfeifkonzert der anwesenden, teils uniformierten Faschisten endete die Rede des Westberliner Fraktionsvorsitzenden der SPD, als er sagte: "Wer ständig die Formeln von den Grenzen von 1937 beschwört ... nährt damit Illusionen. Er betrügt die ... Heimatvertriebenen um die Wahrheit." – (gug)



Neben autonomen Gruppen waren es vor allem Gewerkschafter und die DGB-Kreise, die sich an der Gegendemonstration beteiligten und dafür mobilisierten. Gegenstand der Kundgebungsreden waren die Gesetzesmaßnahmen der Regierung gegen die Gewerkschaften, gegen die Ausländischen Lohnabhängigen und zum Sozialabbau. Diese bereiteten den Faschisten den Boden.

### VVN-BdA-Aktion gegen "Rambo II"

**Hildesheim.** Die VVN-BdA-Kreisvereinigung forderte das Hildesheimer Schauburg-Kino-Center schriftlich auf, den Film "Rambo II – Der Auftrag" abzusetzen. "Rambo II" arbeitet mit Geschichtslügen, unmenschlicher Brutalität und propagiert Rassismus und Imperialismus. Die VVN: "Der Film treibt Kriegs- und Völkerhetze". Die VVN-BdA führt Art. 26 (1) GG an, der verbietet, "die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten". Die Kinoleitung bemühte sich sofort um die Lösung des Vertrages mit der Verleihfirma Scotia-Film-Gesellschaft, München. Waynberg, deren Chef, telefonisch zur VVN: "Rambo II ist ein vollkommen unpolitischer Actionfilm". Die VVN sammelte daraufhin vor dem Kino Unterschriften unter der Forderung an Waynberg, den Film "Rambo II" unverzüglich zurückzuziehen und die Kinos von den geschlossenen Verträgen zu befreien. 76 der jugendlichen Kinobesucher unterschrieben den VVN-Aufruf. – (rab)

### Ortsfrauenkonferenz HBV Köln Beschuß – Auszug

**Köln.** In Südafrika herrscht Bürgerkrieg. Das Apartheid-Regime liegt in den letzten Zügen. Jeder Tag seiner Fortexistenz bringt Blutvergießen...

All dies hat 3 EG-Außenminister nicht daran gehindert, kürzlich nach Südafrika zu reisen, ohne "sich in die inneren Angelegenheiten Südafrikas einzumischen".

Bundesregierung und deutsche Rüstungskonzerne sind mitschuldig an der aggressiven Politik in Südafrika.

Die Ortsfrauenkonferenz der HBV erklärt sich solidarisch mit der kämpfenden Bevölkerung Südafrikas gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus.

Wir fordern die Bundesregierung zum wirtschaftlichen Boykott auf und zum Stopp der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika.

Die Ortsfrauenkonferenz ruft auf:

Beteiligt Euch an der bundesweiten Demonstration am 21. September in Bonn und den Aktionen am 4. und 5. Oktober. – (ull)

### Fünfter Jahrestag des Oktoberfestattentats

**München.** Wenn sich der faschistische Anschlag auf das Münchner Oktoberfest am 26.9. zum fünften Mal jährt, wird die DGB-Jugend, wie jedes Jahr, einen Fackelzug unter der Losung "Keine Chance den Neonazis" zur Theresienwiese organisieren. Auf einer Auftaktkundgebung wird über die Themen "Krise, Neofaschismus und Jugend – Die Fußballstadien – Neues Rekrutierungsfeld?" und "Der staatliche Umgang mit Neofaschisten – 'Harmlose Veteranen' und 'verrückte Einzeltäter'?" referiert werden. Während in den letzten Jahren, auch von anderen Gewerkschaftsgliederungen und antifaschistischen Gruppen, die Forderung nach lückenloser Aufklärung des Verbrechens und nach einer früheren Schließung des Oktoberfestes an diesem Tag erhoben wurde, sind in diesem Jahr noch keine Forderungen bekanntgeworden. Der Münchner Stadtrat hat im letzten Jahr mit den Stimmen von CSU/FDP und dem SPD-Oberbürgermeister Kronawitter beschlossen, am 5. Jahrestag "den Opfern des Terrorismus allgemein" zu gedenken. Wie dieses "Gedenken" aussehen soll, wurde noch nicht veröffentlicht. Der CSU ist es jedenfalls so gelungen, die These von "unpolitischen" und "verrückten Einzeltätern" und die Deckung und Förderung der Faschisten sozialdemokratisch absegnen zu lassen. Die antifaschistische Opposition in München wird dagegen angehen müssen. – (ror)

PolyGram Record Service GmbH

## "Bundesweit beachteter Modellversuch": Wochenendschicht

**Hannover.** Ein "bundesweit beachteter Modellversuch" läuft seit April 1985 bei der PolyGram Record Service im Werk Langenhagen, wo Schallplatten hergestellt werden. Mehr als 300 Beschäftigte wurden eigens für Wochenendschichten eingestellt, die bei Männern 2 x 12 Stunden am Samstag und Sonntag dauern. Frauen arbeiten samstags und sonntags von 6 bis 14.30 Uhr oder von 14.30 bis 23 Uhr. Hinzu kommt bei ihnen der Einsatz in einer Normalschicht unter der Woche, so daß sie auch auf 23,6 Stunden pro Woche kommen.

Innerhalb von 14 Tagen lag eine Sondergenehmigung des niedersächsischen Sozialministeriums vor. Genehmigt wurden ausdrücklich die Sonntagsarbeit rund um die Uhr sowie das Arbeitsende 23 Uhr für Frauen. Als

tierten Fertigungsmengen nennt die Personalleitung eine "weitgehende Flexibilisierung des Arbeitszeitrahmens. Die betriebliche und die persönliche Arbeitszeit müssen entkoppelt werden."

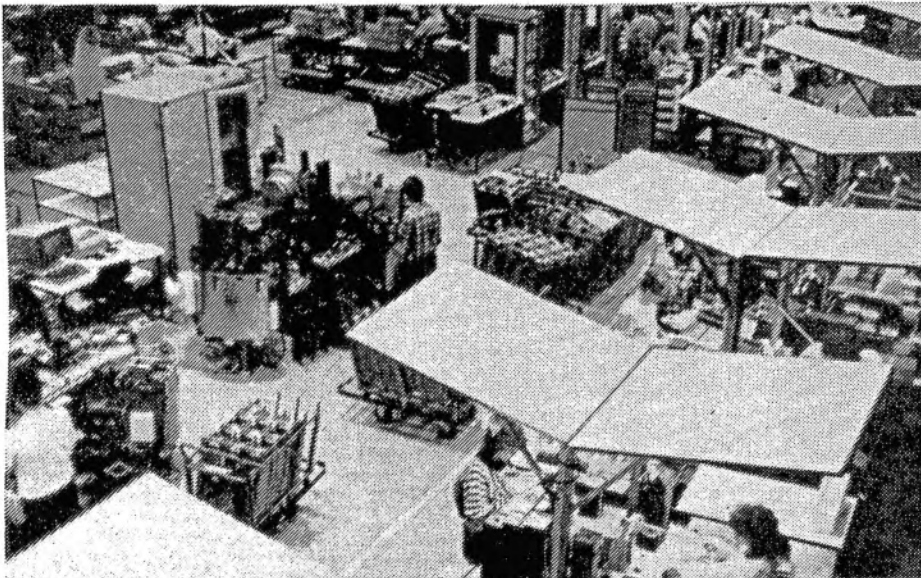
Dabei geht die Flexibilisierung bisher schon ziemlich weit: In der Fertigung befinden sich 38% in Normalschicht, 56% in Wechselschicht und 6% in ständiger Nachtschicht. Seit Juni 1983 wurden samstags zunehmend Sonderschichten mit der Stammbesetzung gefahren. In dieser Lage von Plänen "weitgehender Flexibilisierung" zu reden, kann nur heißen, die Verfügbarkeit der Arbeitskraft völlig schrankenlos machen zu wollen.

Die Tagespresse stellt den Modellversuch als soziale "Pioniertat" hin. Zwar sei die Arbeitszeit nicht die an-

die Wochenendarbeit mit Auslaufen der Sondergenehmigung beibehalten werden soll. "Mit viel Phantasie auf Seiten der Vorgesetzten und mit Vertrauen auf der Seite der Mitarbeiter" – so die Geschäftsleitung – soll sie zum "attraktiven Schichtsystem" weiterentwickelt werden. Als eine Möglichkeit nannte auf der letzten Betriebsversammlung der Geschäftsführer die Einführung der generellen 6-Tage-Woche.

Der Betriebsrat hat gegen die Einführung der Wochenendschicht kaum etwas einzuwenden gehabt; einmal wegen der zahlreichen Sonderschichten vorher, die nun zunächst entfallen, zum anderen, weil man die Sache "arbeitsplatzbezogen" sehen müsse, und Einstellungen habe es ja gegeben. Jetzt winkt die Geschäftsleitung mit der Möglichkeit, alle oder zumindest den größten Teil der Wochenendschichtler nach einem Jahr zu übernehmen. Voraussetzung: Der Betriebsrat stimme den weitgehenden Flexibilisierungsplänen zu. Auf der Betriebsversammlung hat sich der Betriebsrat gegen die generelle 6-Tage-Woche ausgesprochen. Außerdem will er sich bei seiner Argumentation auf ein arbeitswissenschaftliches Gutachten über Nacht- und Schichtarbeit stützen, das zur Zeit erstellt wird.

Quellenhinweis: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29.6.85, Zitate aus: intern-informationen PolyGram 8.3.85. – (tri)



CD-Fertigung: Die modernst konstruierte Maschinerie verträgt sich durchaus mit kurzer Anlernfähigkeit (Anteil 80%)

Begründung dafür, daß die Maschinen jetzt an sieben Tagen rund um die Uhr laufen, brauchten keinerlei technische Dinge o.ä. angeführt werden. Ausreichend war der Nachweis, daß ein neues Produkt, die Compact Disc, nicht so schnell gefertigt werden kann, wie die Nachfrage wächst, neue Maschinen eine Lieferzeit von einem Jahr hätten und man außerdem in der Lage sei, über 300 Arbeitslose von der Straße zu holen.

Für die Geschäftsleitung sind die Wochenendschichten ein wesentliches Mittel, um auf dem rasch expandierenden Markt für Compact Discs besser konkurrieren zu können. Geplant ist eine Aufstockung der Kapazität von gegenwärtig 20 Mio. pro Jahr auf 36 Mio. in 1985, 45 Mio. in 1986 und 50 Mio. in 1990. Als notwendige Voraussetzung für das Erreichen der projek-

genehmste, aber immerhin habe man wenigstens Arbeit, und das noch zu einem relativ guten Lohn: Die Wochenendschichtler erhalten bei 60% der Normalarbeitszeit 88–91% des Nettolohns von Normalschichtlern. Unerwähnt bleibt allerdings die staatliche Subventionierung: Die Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit sind steuerfrei. Außerdem die weiteren Vorteile für die Kapitalisten: 40% höhere Auslastung der Maschinerie und schnellerer Umschlag des gesamten Materials.

Der "Modellcharakter" der Wochenendschichten geht praktisch in Richtung Änderung der Arbeitszeitordnung, wie sie die Regierungskoalition beabsichtigt: Aushöhlung des Nachtarbeitsverbots für Frauen und Abschaffung des arbeitsfreien Sonntags. Schon längst ist davon die Rede, daß

### Mittelstand

#### Bayerische SPD zur Eigentumsförderung

**München.** Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat im Juni 1985 ein Aktionsprogramm "Sozialdemokratische Politik für kleine und mittlere Unternehmen" beschlossen. Sie tritt damit kurz vor den Landtagswahlen in deutlichere Konkurrenz mit der CSU und FDP um diese Schichten der bayerischen Bevölkerung. Weniger die tatsächliche Auswirkung direkt auf die "kleinen und mittleren Unternehmen" dürfte interessant sein, sondern die Auswirkungen auf die Politik der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Die SPD tritt zum einen als Anwalt der kleinen Unternehmen gegen die großen Kapitalisten und Monopole an und verspricht den Konkurrenzdruck durch die Großen zu verringern.

Mehr Innovationsförderung, Bildung steuerfreier Investitionsrücklagen, pfändungsfreie Lebensversicherung, Bekämpfung der Schwarzarbeit, größere Berücksichtigung bei öffentlichen Ausschreibungen, Verbesserung der Zahlungsmoral der öffentlichen Hand, dreijährige Steuerbefreiung für nicht entnommene Gewinne und die Bereitstellung von Risikokapital

durch staatliche Bürgschaftshilfen sind nur einige der Schlagwörter, mit denen die SPD in diesen Schichten Anhang gewinnen möchte.

Die SPD spekuliert damit, "daß grundlegende Erfindungen und Innovationen, vor allem in der Mikroelektronik, speziell den kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Freiberuflern zugute kommen können..." und "daß immer mehr jüngere Leute eine selbstständige Existenz anstreben".

Nachdem jahrelang mit der Losung "Wohlstand für alle" SPD-Politik gemacht wurde, tritt jetzt die Förderung der Eigentumsbildung als "Teil einer Wirtschaftspolitik für Arbeitnehmer" programmatisch stärker in Erscheinung und wird mit der Aussicht begründet, daß in den 80er und 90er Jahren die neuen Arbeitsplätze vornehmlich in kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen werden. Ein deutlicher Kontrast zu CSU und FDP ist nicht sichtbar und zu befürchten ist, daß diese "Wirtschaftspolitik" die weitere Senkung des Lebensstandards für große Teile der Arbeiterbevölkerung nach sich ziehen wird. Bekanntlich sind die Löhne und Gehälter für die Kapitalisten und die bürgerliche Wirtschaftspolitik eine dominierende Größe zur Sicherung der "Konkurrenzfähigkeit" und der Ausweitung des Geschäfts.

Quellenhinweis: Aktionsprogramm der SPD-Landtagsfraktion, Bayernkurier vom 10.8.1985 — (dil)

## Wirtschaftsförderung

### Die CDU schafft Arbeitsplätze — und was für welche

**Neumünster.** Vor eineinhalb Jahren begann die Stadt Neumünster einen Werbefeldzug. In einer Hochglanzbroschüre, die an 4000 Hamburger Betriebe verschickt wurde, führte Stadtkämmerer Schlommer (CDU) den Kapitalisten die Standortvorteile auf: "Neumünster ist eine Stadt, in der seit Jahrhunderten immer fleißig und vor allem zuverlässig gearbeitet wurde... Hier wird beispielsweise der Drei-Schichten-Takt nicht als Zumutung empfunden... Niedrige Fehlzeiten und günstigere Lohnkosten als in Ballungsräumen sind weitere Spitzlichter der Argumentation."

Als eine der ersten siedelte die Hamburger Firma Oppermann Werbemittel GmbH nach Neumünster über. "Die Investitionskosten werden nach Angaben der Firma Oppermann ohne den Grunderwerb ca. 6 Mio. DM betragen. Wegen dieser sehr hohen Aufwendungen... machte die Firma ihre Entscheidung von günstigen Konditionen für den Erwerb des Betriebsgrundstückes und für maximal 5 Einfamilienhaus-Bauplätze abhängig..." (Bericht Schlommers an den Wirtschafts-

ausschuß, 23.05.84)

Die Stadt verkaufte Oppermann ein Grundstück von 37400 m<sup>2</sup> für 334500 DM. Der Verkehrswert betrug 450000 DM plus 138800 DM Erschließungskosten. Den Kaufpreis braucht Oppermann erst nach fünf Jahren zu zahlen. Dafür verpflichtet sich die Firma, 200 Arbeitskräfte einzustellen. Der CDU-nahe "Holsteinische Courier" feiert das als Erfolg der CDU-Wirtschaftspolitik.

Die Arbeitskräfte werden über das Arbeitsamt angeworben. Der Vorteil für Oppermann ist, daß die "Bewerber" nicht ablehnen können, ohne eine Sperre von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe zu riskieren. Freiwillig würde keiner anfangen. Eingestellt werden hauptsächlich Ungelernte für Packerei und Versand. Sie bekommen keinen Stundenlohn, sondern ein monatliches Gehalt von 1500 DM brutto. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt zehn, samstags sechs bis acht Stunden. Überstunden werden nicht bezahlt. Sie sollen ab Januar abgummelt werden. Doch selbst das ist zweifelhaft, denn viele haben nur einen Zeitvertrag für ein halbes Jahr. Da ist es gewinnträglicher, sie im Frühjahr rauszuschmeißen und zum nächsten Weihnachtsgeschäft wieder einzustellen.

Wie die Ausbildung aussehen soll, kann man einer Anzeige entnehmen: "Chance für Absolventinnen der Handels-/Berufsfachschule! Anstelle einer Lehrstelle bieten wir Ihnen eine umfassende innerbetriebliche Ausbildung mit vergleichsweise guten Verdienstmöglichkeiten... Nach erfolgreicher Ausbildung erhalten Sie ein ausführliches Zeugnis. Außerdem bieten wir Ihnen dann eventuell eine Dauerstellung..."

Löhne in Höhe des Sozialhilfesatzes; Arbeitszeiten wie vor 100 Jahren; am Ende einer "Ausbildung" ein Zeugnis, mit dem man sich den Hintern abwischen kann; eine Kommunalpolitik, die die Förderung der Kapitalisten zum einzigen Inhalt hat, das ist der Preis für die "Schaffung von Arbeitsplätzen" à la CDU. — (stk)

## Kindertagesheime

### Mit "mehr Bürgernähe" für mehr Lohnsenkung

**Hamburg.** Seit dem September 1984 versucht der Hamburger SPD-Senat, Personalreduzierung in den städtischen Kindertagesheimen (KTH) durchzusetzen. Der darauffolgende Widerstand von Eltern, Beschäftigten und Gewerkschaft veranlaßte den Senat, die Entscheidung, über 344 Planstellen zu streichen, zweimal zu verschieben. Im Frühjahr 1985 wurde dann folgende Taktik bekannt: Die 188 städtischen KTHs werden von einem

privaten Verein verwaltet, der als Arbeitgeber der 4000 Beschäftigten auftritt. Der Senat plant jetzt, diesen Verein sich selbst auflösen zu lassen. Offizielle Begründung: "mehr Bürgernähe". Die Beschäftigten und die KTHs sollen dann auf die acht Bezirksämter verteilt werden. Folge ist, daß für die Beschäftigten der KTHs dann die vom Senat beschlossene Personaleinsparquote von 1,5% und das besondere Dienstrecht gilt.

Hinzu kommen massive Gehaltseinbußen. Jetzt gilt ein Manteltarifvertrag (MTV), der parallel zum Bundesangestelltentarif (BAT) ausgehandelt



20000 demonstrieren gegen die Aufteilung der KTHs

wurde. Der MTV beinhaltet, daß besondere Arbeitsbedingungen entsprechend entlohnt werden, beim BAT wird nach der Ausbildung bezahlt. Laut MTV wird z.B. eine Erzieherin, die eine Gruppe mit "gefährdeten" Kindern leitet, nach der Gehaltsgruppe BAT Vc/Vb bezahlt. Laut Eingruppierung BAT nach BAT VIb. Bei Altersstufe 31 sind das 300 DM Unterschied. Kinderpflegerinnen verdienen als Gruppenleitung demnach 156 DM weniger. Weitere Unterschiede gibt es bei den Sozialpädagogen sowie beim Hauspersonal. Weiter ist im MTV festgelegt, daß eine Differenz zwischen Soll- und Istbelegung von KTH-Plätzen keine negativen Auswirkungen auf die Eingruppierung haben darf. Nach dem BAT ist dies möglich.

Die Hamburger Elterninitiativen, Beschäftigte der KTHs mit ihrem Betriebsrat und die ÖTV organisierten Aktionen, Veranstaltungen und eine Demonstration unter den Losungen: "Die Arbeitsbedingungen der Erzieher sind die Lebensbedingungen der Kinder. Gegen die Verschlechterung in den KTHs." Jetzt werden weitere Schritte geplant, da der Senat eine Wirtschaftlichkeitsprüfung machen läßt, um im Dezember seine Entscheidung "wissenschaftlich" zu begründen. U.a. sollen Bürgerschaftsgeordnete Rede und Antwort zur Lohn- und Qualitätssenkung stehen. — (pee)



## Teststrecke Boxberg

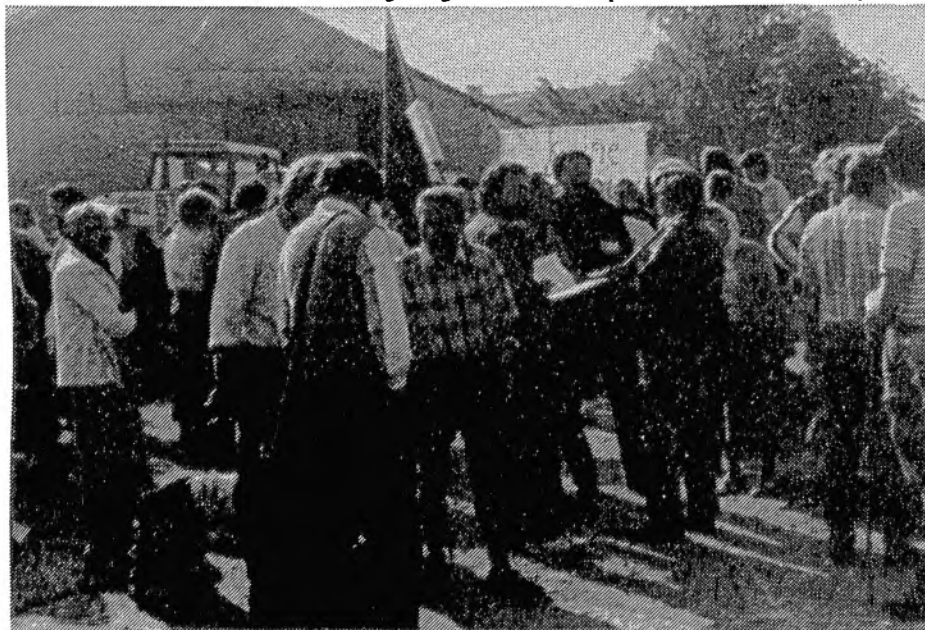
## Bundesverwaltungsgericht: Daimler-Benz bietet Gewähr für "Gemeinwohlziele"

**Boxberg.** Nach einem fünftägigen Marsch über 130 km von Boxberg nach Karlsruhe haben die um ihre Existenz kämpfenden Bauern Anfang September Verfassungsbeschwerde gegen den Teststreckenbau erhoben. Nach Angaben des BUNDSCHUH haben insgesamt ca. 500 Teststreckengegner teilgenommen, an der Kundgebung innerhalb der Bannmeile des Bundesverfassungsgerichts etwa 250.

Mit dem Urteil vom 14. März 1985 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) die Klage für unbegründet erklärt. Das schriftliche Urteil liegt seit August vor. Darin wird ausgeführt, daß es sich bei dem Teststreckenbau um eine "städtebauliche Maßnahme" handelt und eine Enteignung

oder Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in einem bestimmten Gebiet als auch Eingriffe, die der Bekämpfung regionaler oder sektoraler Arbeitslosigkeit dienen".

Nach Überzeugung des Gerichts ist Daimler-Benz dafür ideal: "Die Beigeladene zu 3 (Daimler-Benz, d. Verf.) bietet als bedeutendes Unternehmen mit weitreichender Wirtschaftskraft die Gewähr dafür, daß diese Gemeinwohlziele ... auch tatsächlich erreicht werden. Ungeachtet dessen sind die Beigeladenen zu 1 und 2 (die Bürgermeister der Gemeinden Boxberg und Assamstadt, d. Verf.) ... gehalten, die auf Dauer angelegte Zweckrealisierung des Vorhabens durch entsprechende Vorkehrungen si-



Marschbeginn bei den Aussiedlerhöfen im geplanten Baugebiet

der Grundstückseigentümer zulässig sei. Der Bau diene dem Wohl der Allgemeinheit. "Eine Enteignung ist nicht schon deshalb unzulässig, weil sie zugunsten eines privatrechtlich organisierten Unternehmens erfolgt ... Gemeinwohl und private Gewinnerzielung durch ein solches Unternehmen schließen einander nicht aus ... Vielmehr können auch Vorhaben und Unternehmungen Privater trotz privatwirtschaftlicher Gewinnerzielung zugleich Gemeinwohlbelange verfolgen" (aus Urteil BVerwG). Ausschlaggebend käme es darauf an, "daß das Zwangsinstrument der 'privatbegünstigenden' Enteignung zu einem überindividuellen, im öffentlichen Nutzen liegenden Zweck, d.h. für eine Aufgabe eingesetzt wird, deren Erledigung dem Staat oder den Gemeinden obliegt". Zu diesen Aufgaben "gehören sowohl Maßnahmen zur Erhaltung

cherzustellen." Man kann wirklich sicher sein, daß die beiden Bürgermeister Garanten für Daimler-Benz-Interessen sind, empfangen sie doch ihre Aufträge zusammen mit der Landesregierung direkt von Daimler-Benz. Schon am 17.5. 1978 hat die Direktion der Daimler-Benz AG die Bürgermeister schriftlich angewiesen: "... 1. Die Erstellung eines Bebauungsplanes für das Baugebiet Versuchsstrecke auf ihren Gemarkungen wird veranlaßt. Sie werden damit die Kommunalentwicklung Baden-Württemberg beauftragen ..."

Ohne weitere Prüfung übernimmt das BVerwG die von Daimler-Benz behaupteten Arbeitsplatzzahlen (900 innerhalb von zehn Jahren nach Errichtung, davon 150 auf der Teststrecke selbst), denn: "Die Errichtung ist in der Regionalplanung vorgesehen. Sie wird mit dem Standort Boxberg von

der Landesregierung befürwortet und ist auch vom Landtag ... mehrheitlich gebilligt worden." Der Bau, die Nutzung und Unterhaltung sei ein sozialadäquates Mittel "zur Überwindung der festgestellten Strukturschwäche".

Die Anwälte des BUNDSCHUH haben gegen den letzten Punkt argumentiert, daß die "Strukturschwäche auch auf andere Weise und ohne Enteignung bekämpft werden könnte ..." Dies sei überhaupt nicht zu prüfen, so das BVerwG, denn eine "einzelobjektbezogene Enteignung" finde nicht statt. Tatsächlich soll für Daimler-Benz im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens enteignet werden.

Im wesentlichen begründen die Rechtsanwälte de Witt und Wurster die Verfassungsbeschwerde damit, daß eine Enteignung nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig sei. "Die Erprobung und Entwicklung von Fahrzeugen mag für die Daimler-Benz AG nützlich sein, auch in der nationalen und internationalen Konkurrenz Vorteile bringen, sie hat zum Gemeinwohl jedoch keinerlei Bezug ... Das Testen der Fahrzeuge von Daimler-Benz ist keine dringende staatliche Aufgabe ... Stünde die Auffassung des Revisionsgerichts im Einklang mit Art. 14 Abs. 3 1 GG, könnte in strukturschwachen Räumen mit dem Zwangsinstrument der Enteignung bzw. der Flurbereinigung in beliebiger Weise eine Industrie- und Wirtschaftsunternehmen-Ansiedlungspolitik betrieben werden." (aus der Verfassungsbeschwerde)

Bei der Mitgliederversammlung des BUNDSCHUH Ende Juni hat de Witt erklärt, daß es "völlig offen" ist, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet, die Chancen seien gut, aber er wolle keine Siegeszuversicht verbreiten. Die Verfassungsbeschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, d.h. es besteht die Gefahr, daß durch Anordnung des "Sofortvollzuges" Fakten geschaffen werden. Im November will Daimler-Benz mit der Rodung eines Waldstückes beginnen lassen, das direkt vom Land gekauft wurde. Auf der Teilnehmerversammlung zum Flurbereinigungsverfahren am 10. September in Boxberg kam es zu Protesten der Landwirte gegen die von den Flurbereinigungsbehörden beabsichtigte Vorgehensweise bei der Zuteilung von qualitativ gleichwertigen Ersatzflächen, der Einteilung der Bodenklassen und der Höhe der Nutzungsentschädigungen. Die Lage war so gespannt, daß der Einsatz einer Hundertschaft Polizei bevorstand. Einer Rundfunkreporterin wurde verboten, während der Versammlung mitzuschneiden.

Quellen: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14.3.85 Az. BVerwG 5 C 130.83 - VGH 7 S 2751/82. Verfassungsbeschwerde vom 30.8.85 der Rechtsanwälte de Witt und Wurster, Freiburg - (mah)



## Hauptschule in Bayern

### Erziehung zum "nützlichen Idioten"

**Dachau.** Unser Bild zeigt Mädchen, die im Arbeitsamt München auf eine Lehrstelle warten. Schon jetzt sind die Hauptschulabsolventen bei der Suche nach Lehrstellen gegenüber Abgängern weiterbildender Schulen benachteiligt. Der 1984 vorgelegte "Entwurf eines neuen Hauptschullehrplans" des Bayerischen Kultusministeriums wird die Ausbildung in den Hauptschulen weiter verschlechtern.

Die Vermittlung von für alle Berufe notwendigen Grundkenntnissen wird noch mehr eingeschränkt. So werden lateinische Fachbegriffe in den Fächern Deutsch und Mathematik ganz gestrichen, was den Übertritt in weiterführende Schulen erschwert. Das Fach Englisch ist in der 8. und 9. Jahrgangsstufe nur noch als Wahlpflichtfach eingeführt. In allen Fächern soll der Stoff so vermittelt werden, daß "in sämtlichen Fächern Analysen, Ursachen, Kausalzusammenhänge, Bedingungen und dergleichen wegfallen", wie die GEW kritisiert.

Nicht nur, daß durch ungenügende Ausbildung die Hauptschulabgänger gezwungen werden, schlechtbezahlte, unqualifizierte Arbeiten anzunehmen, ihnen soll jede Kenntnis ihrer Rechte verwehrt werden.

Im bisherigen Lehrplan war für das Fach Arbeitslehre als Lerninhalt vorgesehen "Rechte und Pflichten des Auszubildenden im Rahmen des Ausbildungsverhältnisses". Jetzt lautet der Lerninhalt: "Pflichten des Auszubildenden— Pflichten des Ausbildenden". Ähnliche Beispiele sind vielfältig, der Lohn taucht so auf: "Klarlegen, daß Löhne erwirtschaftet werden müssen und einen betrieblichen Kostenfaktor darstellen" und der Hinweis: "den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen aufzeigen".

Dazu paßt, daß noch stärker als bisher die herrschende Ordnung als allein gültige eingeblutet werden soll. Lautete früher ein Lerninhalt im Fach Sozialkunde: "Der Schüler wird vertraut mit den Wertgrundlagen der freiheitlichen Gesellschaft und der rechts- und sozialstaatlichen Ordnung, auch in Abgrenzung gegenüber anderen Systemen", heißt es im Entwurf: "Der Schüler ... soll erkennen und einsehen, ... daß menschenwürdiges Zusammenleben nur möglich ist, wenn alle Bürger die freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen ..."

Der Lehrplanentwurf ist auf Kritik des DGB, Landesbezirk Bayern, der GEW Bayern und des BLLV (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband) gestoßen. Der DGB legt den Schwerpunkt seiner Kritik auf die Tatsache, daß dem Schüler jeder Ein-



Im Arbeitsamt München

blick in gesellschaftliche Zusammenhänge und jede Kenntnis seiner Rechte verwehrt werden soll. Ebenso die GEW, die u. a. feststellt: "... Ein Unternehmer hätte den Lehrplan nicht besser gestalten können." Bedauerlich, wenn der BLLV im Lehrplanentwurf eine "gewisse unzeitgemäße Biederkeit" sieht und seine Kritik darauf beschränkt, daß Grundkenntnisse nicht ausreichend vermittelt werden. Alle drei Stellungnahmen bieten jedoch Anhaltspunkte für die politische Opposition, gegen die Lehrplanänderungen vorzugehen, so der Katalog unverzichtbarer Grundkenntnisse bei GEW und BLLV wie die Kritik der "Erziehung" zum rechtlosen Untertan. — (lsc)

## Stadt Essen

### Patenschaft Hindenburg bleibt erhalten

**Essen.** 1953 übernahm die Stadt Essen durch Ratsbeschluß die Patenschaft über die ehemals vom Deutschen Reich einverleibte Stadt "Hindenburg". Seit 1945 heißt diese polnische Stadt Zabrze. Mit der Patenschaft werden Gebietsansprüche gegen die VR Polen erhoben, und die von der Stadt behauptete "Kulturpflege" dient einzig diesem Zweck. In der Patenschaftsurkunde heißt es: Die Patenschaft soll "dazu beitragen, das Bewußtsein der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Osten wachzuhalten. Die Stadt Essen ist mit der Hindenburger Bevölkerung der festen Zuversicht, daß der Tag der glücklichen Rückkehr in ihre Heimatstadt kommen wird."

Auf dieser Grundlage entfaltet die Stadt vielfältige Aktivitäten. Alle zwei Jahre organisiert sie ein "Heimattreffen" ehemaliger "Hindenburger" bzw. von deren Nachkommen. In diesem Jahr z.B. hat die Stadt Essen zu dem "Hindenburger-Treffen" einen Bildprospekt über Hindenburg aus dem

Jahre 1936 nachgedruckt.

Ein Antrag der Grün-Alternativen-Liste (GAL), die Patenschaft Hindenburg wegen ihres revanchistischen Charakters aufzukündigen, war im Mai zweimal vom Rat der Stadt vertagt worden. Anlässlich des 17. "Hindenburger Heimattreffens" am 4./5. August in Essen erhob eine Aktions-einheit aus u.a. VVN/BdA, Essener Friedensforum, DKP, GAL, Humanistische Union und Volksfront in einem gemeinsamen Flugblatt die Forderung nach Kündigung der Patenschaft. Das Flugblatt, in dem es u.a. heißt: "Der deutsche Osten existiert seit 1945 nicht mehr. Durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gehören die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze unwiderruflich zu Polen, Hindenburg bleibt Zabrze!", wurde vor der revanchistischen Veranstaltung verteilt.

NRW-Arbeitsminister Heinemann (SPD) mußte seine Rede auf dem "Hindenburger-Treffen" vorzeitig abbrechen, weil er von reaktionären und fachistischen Kräften ständig unterbrochen wurde. Unmittelbar nach dieser Veranstaltung empfahl der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Farthmann, die finanzielle Förderung der Landsmannschaften "zu überprüfen". In einem Interview am 7.8. forderte er allerdings lediglich die Distanzierung der Landsmannschaft Oberschlesien von solchen "Krakelern". Oberbürgermeister Reuschenbach (SPD) sagte ein vorgesehenes Gespräch mit dem Hindenburger Heimatkreis erst einmal ab.

Am 28.8. wurde dann mit den Stimmen von CDU und SPD im Stadtrat der Antrag der GAL auf Kündigung der Patenschaft abgelehnt. SPD-Ratsherr Meys nahm sogar die Schmährufe gegen Arbeitsminister Heinemann auf dem Hindenburger-Treffen in Schutz: Die Besucher— von denen sich einige offen zur NPD bekannten — seien durch Flugblätter gegen das Treffen "proviziert" worden. — (mab)



Der stellv. Bürgermeister Sobeck (CDU) bei den "Hindenburgern": "Die Stadt steht zu der Patenschaft."

## Nds. Landesausstellung

## Braunschweig, "Stadt im Wandel" – Statt null Bock mehr Bürgersinn

Geht es nach dem Wunsch der niedersächsischen Landesregierung, soll es in Braunschweig drei Monate lang, vom 24.08.–24.11.85, ein beherrschendes Thema geben: "Stadt im Wandel – Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150 – 1650", das Motto der Landesausstellung Niedersachsen 85. Sechs Jahre dauerten die Vorbereitungen, 160 Wissenschaftler forschten auf den Spuren des Bürgertums und sammelten landauf, landab Ausstellungsstücke. Spektakulärste Aktion im Vorfeld: der Kauf des Evangeliars Herzog Heinrich des Löwen für 33 Mio. DM und die Restauration des Braunschweiger Wahrzeichens, Heinrich des Löwen Löwe. Beides jetzt Hauptattraktionen der zentralen Ausstellung. Daß sich des Welfen Gebetsbuch nebst "Haustier" problemlos in "Kunst und Kultur des Bürgertums" einreicht, erklärte der zur Eröffnung angerauschte Ministerpräsident E. Albrecht (CDU): Er behauptete schlicht, die aufopferungsvollen Spenden der heutigen Braunschweiger Bürger hätten den Rückkauf erst möglich gemacht.

Die Ausstellung selber, die laut Albrecht das "alltägliche-normale Leben nahebringt", enthält eine Fülle von Einzelstücken, Modellen und Bildern, gegliedert in Sparten wie "Haus und Familie", "Rathaus und Politik", "Frömmigkeit und Bildung", "Handel und Handwerk" usw. Entsprechend dazu kurze Videofilme, die, z.B. beim Thema Stadtentwicklung, einem hin und wieder leicht angeekelten Publikum verschlammte Straßen, Verwendung von Mist beim Hausbau und jede Menge Ungeziefer nahebringen. Beim Video "Handel und Handwerk" bekommt man kurz untergeschoben, daß Zünfte gerechte Aufteilung der vorhandenen Arbeit unter alle bedeuteten und Handel etwas für mutige, unternehmungslustige Bürger war, dazu Gemälde mit dem Hinweis, diese Eigenschaften in den Gesichtern ablesen zu können. Dennoch sind diese Filme der einzige Versuch zusammenhängender Darstellung. Der Gesamteindruck der Ausstellung ist ein gekonnt beziehungsloses Nebeneinander von Ratssilber und Kindersarg. Platte "historische" Aussage: Einige machten Politik, andere trieben Handel oder bevorzugten das Handwerk, einige waren arm, nicht alle waren schon Bürger, doch trotz einiger Unbill ein friedliches Geben und Nehmen.

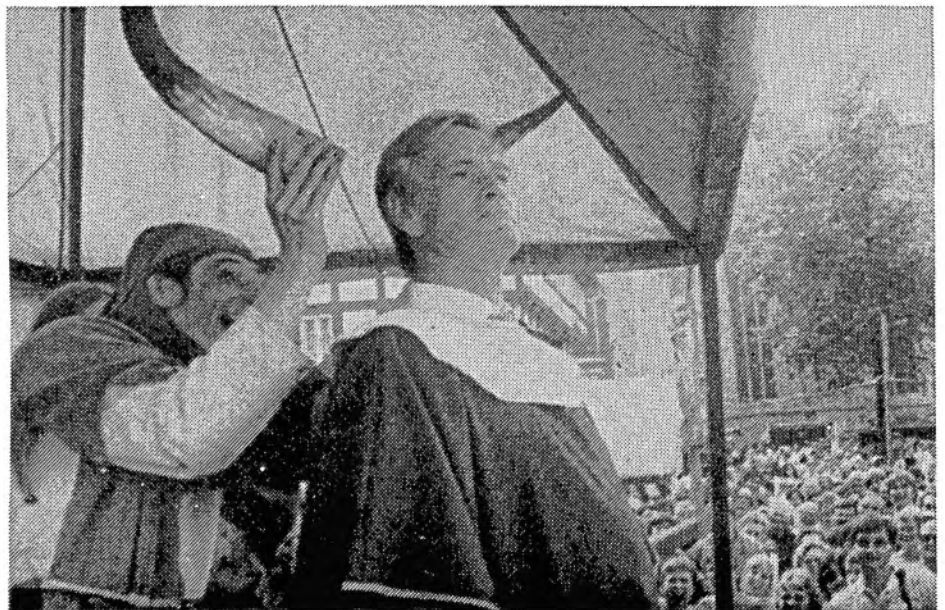
Das, worauf es dabei ankommt, hat der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst höchstselbst im Mittelalter entdeckt; etwas, so Casens, das uns heute fehlt, etwas, das

trotz der Schwere des Lebens keine Resignation aufkommen ließ, das Kraft gab und Großes zu leisten vermochte: der Bürgersinn! Bürgersinn, so der Minister, kontra Null Bock!

Um diesen Bürgersinn kräftig zu beleben, hat sich die Stadt Braunschweig rund um die Ausstellung allerlei einfallen lassen. Die städtische Sonderausstellung "Braunschweig – das Bild einer Stadt in 900 Jahren", der Botanische Garten zeigt alte Kräuter, die Uni-Bibliothek alte Bücher, die Technische Universität "Wohnen in BS",

den allein 25 Mio. DM für den Umbau des Vieweghauses zum Landesmuseum ausgegeben. Für Stadtverschönerung und Werbung gibt die Stadt über 4 Mio. DM aus.

Daß jenes "Engagement des Bürgers fürs Gemeinwesen" die Förderung des "grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Unternehmergeistes" zum Ziel hat, machte der "5. Hansetag der Neuzeit" deutlich. Gefeierte wurde mit 35000 DM Unterstützung des VW-Konzerns die alte Tradition der Hansestädte, deren Geschäftstüchtigkeit,



Eulenspiegel setzt OB Scupin Hörner auf, zur Belustigung der Braunschweiger

Künstler sehen ihre Stadt, "Filme im Zeitgeist des Dritten Reiches", denen die Presse die "aufgesetzte Hochstimulation abspricht", alle möglichen Institutionen leisten ihren Beitrag bis hin zum Orgelkonzert.

Drumherum hat der Stadtrat jedes irgendwie historisch geartete Gebäude waschen lassen, Plätze umgebaut, alles Mögliche beschildert und beflaggt, selbst der Knast entdeckt seine Historie als Ordnungsfaktor und die lokale Presse bringt neben ständiger Sonderberichterstattung Bildberichte über beispielhaftes Verhalten von Anwohnern alter Gemäuer, die auf eigene Kosten für angemessene Ausleuchtung des Braunschweiger Doms sorgen. Dem Dom, angeblich letzte Ruhestätte Heinrich des Löwen nebst Gemahlin, während des Faschismus der Kirche entzogen und zur "Nationalen Weihestätte" erklärt, dem Vieweghaus (Anwesen alteingesessener Verlags-Kapitalisten) und der Burg Dankwarderode ließ die Stadt besondere Pflege angedeihen. Um die Landesausstellung unterzubringen, wur-

so OB Scupin (CDU), die Hanse hervorbrachte als erfolgreicherer Vorläufer der EG.

Als selbsternannte Urenkel des Mittelalters und beständiger Motor bürgerlichen "Wir-Gefühls" präsentieren sich denn auch ansässige Kapitalisten aller Branchen. Die Nord/LB ist plötzlich aus Tradition dem Gemeinwohl verpflichtet – Spende für Ausstellungskatalog; die Mövenpick-Hotelkette verstreut "zum Wohle unserer Stadt" allorts kleine Löwen; Langerfeld, ehem. Leinen en gros, bekleidet seit Jahrhunderten die Bürger unserer Stadt, und als besonderes Bonbon: Cafe Tolle vertreibt das Evangeliar des Herzogs en miniature als Pralinenschachtel.

Die bisher beschriebenen Aktivitäten wenden sich hauptsächlich an die alten und neuen Mittelklassen, für das gemeine Volk werden Spiele und Jahrmärkte veranstaltet. Am 31.08. und 01.09. wurde gegen den Protest der Grünen im Stadtrat ein Ritterturnier im Prinzenpark abgehalten. 24000 kamen, mit Familie, teilweise aus Gos-

lar, Gifhorn, Wolfsburg angereist. Eine aus Düsseldorf engagierte Gruppe von Freizeit-Stauer-Rittern kämpfte zwei Stunden lang um die Ritterlehre, wobei die meisten Zuschauer nur die Köpfe der Ritter sahen. Erfreulich war eine Aktion der SDAJ: Verkleidet als aufständische Bauern trieben sie, das "Florian-Geier-Lied" singend, zwei Ritter mit Pappferden durch die Zuschauermenge vor sich her. Sie verteilten ein Flugblatt gegen die "Verherrlichung einer Kriegerkaste ausgerechnet am 1. September, dem Antikriegstag", und riefen zur Antikriegstags-Demonstration am Nachmittag auf. Auf dem Flugblatt war ein Brief aufständischer Bauern abgedruckt, in dem es hieß: "Wann immer der Bauer mit seiner Hände Arbeit etwas geschaffen hat, so hat ihm der Ritter es genommen oder zerstört. Wo nun alle Klagen nichts fruchten, haben wir nunmehr uns entschlossen, diesem üblen Treiben ein Ende zu setzen und die angestammten Rechte des Deutschen Bauern einzufordern."

Auch die zweite Großveranstaltung, der historische Markt, blieb

nicht ohne Proteste: Die ursprünglich geplante Inszenierung einer Hexenverbrennung auf dem Altstadtmarkt wurde auf Grund der Proteste von Frauengruppen und kirchlichen Kreisen kurzfristig abgesetzt, da die "Aufführung... von einem Teil der Bevölkerung tatsächlich mißverstanden werden" könnte (OB Scupin).

Der DGB-Kreisvorsitzende S. Schmidt griff diese Veranstaltungen in seiner Rede am Antikriegstag an, indem er es als instinktlos bezeichnete, die Panzertruppen des Mittelalters zur Schau zu stellen, während in Braunschweig das Geld im Sozialbereich fehle (Kosten für Ritterturnier und historischen Markt ca. 34.000 DM); Ritterturniere und Hexenverbrennungen gehörten nicht in diese Stadt.

Von der SPD ist trotz der bevorstehenden Landtags- und Kommunalwahlen (1981 verlor die SPD den Oberbürgermeisterposten an die CDU) keine öffentliche Kritik zu hören. Insgesamt ist die Opposition gegen die Landesausstellung schwach ausgebildet. Die "Linke" verhält sich im Großen und

Ganzen gleichgültig. Lediglich das Erwerbslosenzentrum und die "Initiative gegen Sozialabbau" zusammen mit der ÖTV-Abteilung Kommunale Einrichtungen der Jugend- und Sozialhilfe setzen dem geballten Versuch, "Wir-Gefühle" zu erzeugen, eine Kritik an den tatsächlichen Verhältnissen in der Stadt entgegen. Die beiden letzteren werden am 24.09. eine Veranstaltung unter dem Thema "Stadt im Wandel - 'Neue Armut' in den Städten" durchführen. In ihrem Flugblatt zur Veranstaltung wird die Landesausstellung als "gewollt im Vorfeld der Landtagswahl, vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht gedacht für das 'bildungshungrige' Bürgertum in unserem Staat", charakterisiert. Die Stadt befinde sich im Wandel "hin zur Armut für viele, weil 1. Arbeitsplätze fehlen, 2. Sozialhilfeleistungen verschlechtert werden" (6,2 Mio. DM fehlen im städtischen Haushalt für Sozialhilfeleistungen). Diese Veranstaltung ist eine Möglichkeit, die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Ziel der Landesausstellung aufzunehmen. - (jus, ROK, sae)

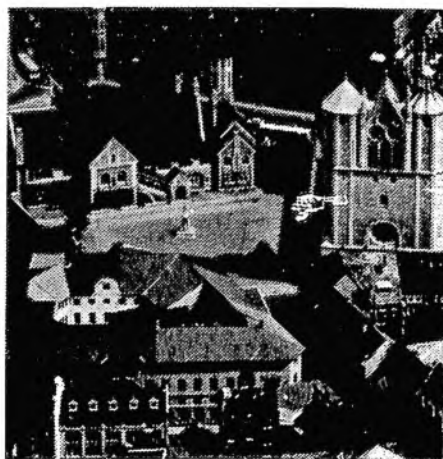
### Zielkonzept der Landesausstellung

J.-T. Cassens, niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst: "Die niedersächsische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, wichtige Themen der Kultur- und Landesgeschichte... der Öffentlichkeit nahezubringen. Davon verspreche ich mir gleichzeitig das niedersächsische Landesbewußtsein unserer Mitbürger zu fördern."

Darüber die Informationsschrift der Landesregierung: "Die niedersächsische Landesausstellung 1985 wendet sich in bewußter Abkehr von den seit Jahren üblich gewordenen 'Dynasten-Ausstellungen' einer Bevölkerungsgruppe zu, deren Namen heute jeder von uns führt: Wir alle sind Bürger unseres Staates und nehmen es als selbstverständlich hin, daß Gleichheit vor dem Gesetz zu unseren Grundrechten gehört und daß wir alle im Rahmen einer demokratischen Verfassung an der Wahl von Parlamenten in Gemeinde und Staat beteiligt sind... In der Stadt galt nicht zu allen Zeiten jeder Einwohner auch als Bürger. Im Mittelalter waren die verschiedenen Einwohnergruppen im Rahmen von Personenverbänden durch verschiedenartige Abhängigkeitsverhältnisse gegliedert. Hörige und halbfreie Handwerker lebten neben freien Kaufleuten. Kirche und Adel besaßen Sonderrechte. Beschränkungen unterlagen die Juden noch bis 1871."

J.-T. Cassens: "So mag verwunderlich klingen - die Ausstellung soll nicht vermitteln, wie der Mensch ge-

wesen ist, sondern wie der Mensch ist, wie er sich zurechtfindet mit den Gegebenheiten seiner Zeit und Mächten, deren Spiel er hinnehmen muß, kurzum: wie er sich einrichtet in dem Raum und der Zeit, die ihm gegeben sind. Hier sind Kultur und Kunst gewachsen, wurde die Sprache täglich neu belebt, wurden Werte bewahrt und weitergegeben, haben sich Traditionen gebildet. Mit den eigenen Lebensformen entstand ein Selbstverständnis, das dem Bürger eine Kraft verlieh, die wir heute vermissen. Gewiß: Vielerlei Ängste, bezogen auf Krieg, Umwelt, Automatisierung und Beton, Entfremdung und Anonymität lassen unsere Gegenwart nicht als paradiesisch erscheinen. Dennoch ist kein Anlaß, in Resignation zu verfallen. Dagegen kannte die Zeit von 1150-1650



Historischer Rahmen: Burgplatz mit gen Osten gerichtetem Löwen und neuem Landesmuseum

diese Art der Resignation nicht. Sie kannte auch die Gemütsverfassungen nicht, die sich hinter neuen Wortschöpfungen wie 'Frust', 'Stress', 'Null Bock' und 'No future' verbergen. Dabei war das Leben des Menschen gewiß schwerer. Die deutschen Länder waren Spielball europäischer Politik, deren Machtzentren fern waren. Kriege, Not und Seuchen waren Teil des täglichen Lebens. Am Ende dieser Zeit stand der 30jährige Krieg, der eine Blutspur durch Deutschland zog. Dennoch hatte das Bürgertum seine Kraft bewahrt, die Zuversicht verlieh. Am Ende dieser Epoche stand das Kirchenlied 'Allein Gott in der Höh' sei Ehr und Dank für seine Gnade'. Das ist die Geschichte aus der wir lernen können - ohne Sentimentalität und Schönfärberei, ohne Nostalgie und Sehnsucht nach einer 'guten alten Zeit'."

"Wer ist nicht gebannt vom urbanen Treiben der Großstadt unserer Tage? Von Anfang an waren unsere Städte Mittelpunkt... Das Leben in ihnen wurde und wird geprägt von Herrschaft, von Produktion und Handel, aber auch von Kunst, Festen und Vergnügen." "So gibt 'Das Bild der Stadt in 900 Jahren' gute Gelegenheit, mit der eigenen Stadt Zwiesprache zu halten, ihre gewachsenen Strukturen besser zu verstehen und das Wir-Gefühl zu stärken, das den Bürger auszeichnet."

Quellen: Geleitwort zur Informationsschrift der Landesregierung, Grußwort zur Landesausstellung von Cassens, Braunschweiger Zeitung-Sonderbeilage.



### Entgelttarifvertrag Chemie

**Hannover.** Laut Pressemeldung der vergangenen Woche rechnet IG CPK-Vorsitzender Rappe in nicht allzuferner Zukunft mit einem Abschluß. Das geforderte einheitliche Eingruppierungssystem für Arbeiter und Angestellte sieht insbesondere eine Anhebung der Facharbeiterlohngruppen um ca. 400 bis 900 DM vor. Die Chemie-Kapitalisten sind bereits seit längerem bereit, hier mit sich handeln zu lassen, fordern jedoch im Gegenzug die Öffnung der Lohngruppe I nach unten, angeblich, um Kostenneutralität (für sich!) zu erreichen. — (mio)

### Abschluß im Metallhandwerk NRW

**Bielefeld.** Nach über sieben Wochen im Metallhandwerk NRW (Bereiche Sanitär-, Heizungs-, Schlosser-, Mechaniker- und Landmaschinenhandwerk) haben sich die IG Metall und der Kapitalisten-Fachverband am 10.9.85 auf folgenden Tarifabschluß geeinigt: 1. Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer ab 1.1.87 bei vollem Lohnausgleich von 3,9%, Laufzeit bis 31.3.89; 2. Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1.6.85 bis 28.2.86 um 3,2%; 3. Lohn-

Düsseldorf: Die Lehrerinnen und Lehrer der Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst führen am 12.9. zum Kultusministerium und protestierten gegen die Beendigung des Arbeitsvertrages einer Lehrerin: "Obwohl ... an den Schulen 13000 bis 14000 Lehrer fehlen, um den ... vorgeschriebenen Unterrichtsbedarf abzudecken und obwohl Tausende von ... arbeitslosen Kollegen eine Beschäftigung suchen, werden nur wenige eingestellt, die meisten mit befristeten Verträgen." Quelle: "UZ" 14.9. — (gba)

und Gehaltserhöhung ab 1.3.86 bis 28.2.87 um 2%. 4. Erhöhung der Auslösungen im Sanitär- und Schlosserhandwerk ab 1.9.85 bis 28.2.86 um 1,5% und ab 1.3.86 bis 28.2.87 um 1%; 5. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen für alle ab 1.8.85 bis 31.7.86 um 10 DM und ab 1.8.86 bis 31.7.87 um weitere 10 DM. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 20.9.85. In über 70 Betrieben hatte die IGM zuvor Haustarifverträge über die 38,5-Stundenwoche erzwungen. Der jetzige Abschluß enthält neben langen Laufzeiten den Verzicht auf Lohnerhöhungen für drei Monate. Einzelheiten über Flexibilisierungs- und Mehrarbeitsregelungen sind noch nicht bekannt. — (rav)



### ÖTVTarifrunde: 6%, mind. 150 DM

**Westberlin.** Die ÖTV-Betriebsleitung hatte alle Betriebsgruppen aufgefordert, bis zum 25.9. ihre Beschlüsse zur kommenden Tarifrunde mitzuteilen. In der Abteilung Wissenschaft und Forschung liegt bisher ein Beschluß der Betriebsgruppe im Studentenwerk vor. Darin heißt es u.a.: "Bei der vorgeschlagenen Forderungshöhe von 5–6% sind wir der Auffassung, daß keine Forderung unter 6% aufgestellt werden darf. Eine Erhöhung nur der allgemeinen Zulagen um 18–27 DM halten wir für nicht ausreichend ... wir halten einen Mindestbetrag von 150 DM für angemessen." — (gug)

### IG BSE Hessen: Tarife für Gebäudereinigung

**Frankfurt.** Die Landesregierung und die Kommunen wurden am 2.9. vom hessischen DGB und der IG BSE aufgefordert, Reinigungsarbeiten nicht zu privatisieren, sondern sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherte Dauerarbeitsverhältnisse zur Verfügung zu stellen. Privatisierte Stellen sollen in sozial vernünftige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Bis dahin dürfen Aufträge an Gebäudereinigungsfirmen nur vergeben werden, wenn die volle Absicherung garantiert ist. Diese Forderungen sind Bestandteil einer Informationskampagne der DGB-Frauen und der IG BSE, um die "ausgesprochen miesen Arbeitsbedingungen" im Reinigungsgewerbe bekannt zu machen. Ca. 90 % der 35000 Frauen sind unter der

400 DM-Lohngrenze beschäftigt. Die Kapitalisten verkürzen die Arbeitszeit bei Beibehaltung des Pensums, statt Tariferhöhungen weiterzugeben, um nicht über die Versicherungsfreibetragsgrenze zu geraten. — (rst)

### Sonntagsarbeit bei KAH/ARB

**Heidelberg.** Bei der Apparate- und Rohrleitungsbau/Kraftanlage Heidelberg soll ab 10. September bis Juli 1986 für zwölf Arbeiter eine Vierschichtenregelung eingeführt werden. Die erste Schicht der Nachtschichtwoche z.B. wird voraussichtlich Sonntag auf Montag nacht um 0 Uhr sein, die letzte Schicht endet dann um 6 Uhr früh am Samstag. Die letzte Schicht der dritten Schicht endet Samstag nacht um 24 Uhr. Anfang des Jahres war noch die Abschaffung der Nachtschicht zugesagt worden. Eine Ablehnung der Sonntagsarbeit durch den Betriebsrat ist nicht zu erwarten. — (has)

### Vergütungskürzung trotz Protesten

**Stuttgart.** Obwohl Anfang August ÖTV-Vertreter und Krankenpflegeschüler/innen mit 3500 Unterschriften – größtenteils von Krankenhausbeschäftigten – gegen die Ausbildungsvergütungskürzung bei der Stadt protestierten, will sie den 480 zum 1.10. anfangenden Auszubildenden in der Krankenpflege die Vergütung von bisher 880 DM auf 591 DM kürzen. SPD- und Grüne-Gemeinderatsfraktion hatten Anträge dagegen gestellt. — (evo)



**Bolivien:** Am 13.9., dem neunten Tag des Generalstreiks, setzte die Regierung Militär zur Arbeit ein, um so den Streik im Verkehrsgewerbe und anderen öffentlichen Bereichen zu unterlaufen. Die Staatsbetriebe wurden zu "Militärzonen" erklärt. Der Streik des Gewerkschaftsbundes COB richtet sich gegen Wirtschaftsmaßnahmen der vor kurzem gewählten konservativen Regierung, die den Auflagen der Imperialisten des Internationalen Währungsfonds nachgekommen war: u.a. Lohnstopp bei galoppierenden Preissteigerungen, Streichung von staatlichen Zuschüssen bei Grundnahrungsmitteln. Bild: Demonstrierende Handwerker in der Hauptstadt La Paz. — (gba)



## Ausstellung der Volksfront

## "Zivilschutz ist Kriegsvorbereitung"

**Freiburg.** Die Volksfront Baden-Württemberg hat eine Ausstellung mit acht DIN A 1 Plakaten gegen die geplante Zivilschutzgesetznovelle erstellt. Die Ausstellung kann gegen Überweisung von DM 40.- auf das Postscheckkonto 177 295-757, Veronika Heinz, 7800 Freiburg, bestellt werden. Im folgenden drucken wir Auszüge aus dem Textteil der Ausstellung und eine Auswahl von Bildern ab.— (mab)

In der Einleitung heißt es: "Die sogenannte 'Vertriebendiskussion' der letzten Monate war nichts anderes als eine schlecht getarnte Kriegszieldiskussion zur Wiederherstellung großdeutschen Reichsgebiets ... Wer solche



Ziele— notfalls auch mit militärischen Mitteln— verfolgt, braucht absolute Ruhe an der Heimatfront."

### Seite 1: Zwangsverpflichtung für jedermann

"Nach Zimmermanns Zivilschutzgesetzentwurf soll die allgemeine Zivilschutz-Dienstpflicht eingeführt werden ... Die Faschisten haben sich in Vorbereitung des 2. Weltkriegs ganz ähnliche Grundlagen geschaffen: so das Reichsarbeitsdienstgesetz von 1935, das 'junge Deutsche beiderlei Geschlechts' zum 'Reichsarbeitsdienst' verpflichtete."



ÖTV auf der 1. Mai-Demonstration, Stuttgart 1985



"Triage" 1943: Naziärzte begutachten im Lazarett Verwundete auf ihre Wiederverwendungsfähigkeit

### Seite 2: Blockwartssystem, Ausgehverbote, Zwangsevakuierungen — Freie Bahn den Truppen!

"... Ausländerbewegungen, wie unkontrollierte Bevölkerungsströme überhaupt, notfalls gewaltsam zu unterdrücken, dafür soll die Novelle weitere Möglichkeiten schaffen ... Durchgesetzt werden soll diese Krisen- und Kriegsplanung auf kommunaler Ebene. Hier muß auch die Widerstandsfront aufgebaut werden."

### Seite 3: Bunkerbau soll "Wehrwillen" an der Heimatfront stärken

"Die 'Verteidigungsbereitschaft' an der Heimatfront, die Volksgemeinschaft gegen den äußeren Feind soll geschmiedet werden ... Bunker-'Vorsorge' kann treffen, wer Geld hat und Eigenheim dazu, der Rest darf krepieren!"

### Seite 4: Kriegsdienstpflicht für Beamte

"Der deutsche Faschismus hat sich den Beamtenapparat für den totalen Kriegseinsatz gefügig gemacht. Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 3. Mai 1940 wie der Einsatz des Beamten 'außerhalb des Dienstbereichs seines unmittelbaren Dienstherrn', nicht laufbahngerechte Ämter mit niedriger Bezahlung, 'Verwendung' von Ruhestandsbeamten u.a. lassen unschwer Parallelen zum Zivilschutzgesetzentwurf erkennen, durch den das Beamtenrecht entsprechend den Anforderungen des Kriegsfalls geändert werden soll."

### Seite 5/6: Das gesamte Gesundheitswesen soll militarisiert werden

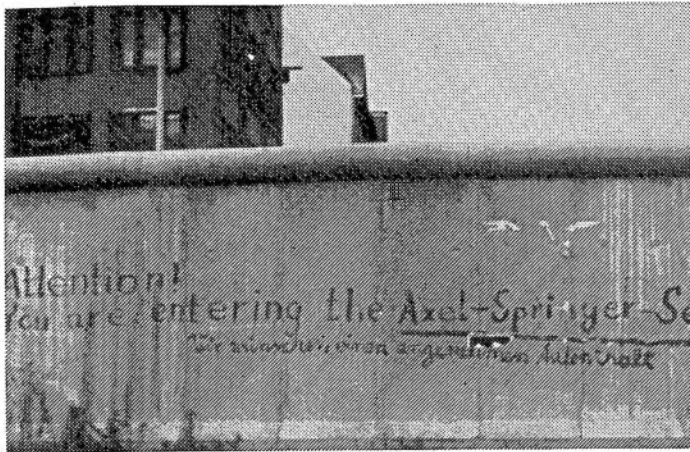
"Humane Gesichtspunkte der Gesundheitsversorgung sollen mit dem geplanten Zivilschutzgesetz unter dem Zwang der Strafe strategischen und taktischen Gesichtspunkten der Kriegsführung untergeordnet werden ... Da ist dann wie in Hessen die Rede davon, daß Patienten, 'deren Behandlung abgeschlossen ist oder zurückgestellt werden kann', zu entlassen sind und daß Räume für 'hoffnungslos Verletzte' einzurichten sind ... Die Städte und Kreise sollen in Zukunft den für den Krieg zu erwartenden Bedarf an Personal, Material und Gütern ermitteln und bei den 'zuständigen Behörden anmelden'."

### Seite 7/8: Gewerkschaftlicher Widerstand gegen Zwangsarbeit

"Vor allem aus der ÖTV, aber auch bereits aus anderen Gewerkschaften, gibt es inzwischen Beschlüsse gegen die beabsichtigte Entrechtung und Kriegsvorbereitung. Der DGB hat eine Stellungnahme dagegen verfaßt. Um die Gesetzesnovelle aber zu Fall zu bringen, wird weitere Beschlußfassung und Vorbereitung der gewerkschaftlichen Front dagegen notwendig sein."

## Kinofilm

## Billy Wilder: "Eins-Zwei-Drei"



"Eins-zwei-drei" im Jahr des "Mauerbaus" gedreht, wurde dann nicht gezeigt, um die "Volksseele" nicht zu erregen. Heute wird er vor ausverkauftem Haus in Westberlin gespielt.

MacNamara heißt der Boss von Coca-Cola in Westberlin. Dargestellt von James Cagney ist er der turbulente Typ in diesem Film, den Billy Wilder 1961, kurz vor dem Mauerbau, in Westberlin und Berlin/DDR gedreht hat. Die Story ist simpel: Coca-Cola soll den Siegeszug durch die UdSSR antreten, so möchte es MacNamara, nach dessen Meinung "Millionen und Abermillionen von Mongolen, Ukrainern und Kosaken" nur nach dieser Errungenschaft lechzen. Sein Chef hingegen – waschechter Südstaatler aus Atlanta/Georgia – macht mit diesen "Scheißkommunisten" keine Geschäfte. Dafür schickt er seine Tochter Scarlet nach Westberlin, um sie von weiteren Verlobungen zurückzuhalten. Scarlet verlobt sich auch wirklich nicht, sondern heiratet prompt einen in Berlin/DDR angesiedelten jungen Kommunisten. Im Interesse seiner Karriere will MacNamara das "Schlimmste" verhindern und setzt ein wahres Feuerwerk in Bewegung, um diese Mesalliance "eins-zwei-drei" aus der Welt zu schaffen. Das gelingt ihm nicht.

Billy Wilder bemächtigt sich jeden Klischees, dessen er habhaft werden kann. Er jagt in blendendem Spektakel durch die Vorurteile der 60er Jahre, die sich eigentlich nur unwesentlich verändert haben. Bravourös

spielt er auf dem Instrument der Vorurteile und niemand kommt ungeschoren davon. Der "rote" Ehemann Otto Piffl (Horst Buchholz) wird innerhalb weniger Stunden nicht nur zum Kapitalisten umfrisiert, sondern auch noch mittels Adoption durch einen bei Kempinski als Toilettenmann tätigen Grafen (Hubert v. Meyrinck) in den Adelsstand versetzt. Eins-zwei-drei erobert Otto nicht nur die Herzen der aus den USA herbeigeeilten Schwiegereltern, sondern er ergattert auch noch den von MacNamara angestrebten Posten: Coca-Cola-Manager für Europa mit Wohnsitz in London.

Man feiert nostalgisches Wiedersehen mit dem Berlin von 1961. Man erlebt eine wahnwitzige Verfolgungsjagd Mercedes Baujahr 1961 contra Nash 1937. Und man lacht. Da bestehen die Foltermethoden der Polizei darin, einem der Spionage Verdächtigen stundenlang den Schlager "Itsy bitsy teeny weeny" vorzuspielen, bis der einfach alles gesteht. Da erscheint aus einer Kuckucksuhr in MacNamaras Büro ein kleiner die Nationalfahne schwenkender Yankee – ein Geschenk der Belegschaft anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Blockade. Da knallen deutscherseits zackig die Hacken, da fließt russischerseits der Wodka und amerikanischerseits natürlich Coca-Cola, laut Mac-

Namara die wichtigste Errungenschaft des Westens.

Leider bekommt man akustisch nicht alles mit, es geht doch eine Menge unter im Gelächter. Das Publikum ist sich einig. Applaus zwischen einzelnen Szenen, Applaus nach Schluß des Films. Ein sehenswerter

Film ohne Längen.

Übrigens ist als deutsches "Fräulein", mit dem MacNamara nach Feierabend gelegentlich den Umlaut übt, eine erstaunlich temperamentvolle Liselotte Pulver zu sehen.

Nicht umsonst der Titel: 1-2-3. – (bah)

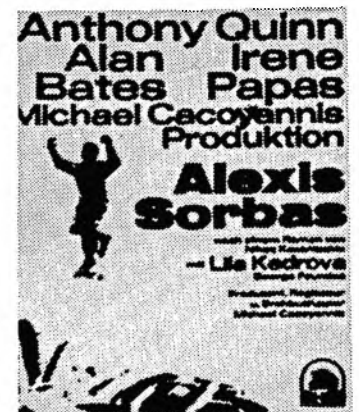
Alexis Sorbas

## Auch nach 20 Jahren noch empfehlenswert

Ein junger, im Leben etwas hilfloser Engländer (Alan Bates) trifft auf der Fahrt nach Kreta, wo er ein ererbtes Bergwerk wieder in Gang setzen will, den Griechen Alexis Sorbas (Anthony Quinn), einen Gelegenheitsarbeiter voller Tatendrang und Kampfgeist. Die beiden tun sich zusammen. Auf Kreta kommen sie in Berührung mit der Armut der Bewohner und mit einer, zumindest dem Engländer, fremden Kultur. Was sie anfangen, geht schief, immer wieder stehen sie am Nullpunkt. Und immer wieder ist es Sorbas, der neuen Mut findet: "Das Leben, das sind Schwierigkeiten. Nur der Tod ist keine. Leben heißt, sein Bündel zu packen und nach Schwierigkeiten Ausschau zu halten."

Der 1964 inszenierte Film strotzt von Lebenswillen und Optimismus, der sich gerade aus den Niederlagen heraus entwickelt. Dazu dient die schonungslose Auseinandersetzung zweier grundverschiedener Persönlichkeiten miteinander und mit den Verhältnissen, filmisch festgehalten in lan-

gen, tiefgehenden Kamera Studien der Menschen, ihrer Gesichter und ihrer Lebensweise; in der stückweisen Zusammensetzung eines Puzzles menschlicher Schicksale. Man mag dem Film einen Hang zum Romantizismus und eine ungenügende Auseinandersetzung mit den Grundlagen der gesellschaftlichen Verhältnisse auf Kreta entgegenhalten – als Fazit bleibt



dennoch, daß der Film, dessen Musik von Mikis Theodorakis stammt, von beeindruckender Intensität und schlichter Schönheit ist. – (Mak)

## Rambo II

### Ein Hetzfilm für einen ungerechten Krieg

Die Handlung: Rambo soll beweisen, daß in Südostasien noch immer US-Soldaten in Lagern schmachten (der US-Kongreß hatte dies zwar schon 1976 verneint, aber was macht's!), damit diese von einer anderen Einheit befreit werden können. Dazu muß er allein im Dschungel

abspringen und das Lager ausfindig machen. Kaum im Einsatz, stellt sich heraus, daß der Chef der Operation ein anderes Ergebnis will: Er will "beweisen", daß keine Gefangene mehr da sind. Rambo aber findet und befreit die Gefangenen. Also einer der üblichen Hetz-

filme vom "ehrlichen und tapferen Soldaten" und dem "feigen General", der an allem Unglück schuld ist? Nicht ganz. Denn zwischen durch erschießt, ersticht, verbrennt und massakriert Rambo die "Kommies" und "Russen" in Vietnam, daß das Blut nur so spritzt. Bevorzugte Kampfform: Vom Hubschrauber aus alles niedermähen, was sich ihm in den Weg stellt. Die Propaganda dieses Abschlachtens von Vietnamesen in Vietnam durch US-Söldner als "gerechte Sache" ist der Hauptzweck des Films. Ob er

überzeugend wirkt? In Köln war am ersten Tag der Kinosaal halb voll, die Zuschauer reagierten gemischt. Eine Propaganda vor dem Kino über die mit diesem Hetzfilm verfolgten aggressiven Ziele hätte vermutlich eine gute Wirkung gehabt. In den USA haben Vietnam-Veteranen gegen "Rambo" demonstriert und den Film angegriffen, er sei die gleiche Art Gehirnwäsche, mit der sie nach Vietnam geschickt worden seien. In der BRD haben VVN und andere Organisationen Proteste angekündigt. – (rül)

## Germanisten

### Goethe und kein Ende

Vom 25.-31.8. tagte die Internationale Vereinigung für Germanische Sprach- und Literaturwissenschaft erstmals in der BRD. Dem unvermeidlich nach Göttingen geeilten Bundespräsidenten, der "intensiveres Nachdenken über das national Eigene" forderte, sekundierte der Vorsitzende Albrecht Schöne, den meisten unbekannt durch die tausendunddritte Interpretation einiger Goethedichte. In seiner Einleitung zitierte er Goethe, daß "Weltliteratur" "dadurch vorzüglich entstehen wird, wenn Differenzen, die innerhalb der einen Nation obwalten, durch Ansicht und Urteil der übrigen ausgeglichen werden". Im Interview mit dem 3. Programm des Fernsehens erläuterte er, wohin "die eine" Nation ihren Blick zu lenken habe. In der Vergangenheit seien die Germanisten "französisch orientiert" gewesen, es fehle der Blick auf Rußland, Polen etc. Die "Kulturnation" wurde hochgehalten, dabei unterlassen zu definieren, ob die Vertreter eines Faches wie Nordistik dazurechnen seien oder nicht. In der einstündigen Fernsehsendung am 5.9. wurden die mehr unverfänglichen Teile des gezielten Spektakels vorgeführt, gemeinsames Essen von Göttinger Wurst, Preys Darbietung von Goetheliedern, interessante Vorträge von jüdischen Wis-

senschaftlern über das Jiddische. Selbst Altgermanist Wapnewski besann sich auf den Minnesänger Süßkind von Trimberg. Die nationalistische Stoßrichtung arbeitete unbeirrt die FAZ heraus. Leider, leider habe Weizsäcker es noch nicht so direkt sagen können wie einst de Gaulle, der den Deutschen bescheinigte, eine "große Nation" zu sein. Schöne hatte wenigstens auf die Verbrechen der deutschen Faschisten angespielt und aus Celans Gedicht "Todessfuge" zitiert: "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland." Weizsäcker, so die FAZ, sei darüber hinausgegangen, habe Versöhnung mit dem "schwierigen Vaterland" gepredigt, "dafür muß der Masochist in jedes intellektuellen Deutschen Brust dankbar sein". – (anl)



Zieren v. Weizsäckers Amtszimmer: die Brüder Grimm

## MLPD und Südafrika / Azania

### Rassenfrage oder Klassenfrage? Eine falsche Fragestellung!

Die "Rote Fahne", Zeitung der MLPD, schrieb über die Kämpfe in Südafrika / Azania:

"'Rassenkrieg' in Südafrika, behaupten die Medien von 'Bild' bis 'Frankfurter Rundschau', weil dort fünf Millionen Weiße über 22 Millionen Schwarze und fast vier Millionen Mischlinge herrschen. Doch in Wirklichkeit ist das ein Krieg der schwarzen azanischen Bevölkerung für die soziale und nationale Befreiung." Und: "Ob weiß oder schwarz – das ist für Strauß und seinesgleichen unwesentlich. Die Rassenfrage ist nur eine Ablenkung von der eigentlichen Frage: der Klassenfrage." (1)

Wie kommt die MLPD zu der Auffassung, daß in Südafrika / Azania kein Rassenkrieg geführt wird? Wie zu der Behauptung, daß "Strauß und seinesgleichen" keine Rassisten sind? Und wieso versucht sie, das, was sie etwas zweifelhaft die "Rassenfrage" nennt, d.h. den Rassismus und den Kampf dagegen, in Gegensatz zu setzen zur "eigentlichen", der "Klassenfrage"? Ihren Fragestellungen – Rassenkrieg oder sozialer und nationaler Befreiungskampf; "Rassenfrage" oder Klassenfrage – liegt ein tiefes Mißverständnis über den Rassismus, die Klassenverhältnisse in Südafrika / Azania und über Charakter und Bedeutung des azanischen Befreiungskampfes zugrunde.

Der Rassismus ist eine Ausbeuterideologie. Wer das verneint, kann den Rassismus, ähnlich wie die Kirchen, nur aus der Existenz verschiedener Rassen erklären. Der Rassismus entspringt aber nicht der Existenz verschiedener Rassen, sondern der Klassenherrschaft der kolonialistischen und imperialistischen Bourgeoisie. Die weiße südafrikanische Siedlerbourgeoisie und ihre imperialistischen Hintermänner in Europa und den USA unterdrücken die schwarze azanische Bevölkerung nicht wegen ihrer Hautfarbe. Sie unterdrücken sie, weil sie das Land mit seinen Reichtümern beanspruchen und weil sie billige Arbeitskräfte brauchen. Soweit sind wir mit der MLPD einig. Was aber die MLPD sträflich unterschätzt: Die Kolonialisten und Imperialisten begründen ihre Herrschaftsansprüche mit rassistischen, d.h. Naturmerkmalen von Menschengruppen. Darin besteht der Rassismus.

Nach ihrer Ideologie ist der Weiße als Weißer der geborene Herr, Lenker und Leiter, ein Herrenmensch eben, der Schwarze dagegen als Schwarzer der geborene Sklave, Diener und Arbeiter. Das ist genauso willkürlich, als würde anstatt der Haut- der Haarfarbe eine gesellschaftliche Funktion zugewiesen, und funktioniert nur, indem den verschiedenen Rassen zu ihren tatsächlichen – äußerlichen und geringfügigen – Unterscheidungsmerkmalen noch "natürliche Eigenschaften" angedichtet werden: dem Weißen die "vorwärtsstrebende Intelligenz", die dem Schwarzen gänzlich fehle; dem Schwarzen die "Abgestumpftheit", die ihn für schwere Körperarbeit ebenso geeignet wie für selbständige und Leitungstätigkeit ungeeignet mache usw. usf. Wichtig ist dabei aber zu begreifen, daß der Rassismus der Versuch ist, die kolonialistische und imperialistische Herrschaft als naturgegeben zu rechtfertigen, als ewiges Naturgesetz, das durch menschlichen Willen und menschliche Tat ebensowenig verändert werden kann wie eben die Hautfarbe.

Da soll die "Rassenfrage" im Klassenkampf keine Rolle spielen, sondern nur ablenken? Ja, wen eigentlich? Die Unterdrücker führen den Klassenkrieg gegen die Unterdrückten als Rassenkrieg. Der Rassismus ist der ideologische Kitt, der ihre Reihen zusammenhält und die verschiedenen Klassen der weißen Siedlergesellschaft zusammenfügt zur Volksgemeinschaft der Unterdrückten. So tief kann ein weißer Lohnabhängiger gar nicht gedrückt werden, daß er nicht noch weit über dem "Bantu" stünde – lehrreich ist z.B. die Politik der weißen "Gewerkschaften", deren



Hauptinteresse die Verteidigung weißer Privilegien gegen die schwarze Arbeiterbevölkerung ist.

Der Rassismus züchtet aber nicht nur bei den Weißen die Herrenmenschenmentalität, schweißt nicht nur das Lager der Reaktion zusammen, bindet nicht nur die weißen Lohnabhängigen an die weiße Bourgeoisie – er züchtet auch bei den unterdrückten Schwarzen eine "Kolonialmentalität", demoralisiert ihren Widerstand und spaltet die Befreiungsbewegung. Den ausgebeuteten unterdrückten Klassen ist die "Rassenfrage" aufgezwungen. Sie können ihr gar nicht ausweichen, ohne vor der kolonialistischen und imperialistischen Herrschaft zu kapitulieren. Sie können in ihrem Kampf für nationale und soziale Befreiung nicht siegen, wenn sie den Rassismus, dies Instrument der Ausbeuterherrschaft, nicht bekämpfen und schlagen.

Wer das verneint, bleibt in seiner Unterstützung des azanischen Befreiungskampfes letztlich halbherzig. Die Bedeutung der Linie "Wir sind unser eigener Befreier" kann er nicht begreifen.

(1) "Rote Fahne" Nr. 30/1985, S. 10 und 11 – (sc)

Gerd-Klaus Kaltenbrunner

## Eine "Praktische Philosophie" der Konterrevolution

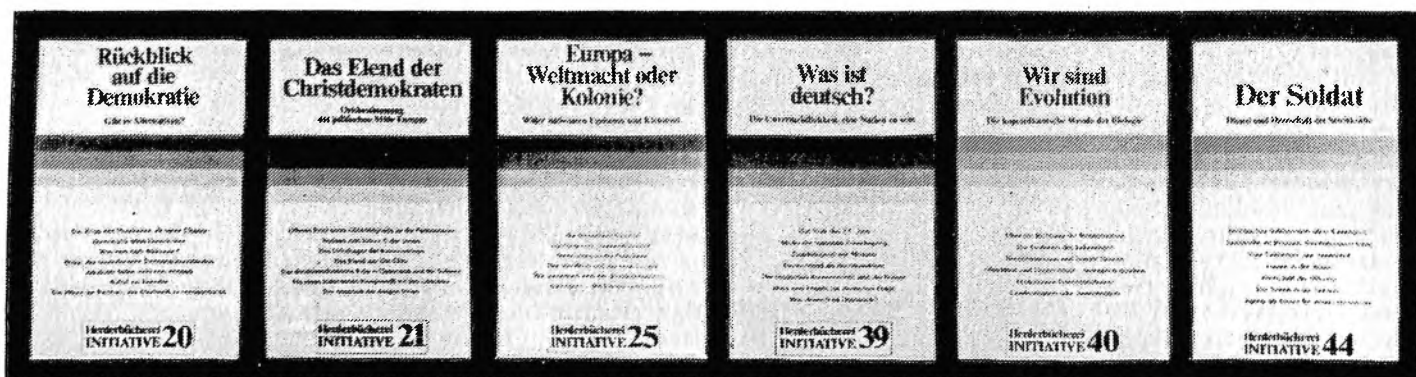
Gerd-Klaus Kaltenbrunner hat sich in konservativen Kreisen seinen Namen durch den Versuch gemacht, dem Konservatismus eine theoretische Grundlage zu geben und eine durchgängige ideologische Rechtfertigung der Konterrevolution zu liefern. Diese Aufgabe sah er immer durchaus praktisch und verlangt in seinen "Zehn Geboten für Konservative und solche, die es werden wollen": "5. Verzichte auf große Worte und theologische Begründungen. Gib nicht vor, Dich auf Offenbarungen und Kirchen stützen zu können. Überlaß das Deinen Gegnern. Argumentiere mit den 'kleinen' Wahrheiten, die den Vorzug haben überprüfbar zu sein. Fühle Dich für konkrete Ziele und Aufgaben verantwortlich. Sei erfinderisch und nüchtern." (1)

Diesen Einsatz für "konkrete Ziele" realisierte der gelernte Jurist und Verlagslektor für sich persönlich als Herausgeber einer im Freiburger katholischen Herder-Verlag erscheinenden Taschenbuchserie "Herderbücherei-Initiative". Mit dem vor wenigen Wochen erschienen 62. Band dieser Reihe ist ihm ganz im Geiste seines fünften Gebots ein editorischer Coup gelungen, den ihm nicht nur sein Verlag danken wird: Der Titel "Wozu Geheimdienste? Kund-

schafter – Agenten – Spione" liefert noch vor der Tiedge-Affäre die Propagandamunition mit der seither offizielle Regierungsstellen, staatstragende Parliamentsopposition und loyale Presse die Öffentlichkeit bearbeiten, in der Hoffnung, die Volksmeinung auf die Notwendigkeiten größerer Spionage-Effizienz und gesteigerter Anstrengungen bei der Subversion, insbesondere gegen die DDR, trimmen zu können. Kaltenbrunner in seinem Vorwort zu diesem Band: "'Frieden schaffen ohne Waffen' – das ist eine kindische Utopie. Die Parole 'Weniger Soldaten, aber mehr Agenten' hat hingegen einen durchaus realistischen Gehalt" und davor bereits: "Jede Kriegsführung setzt gewisse Formen der Erkundung des Gegners voraus; ohne solche wären schon die Feldzüge der alten Ägypter nach Nubien oder die Alexanders des Großen nach Indien undurchführbar gewesen." (2) Der Gedanke wird von Kaltenbrunner nicht zu Ende geführt. Das nicht bloß historisch gemeinte Wörtchen "schon" soll den Leser, der darüber nicht stolpert, zum Komplizen für die kommenden Feldzüge machen, deren Vorbereitung durch Spionage und Subversion Kaltenbrunner so am Herzen liegt.

Es ist nicht der besondere Standpunkt, der Kaltenbrunner aus dem üblichen Spektrum konservativer Ideologen und Politiker heraushebt; es ist seine Methode, durch das offenerzigste Aussprechen der Absichten und Ziele der imperialistischen Bourgeoisie, deren Rechtfertigung er in der "anthropologischen" Verfassung der Menschen behauptet, auf das öffentliche Bewußtsein Einfluß zu nehmen und es danach zu biegen. Ein politisches Programm der Konservativen im Sinne solcher "Tendenzwende" (Band 1 der "Initiative" trägt den Titel "Plädoyer für die Vernunft – Signale einer Tendenzwende") hat er 1973 formuliert. Er verlangte die Bildung einer "Konservativen Internationale" (1983 in Stockholm gegründet), betonte die Notwendigkeit "vom Gegner lernen zu müssen: von der Oktoberrevolution bis zur Strategie der westdeutschen Jungsozialisten und Jungdemokraten" und stellte fest: "Die Bildung konservativer Zellen und Basisgruppen wird im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert an die Stelle des konservativen Honoratiorenvereins treten müssen. . . Diesen Zellen wird es obliegen, die indifferenten, widerstrebenden, irritierten oder auch schweigenden Mehrheiten zu durchdringen. . . Es bedarf der Förderung der konservativen Sache in der Publizistik, des Einbruchs konservativer Zeitschriften in die Gruppe der meinungsbildenden Publikationsorgane, der Veranstaltung konservativer Tagungen, Seminare. . ." (3)

Im Sinne einer optimalen Verwertung aller reaktionären Denktaditionen für die "Rekonstruktion des Konservatismus" (so der Titel eines von Kaltenbrunner 1972 herausgegeben Buches) trat er für die parteipolitische Neutralität der Konservativen ein. Tatsächlich gelang ihm so ein ent-



Einige Bände der von Kaltenbrunner beim Herder-Verlag herausgegebenen Taschenbuchreihe "Initiative". Was die Titel versprechen halten die Autoren. Darunter: Nr. 20: Alexander Schwan (Bund Freiheit der Wissenschaft, FU W.-Berlin), Gerd Roellecke (Präs. d. Deutschen Rektorenkonferenz 74-77), Nr. 21: Eugen Gerstenmaier (Bundestagspräs. 54-69), Caspar v. Schrenck-Notzing (Herausgeber von "Criticon"), Alfons Dalma (früh. "Mitarbeiter" d.

kroatischen Faschisten Ante Pavelic); Nr. 25: Bernd Posselt (Bundesvors. d. "Paneuropa-Jugend" Otto von Habsburgs); Nr. 39: Wolfgang Strauß (Führer der "Nationalrevolutionären Aufbauorganisation / Sache des Volkes"), Heinz Karst (Brigadegeneral a.D., Rudel-Fan), Dietrich Murswiek ("Deutsche Jugend des Ostens", zerfetzte beim Stoph-Besuch in Kassel 1970 die DDR-Flagge am Verhandlungsgebäude); Nr. 40: Joachim Illies (Zoologe, EKD-Syno-



scheidender Beitrag für die Sammlung und Verbindung aller reaktionären politischen Richtungen, was sich insbesondere in dem Spektrum der Autoren seiner Initiative-Reihe ausdrückt (siehe unten). Da stehen Autoren der klassisch liberal-konservativen Richtung neben christdemokratischen Politikern und Neofaschisten. Das ganze unter dem reputierlichen Dach des katholischen Herder-Verlags, der den in der Tradition Nietzsches und Ernst Jüngers eher antireligiösen Kaltenbrunner, damals Lektor beim liberalen Freiburger Rombach-Verlag, 1972 als Herausgeber verpflichtet hat. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" polemisierte am 10.11.72 gegen das Ausscheiden Kaltenbrunners aus dem Rombach-Verlag (Verleger Hodeige ist Mitglied der FDP): "Sollte irgendwer tatsächlich bei Rombach dem opportunistischen Irrtum aufgesessen sein, mit 'linkeren' Büchern aus dem Defizit herauszukommen", dann sei (an den bei Rombach verlegten) letzten Band Kaltenbrunners ("Rekonstruktion des Konservatismus") "und dessen Absatz erinnert ... Unsere Verlagslandschaft braucht so, wie sie jetzt ist, ein intelligentes konservatives Haus." (4)

Die entscheidende Leistung Kaltenbrunners lag so in der öffentlichen Herstellung eines Bindeglieds zwischen klerikalem (katholischem) Konservatismus, dem klassischen Liberal-Konservatismus und ihren politischen Apologeten einerseits und den verschiedenen Strömungen des Neofaschismus, der Nationalrevolutionäre und Nationalsozialisten andererseits und in deren öffentlichen Demonstration. Neben anderen Publikationsorganen mit ähnlichen Zielen (wie "Criticon", "Nation Europa", "Deutschlandmagazin" u.a.), in denen Kaltenbrunner ebenfalls ständig publiziert, ist seine Initiative-Reihe wohl das Organ der "Neuen Rechten", das dank philosophisch-wissenschaftlicher Verbrämung, der unverfänglicheren Reputation des Verlags und seinem dichten Vertriebsnetz in die katholische Intelligenz am wirksamsten faschistisches Gedankengut unter den "Meinungsbildnern" verbreitet. Die sprachlich vornehmen Essays des Herausgebers scheinen oft direkt als Vorlage für die Sonntagspredigt des gebildeten Pfarrers oder zur Hilfestellung für den Oberstudienrat bei der Auswahl des nächsten Aufsatzthemas in der gymnasialen Oberstufe geschrieben zu sein.

Kaltenbrunner bemüht bei seiner konservativen Mobilisierung "vor allem den philosophischen Anthropologismus, ökologische, industriegesellschaftliche und technisch-zivilisatorische Argumente und Vorwände". (5) Auf Grundlage der anthropologischen Behauptung ewig gleicher Wesenszüge des Menschen finden zunehmend mystifizierende Denkfiguren – z.B. bei der Beschreibung von Kriegen und ihren Ursachen – Eingang in Kaltenbrunners Philosophie.

Eine genauere Darstellung der wichtigsten Denkmuster, die er dabei verwendet, ist hier nicht möglich. Die bei den Quellenangaben genannten Bücher von L. Elm und A. v. Pechmann geben dazu einen guten Überblick, wenngleich der von Ihnen gegen Kaltenbrunner erhobene Vorwurf des "Eklektizismus" insofern nicht sticht, als diese Methode ausdrücklich und erklärtermaßen von Kaltenbrunner gewählt wird und hier gerade sein besonderer Nutzen für eine imperialistische Ideogebildung liegt. Nur so kann der Konservatismus seine Anpassungsfähigkeit an die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen bewahren und auch scheinbar Widersprüchliches vereinen.

Bei der von Kaltenbrunner getroffenen Auswahl seiner weltanschaulichen Schwerpunkte und seinen politischen Themenstellungen sind gegenüber den frühen siebziger Jahren einige wichtige Verschiebungen feststellbar. Hat er noch vor zehn Jahren jeden Zusammenhang mit faschistischer Ideologie zurückgewiesen, die faschistische Herrschaftsform als "barbarisch" gekennzeichnet und die bürgerlich parlamentarische Demokratie als prinzipiell erhaltenswert charakterisiert, so fallen heute die Distanzierungen weg, die Beschäftigung mit und die apologetische Übernahme historischer faschistischer Autoren nimmt zu (8), und als erstrebenswerte Staatsform wird die von einer staatlichen "Über-elite" geführte "Eukratie" propagiert, deren Ähnlichkeit mit den ständestaatlichen Vorstellungen faschistischer Prägung (insbesondere bezüglich des italienischen "Duce-Faschismus") offensichtlich ist. So in einem 1984 im Asendorfer Mut-Verlag erschienenen Band (7). (Der faschistische Mut-Verlag wird von dem führenden Faschisten und Nationalrevolutionär Bernhard C. Wintzek geleitet, 1970 Gründer der militanten "Aktion Widerstand", dem die Führung der NPD zu "parlamentarisch" geworden war.)

Neben dieser verstärkten Übernahme direkt faschistischer Positionen (und entsprechender personeller Enge zu den entsprechenden Kreisen und Verlagen) gewinnen die Angriffe Kaltenbrunners gegen die "etablierten" Konservativen nach dem Bonner Regierungswechsel an Schärfe. Zugleich tritt ein politisches Bild immer bestimmender in den Mittelpunkt: die "Wiedergewinnung der Identität Europas" als Voraussetzung der Wiedergewinnung der "Identität der Deutschen". Basis soll dabei die föderative Vereinigung "Frankreich-Deutschlands" sein (9), das alte Frankenreich Karls, an dem die Welt genesen soll. So soll Europa als "dritte Supermacht" die Vasallenrolle gegenüber den USA abschütteln und sich seinen Aufgaben im Osten zuwenden können ... Die Formulierung dieser Position war in solcher Schärfe bislang den erklärten Nationalrevolutionären und Nationalsozialisten vorbehalten. Die Tatsache, daß Kaltenbrunner dies jetzt mit gleichem Nachdruck aufholt, läßt eine erhebliche Beschleunigung der Gangart in der Ideologiebildung auch des parteilich an die CDU/CSU und die christlichen Kirchen gebundenen Konservatismus erwarten.

Quellen: (1) G.-K. Kaltenbrunner, Der schwierige Konservatismus, 1975; (2) ders., Vorwort des Herausgebers in "Wozu Geheimdienste" Herderbücherei-Initiative, Band 62, 1985; ders., Schöpferischer Konservatismus und konservative Aktion heute, in "Konservatismus International", hrsg. G.-K. Kaltenbrunner, 1973; (4) zit. nach L. Elm, Leitbilder des deutschen Konservatismus, 1984 (Pahl-Rugenstein, 19,80); (5) a.a.O.; (6) Alexander von Pechmann, Konservatismus in der Bundesrepublik – Geschichte und Ideologie, 1985 (Verlag Marxistische Blätter, 10,80); (7) G.-K. Kaltenbrunner, Europa – seine geistigen Quellen in Porträts aus zwei Jahrtausenden, Band I 1981, Band II 1983; (8) ders., Elite – Erziehung für den Ernstfall, 1984; (9) ders., Wehe den Machtlosen – Eine dringende Klärung, Herderbücherei-Initiative Band 56, 1984. – Hinweise zu personellen Querverbindungen sind entnommen aus: Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, 1984 (VMB 19,80) und Antifaschismus-Kommission des KB: Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, 1981 (Buntbuch 17,80) – (DK-AG Konservatismus / kuh)



daler), Irenäus Eibl-Eibesfeld (Sozialdarwinist); Nr. 44: Ferdinand Otto Miksche (Lehrer an der Kriegsschule der portug. Armee 50-55, schreibt u.a. im "Deutschlandmagazin"); Nr. 56: Henning Jäde (Faschist, "Nation Europa"); Nr. 59: Christa Meves (kath. Psychagogin, "Rettet die deutsche Familie ..."); Nr. 62: Ulrich Bauer (Oberst a.D., Generalstabsoffizier vor und nach 45, MAD, als Pensionär: Leitung Sicherheitswesen Siemens AG).

## Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf

## Konservative Kritik an der WAA schwächt den Widerstand

Für den 12. Oktober ist eine bundesweite Demonstration geplant gegen die Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe (WAA), die in Wackersdorf im Landkreis Schwandorf gebaut werden soll. Zu dieser Demonstration rufen neben dem Koordinierungsausschuß der Bürgerinitiativen viele verschiedene Organisationen in der BRD auf. Ob der Demonstrationort München oder Wackersdorf wird, ist noch nicht entschieden.

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) hofft auf die erste Teilerrichtungsgenehmigung noch vor dem 12. Oktober, um dann mit Rodungsarbeiten beginnen zu können. Der Auftrag dazu ist bereits an eine Oberpfälzer Firma vergeben worden.

Für den Samstag nach Rodungsbeginn sind auf dem Baugelände Platzbesetzungen geplant. Mit Auseinandersetzungen mit der Polizei wird dabei gerechnet. Die CSU warnt ihre Mitglieder davor, an diesen Aktionen teilzunehmen. Die gesamte Auseinandersetzung verschärft sich. Der Widerstand ist breit: Auf der letzten Demonstration im Februar waren 35000, in den Bürgerinitiativen vor Ort sind 16000 organisiert. Trotzdem betreibt die Bayerische Staatsregierung den Bau immer noch und hält ihn offensichtlich auch für politisch durchsetzbar. Die Interessen, die sie dazu bewegen, sind stark, und der Widerstand wird von ihr wohl so eingeschätzt, daß man "mit ihm fertig wird".

### Seit 1981 wird die WAA bekämpft, die Auseinandersetzung verschärft sich

Nachdem Ministerpräsident Albrecht 1979 in einer Regierungserklärung empfiehlt, das Projekt Wiederaufarbeitung in Niedersachsen wegen mangelnder politischer Durchsetzbarkeit nicht weiter zu verfolgen, prüft die Bayerische Landesregierung, ob in Bayern ein geeigneter Standort vorhanden ist. 1981 gründen sich die ersten Bürgerinitiativen (BIs), die beim Zusammenschluß zum "Verband der Oberpfälzer Bürgerinitiativen e.V." ca. 12000 Mitglieder haben. Nach einigen Aktionen findet am 27.3.82 die erste große Demonstration in Schwandorf mit 15000 Teilnehmern statt. Neben den BIs, BUND, GRÜNEN und linken Organisationen rufen auch die örtliche SPD und die örtliche CSU dazu auf. Anlaß der Demonstration ist der im Februar von der DWK gestellte Antrag auf das Raumordnungsverfahren, die erste Phase für die Genehmi-

gung der WAA. Es wird von der Staatsregierung in aller Eile durchgezogen: Es beginnt im Juli 1982 und wird im September 1982 abgeschlossen. In den Kreistagen und Gemeinderäten werden heftige Debatten geführt, die Positionen für oder gegen die WAA gehen durch alle Parteien.

Im September 1982 findet im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages gegen Atomanlagen die zweite große Demonstration in Regensburg statt. Bundesweit beteiligen sich 20000, davon 10000 in Regensburg. Die Polizei lobt das friedliche Verhalten der Demonstranten. Die Polizei selbst verhält sich aber bald nicht mehr friedlich: Bei einer Aktion im Oktober 1982 ("Familienwanderung", "Baumpatenschaften") werden von Spaziergängern die Personalien festgestellt und der Vorsitzende der Oberpfälzer BIs erhält eine Geldstrafe wegen "Beschädi-

gung von Bäumen". Im November 1982 beraten Vertreter von DWK und Polizei über das Vorgehen gegen Demonstranten; der Einsatz von Wasserwerfern wird erwogen. DWK und Staatsregierung verstärken ihre Propaganda für die WAA: Im Juli 1982 eröffnet die DWK einen "Info-Shop" in Schwandorf. Die GRÜNEN führen Ende Februar 1983 ein vier Tage dauerndes Hearing in Regensburg und Schwandorf durch. Im Mai 1983 beginnen die Probebohrungen. Bei der darauf folgenden Demonstration am Baugelände (Teilnehmer 5000) sperrt die Polizei die Autobahn und durchsucht Busse und PKWs nach Waffen. Sie reißt einen von Mitgliedern der BIs gebauten Holzturm am Rande des Baugeländes entgegen einem Urteil des Regensburger Verwaltungsgerichts ab. Die Anweisung dazu kommt aus dem bayerischen Innenministerium. Den BIs wird vorgeworfen, sie hätten eine "Kommandozentrale für ein illegales Hüttendorf" bauen wollen. Sie dementieren: Es sollte nur ein Mahnmal sein.

Am 19.9.83 beginnt das atomrechtliche Genehmigungsverfahren, die zweite Phase für die Genehmigung der WAA. 50000 Menschen legen Einspruch gegen die WAA ein, das ist die größte Zahl von Einwendern, die es je in Bayern gegen ein Einzelprojekt gegeben hat.

Die bayerische Staatsregierung geht weiter zielstrebig gegen die WAA-Gegner vor: Im Oktober 1983 beschlagnahmt die Polizei Material für einen Hüttenbau, im Februar 1984 wird einem Amberger Richter (Vorsitzender der dortigen BI) ein Disziplinarverfahren angedroht, wegen "Demagogie und verächtlichen Äußerungen im Zusammenhang mit dem Erörterungstermin".

Der Erörterungstermin muß von der Staatsregierung im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens durchgeführt werden. Hier müssen die von den Gegnern vorgetragenen Einwände von der Genehmigungsbehörde (Ministerium) beantwortet werden. Als das nicht geschieht, ziehen



Juni 1985 – Karikatur in der Regensburger "Woche": "Linke Chaoten sind auch nicht mehr was sie einmal waren!"

die BIs im Februar 1984 unter Protest aus. Auch SPD-Landrat Schuirer kritisiert die Schlampigkeit und Fehlerhaftigkeit des Genehmigungsantrages der DWK. Er weigert sich deshalb, den Bebauungsplan öffentlich auszulegen und stoppt damit das Verfahren. Nach drei Dienstanweisungen beugt er sich dem Druck der Staatsregierung. Später wird ein Gesetz beschlossen, womit Landräte in solchen Verfahren ausgeschaltet werden können.

Die DWK sieht sich wegen ihrer mangelhaften Unterlagen starker Kritik ausgesetzt. Um nicht das ganze Projekt scheitern zu lassen, ändert sie ihren Antrag auf die erste Teilerrichtungsgenehmigung. Es scheint, als solle zunächst ein Zwischenlager gebaut werden und zu einem späteren Zeitpunkt die WAA.

Inzwischen verstärkt die Polizei ihre Tätigkeit weiter: Bei einer Sprühaktion im Dezember 1984 werden acht WAA-Gegner festgenommen; das Landeskriminalamt ermittelt wegen eines Brandanschlages auf die Wetterstation gegen WAA-Gegner und im Zusammenhang mit einem anonymen Brief. Der Widerstand soll kriminalisiert und in die Ecke von "Terroristen" abgedrängt werden.

Am 4.2.85 fällt die Entscheidung für den Standort Wackersdorf. Die Staatsregierung rüstet sich: Es wird gemeldet, daß sich 21 Einheiten von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz in der Oberpfalz befinden; das WAA-Gelände wird rund um die Uhr bewacht, die Polizei mit CS-Gas ausgerüstet. Als Reaktion auf die Standortent-

scheidung mobilisieren die BIs und viele bürgerliche Gruppen zur Demonstration am 16.2.85. Es folgen 35000 dem Aufruf. Die Staatsregierung kommt mit ihren Sprüchen von "Berufsdemonstranten" und "Terroristen" nicht mehr durch. Sie verstärkt zum einen ihre Propaganda (Fortbildungskurse für Lehrer über die WAA), zum anderen versucht sie den Widerstand zu spalten in "gewaltfreie" und "gewalttätige" Demonstranten. "Sicherheitsexperten" finden angeblich heraus, daß sich die RAF nach Bayern orientiert und Justizminister Lang warnt die CSU-Mitglieder, sich an der geplanten Demonstration und Bauplatzbesetzung am 12.9. zu beteiligen, weil angeblich "revolutionäre Zellen den Widerstand für ihre Zwecke ausnutzen wollen".

Am 16.8. kommt es auf dem Baugelände zu heftigen Auseinandersetzungen, als ein "Freundschaftshaus" errichtet werden soll. Starke Polizeikräfte reißen das Haus ab, es gibt zehn Verletzte und zwanzig Leute werden festgenommen.

Neben den großen Demonstrationen gab es viele kleine Aktionen: "Muttertagsausflüge", Wallfahrten, Gottesdienste, Informationsveranstaltungen, Flugblätter usw. Das Spektrum der Beteiligung ist breit, es reicht von den linken Organisationen über die GRÜNEN bis ins konservative Lager hinein. Welche Erfolgsaussichten hat dieser Widerstand, der sich zwar in den Formen radikalisiert hat, inhaltlich jedoch getragen wird von bürgerlich-konservativen Kräften?

### Der Widerstand wird hauptsächlich von konservativen Kräften getragen

Teile der Bürgerinitiativen, Bund Naturschutz in Bayern (BN), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Teile der Kirchen, ÖDP, Bayernpartei und Teile der CSU setzen sich gegen die WAA ein. Daß sich konservative Kräfte gegen die Staatsregierung wenden, ist ungewöhnlich, ihre Beweggründe sind von Interesse.

44,4 % der Erwerbstätigen in der Oberpfalz sind Arbeiter (Zahlen alle 1982), das ist ein um 1,9 % höherer Anteil als im Bayerndurchschnitt. Bemerkenswert ist, daß 1977 noch 48,8 % der Erwerbstätigen Arbeiter waren. Betriebsschließungen und Rationalisierungen mit Massenentlassungen wie z.B. bei der Maxhütte haben diesen Rückgang verursacht. Die Arbeitslosigkeit ist hoch: Jahresdurchschnitt in Schwandorf 15,2 % (1984), Winterspitzen bis zu 23 %, weil viele Arbeiter im Baugewerbe arbeiten. Der größte Teil der Arbeiter ist in den tariflich niedrig bezahlten Branchen der Verbrauchsgüterindustrie und der Nahrungsmittelindustrie beschäftigt.

Die Jahreslöhne und -gehälter in der Oberpfalz liegen um 5400 DM niedriger als z.B. in der Industrieregion Mittelfranken. Die Existenzsicherung ist für die Arbeiter in der Oberpfalz ein tägliches Problem. Auf dieser Grundlage ist die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung durch die WAA für sie ein fernliegendes Problem und das Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen eine naheliegende Hoffnung.

Die Landwirte – in der Land- und Forstwirtschaft arbeitet mit 10,5 % ein höherer Erwerbstätigenanteil als in Bayern (9,2 %) – sind von einer zukünftigen WAA nur mittelbar betroffen, keiner von ihnen muß enteignet werden für den Bau, da das Baugelände Staatseigentum ist. Ihnen droht allerdings der Konkurrenznachteil beim Verkauf von "WAA-Gemüse".

Angestellte gibt es in der Oberpfalz weniger als im Bayerndurchschnitt (Oberpfalz 27,6 % der Erwerbstätigen, Bayern 33,3 %), ein großer Teil von ihnen arbeitet im Bereich Handel und Verkehr, auch keine Branchen in de-

nen man viel verdienen kann. Dafür gibt es in der Oberpfalz mehr Beamte (Oberpfalz Beamtenanteil 10,2 %, Bayern 7,8 %), weil Regensburg ein Oberzentrum mit vielen Schulen und dem Sitz der Regierung der Oberpfalz ist.

Bei dieser Sozialstruktur ist es nicht verwunderlich, daß im Kampf gegen die WAA diejenigen Kräfte dominieren, die von aktuellen Existenzproblemen nicht so bedroht sind, während die anderen zum Teil auf die WAA als zukünftigen Arbeitsplatz hoffen.



27.3.82: Demonstration in Schwandorf mit 15000 Teilnehmern.

In den Bürgerinitiativen sind inzwischen rund 16000 organisiert, und ihre Vertreter kommen mehr aus der Mittelklasse (Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte).

Die Argumentation der meisten Bürgerinitiativen und der Naturschutzverbände ist in den wesentlichen Punkten gleich:

– Zur Einschätzung der WAA: Die WAA ist für sie "überflüssig wie ein Kropf", eine "Sackgassentechnologie", das "kostenexplosivste Projekt der Industriegeschichte, das Steuergelder und Investitionsmittel blockiert, das die Stromkosten erhöht" und an dem sich "einige deutsche Großfirmen eine goldene Nase verdienen werden".

– Zur Gefährdung durch die WAA: "Die radioaktive Belastung ist eine Gefahr für Boden, Wasser, Wald und Mensch", die Plutoniumproduktion ist "eine Gefährdung des Friedens", und der Bau der WAA erfordert zur Bewachung ein großes Polizeiaufgebot, "das die bürgerlichen Freiheiten einschränkt".

– Zu den Motiven des Kampfes: Die Betroffenen kämpfen "aus Angst um ihre Gesundheit und ihre wirtschaftliche Existenz". Sie übernehmen "Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen" und haben das Bestreben, die "Heimat zu erhalten" und sie nicht "billig zu verspielen".

## Wiederaufarbeitung Für die Kapitalisten unverzichtbar

Die Staatsregierung meint, "zur Wiederaufarbeitung gibt es keine Alternative. Nur diese Technik bietet derzeit die Möglichkeit, die Abfälle aus unseren Kernkraftwerken entsprechend unseren strengen Auflagen des Atomgesetzes ... zu beseitigen."

Unter dem Gesichtspunkt, daß KKWs weiter betrieben und gebaut werden, ist die Entsorgung natürlich eine brennende Frage. Und das Problem der Endlagerung ist technisch noch nicht gelöst. Nun könnte man ja auf die Idee kommen – wie viele KKW-Gegner –, die Kernkraftwerke abzuschalten, zumal die staatlichen Prognosen des Energiebedarfs nicht eingetroffen sind.

schaft der sozialistischen Staaten abhängig." (Broschüre des bayer. Umweltministeriums, Okt. 1981)

Befürchtet wird, daß das Erdöl als "politisches Erpressungsmittel" eingesetzt werden könnte. Unabhängigkeit in der Energieversorgung ist gefragt. Dies ist u.a. dann wichtig, wenn man selbst seine Expansionsbestrebungen notfalls mit Krieg durchsetzen will. Und daß die bundesdeutsche Kapitalistenklasse dies will und wieder die "Grenzen von 1937" propagiert, weiß man spätestens seit dem "Schlesiertreffen". In einem Krieg Richtung Osten werden die sozialistischen Staaten sicher kein Erdgas mehr liefern. Und das vorhandene Erdöl braucht man dann für die Panzer. Mit

nung nicht direkt genutzt werden kann. Nach vier bis fünf Jahren in der heißen Zone müssen die Brennelemente gewechselt werden. Sie enthalten dann ca. 1 % Uran 235, 1 % Plutonium, 4 % Spaltprodukte sowie 94 % Uran 238. Die Trennung von Uran und Plutonium von den Spaltprodukten ist das Ziel der Wiederaufarbeitung.

Die Brennelemente werden aus der ganzen BRD mit Spezialbehältern auf LKWs und der Bahn angeliefert, um dann auf dem Gelände der WAA in gekühlten wassergefüllten Zwischenlagertanks mehrere Jahre liegen zu bleiben, bis eine Wiederaufarbeitung erfolgt.

Bei der Wiederaufarbeitung werden zunächst die Brennstäbe fernbedient in kleine Teile zersägt, die in einen Kessel mit heißer Salpetersäure fallen. Dort werden die Kernbrennstoffe und Spaltprodukte vollständig aufgelöst. Die Hüllrohre der Brennstäbe bleiben ungelöst zurück.

Beim Zerkleinern der Brennstäbe sowie beim Auflösungsprozeß werden radioaktive Gase frei, deren Rückhaltung teilweise sehr teuer, teilweise nach dem heutigen Stand der Technik gar nicht möglich ist, so daß sie wie Krypton 85 und Kohlenstoff 14 ungehindert über den Abluftkamin verteilt werden.

Durch Einleiten eines organischen Lösungsmittels in die Salpetersäure, werden die verschiedenen Substanzen voneinander getrennt, da Plutonium und Uran im Lösungsmittel gebunden werden, während die Spaltprodukte in der Salpetersäurelösung zurückbleiben. (siehe Bild 1)

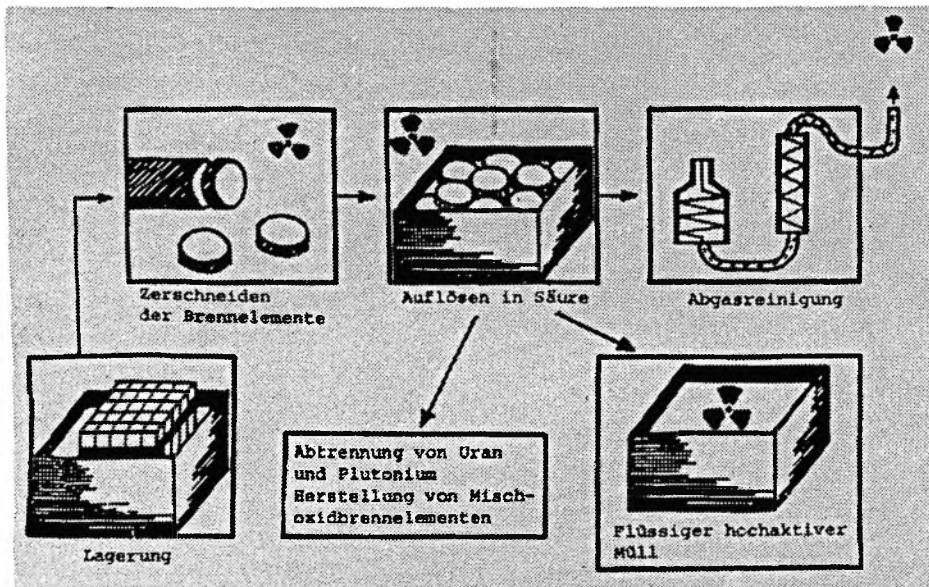
In weiteren ähnlichen Prozessen werden dann auch Plutonium und Uran voneinander getrennt.

Sollten Anhäufungen von Plutonium ("kritische Masse") in den Behältern auftreten, z.B. beim Ausfall der Mischvorrichtung, kann das zu einer Atomexplosion führen.

In einer der WAA angegliederten Brennelemente-Fabrik werden aus dem gewonnenen Uran und Plutonium Mischoxid-Brennelemente hergestellt, die (in unterschiedlicher Zusammensetzung) in Leichtwasserreaktoren und im "Schnellen Brüter" verwendet werden können.

Die hochradioaktive Spaltproduktlösung wird eingedampft, in Glasblöcke gegossen und endgelagert. Die anderen Materialien, die mit den Brennelementen in Berührung gekommen sind, werden ebenfalls endgelagert.

Die Wiederaufarbeitung ist kein Prozeß der sich ständig wiederholen läßt – maximal zwei Aufarbeitungen sind möglich, danach läßt sich das wiedergewonnene Uran wegen der starken "Verunreinigungen" nicht mehr verwenden. Dann muß endgelagert werden.



Funktionsweise einer WAA

Warum aber wird dann immer mehr Kernenergie erzeugt? Hier steckt ein strategisches Interesse der Bourgeoisie dahinter.

"Vordringliches Ziel der Energiepolitik muß es sein, die hohe Ölabhängigkeit so rasch und so weit wie möglich zu verringern", schrieb die CSU in ihrem Landtagswahlprogramm 1982. Rund 50 % des Primärenergieverbrauches in der BRD sind Öl. Das ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge, denn für sie muß Energie nicht nur billig, sondern auch uneingeschränkt verfügbar sein. Dies spricht die Bayerische Staatsregierung auch offen aus: "Den größten Teil unseres Mineralöl- und Erdgasbedarfs decken wir durch Importe aus politisch wenig stabilen Staaten und aus dem Ostblock. Unsere Energieversorgung ist damit von der unsicheren politischen Entwicklung in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und der Lieferbereit-

dem weiteren Ausbau der Kernkraftwerke und einer WAA, die die Energieträger liefert, kommt die Bourgeoisie ihrem Ziel der "energiepolitischen Unabhängigkeit" einen Schritt näher. Deshalb wird der Bau der WAA auch so vehement betrieben.

### Was geschieht in einer WAA?

Das Atomgesetz fordert für jedes KKW einen Entsorgungsnachweis, der bisher durch Verträge mit der WAA in La Hague (Frankreich) möglich war. Die Verträge laufen jedoch 1986 aus.

Zur Zeit fallen in den KKW der BRD jährlich ca. 500 t abgebrannte Brennelemente an (die DWK rechnet mit einem Anwachsen auf 900 bis 1000 t im Jahr 2000), die in der WAA aufgearbeitet werden sollen.

Die Brennelemente, die in Leichtwasserreaktoren verwendet werden, enthalten zu Beginn ihres Einsatzes ca. 3 % spaltbares Uran 235 und 97 % Uran 238, das bei der Energiegewin-



Die WAA ist ein teures, riskantes Hilfsmittel für die Streckung der Brennstoffvorräte. Ein unendlicher Brennstoffkreislauf kann nicht geschaffen werden, eine Erhöhung der Unabhängigkeit in der Energieversorgung kann damit jedoch erreicht werden.

### Atomstrom billig?

"Dank Kernenergie keine Strompreiserhöhung" – so lautet eine Überschrift in der Bayerischen Staatszeitung vom 26.04.85. Diese Behauptung stimmt insofern, als die Energiegewinnung in KKWs ungeheuer subventioniert wird: Forschung und Folgekosten werden nicht von den Betreibern bezahlt. Bezüglich der WAA erklärt die Bayernwerk AG, daß "die Kosten einer deutschen Wiederaufbereitungsanlage bereits in den heutigen Kernenergie- und Stromerzeugungskosten enthalten sind" (Bayer. Staatszeitung). Die DWK ist da schon etwas vorsichtiger: Sie geht davon aus, daß mit der Wiederaufarbeitung eine Kilowattstunde Atomstrom 1,5 Pfg. mehr kostet. Tatsächlich aber wird es eher so aussehen, daß eine Kilowattstunde bis zu 33 Pfg. mehr kostet, wie das Freiburger Ökoinstitut ausgerechnet hat. Die Berechnungen der DWK beruhen auf folgenden Voraussetzungen: Sie geht davon aus, daß die WAA mit voller Kapazitätsauslastung betrieben werden kann. Die einzig vergleichbare WAA in La Hague (Frankreich) erreicht aber nur eine Auslastung von 20% wegen der in solchen Anlagen hohen Ausfallzeiten aufgrund von Störfällen, Reparaturen und Unfällen.

### Profite der WAA-Erbauer

Während der Auftraggeber für die WAA die DWK ist, die Bund, Ländern und Kommunen gehört, gehen die Milliarden Profite, die es beim Bau der WAA zu verdienen gibt, an das Errichtungskonsortium der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (EWW). Zu diesem Konsortium gehören namhafte westdeutsche Großkapitalisten wie KWU (Siemens), Kraftanlagen AG Heidelberg (Berliner Handelsbank), NUKEM Hanau (Degussa, Dresdner

Bank, Deutsche Bank, Allianz, Siemens), Hochtief AG Frankfurt (RWE, Familie Dr. Rumpf-Gail), Uhde/Lurgi (Hoechst AG) u.a.

Und weitere Profite winken. Sollte die WAA tatsächlich gebaut werden, hätten die Erbauer eine Erfahrung nachzuweisen, die ihre Chancen im internationalen Baugeschäft für Atomstromanlagen sichtlich verbessern würde. Außerdem könnte die DWK als Betreiberin mit der französischen WAA in La Hague in Konkurrenz um die lukrative Verwertung des weltweit anfallenden Atom Mülls treten.

### Waffenplutonium aus WAA?

Die Staatsregierung sagt: "Das bei der Wiederaufarbeitung gewonnene Plutonium ist für den Bau von Kernwaffen völlig ungeeignet." (By 1/85 – Werbeschrift der Staatsregierung).

Erst seitdem auf der großen Demonstration am 16.2.85 viele Sprecher auf die Möglichkeit der Plutoniumproduktion für Bomben hingewiesen haben, sieht sich die Staatsregierung gezwungen, zu diesem Vorwurf etwas zu sagen und dabei lügt sie dann dreist. Sollte irgendjemand diese Lüge nicht glauben, wird weiter abgesichert: "Im übrigen hat sich die Bundesrepublik Deutschland bereits 1954 in völkerrechtlichen Vereinbarungen verpflichtet, weder Kernwaffen zu besitzen, noch welche herzustellen. Außerdem hat sie sich zur Kontrolle dieser Vereinbarungen der internationalen Überwachung von spaltbarem Material unterworfen."

Zweierlei ist bekannt:

- Verträge können auslaufen, wie z.B. der Atomwaffensperrvertrag 1995, sie können auch gekündigt oder einfach gebrochen werden, wenn das Interesse dazu groß genug ist, und
- die "außenpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung" sind als re-vanchistische Ansprüche eine ausreichende Grundlage dafür, Atomwaffen im eigenen Land produzieren zu wollen und auch hier unabhängig zu werden.

In der jahrelangen Auseinandersetzung um die WAA haben die Bürgerinitiativen und die Naturschutzorganisationen nützliche Aufklärung über die technologischen und biologischen Zusammenhänge geleistet. Gegenüber der Staatsregierung entlarven sie jeweils im Detail das "undemokratische Vorgehen" der Regierung.

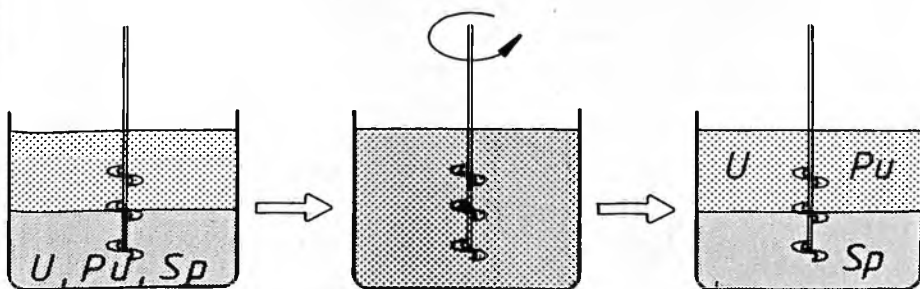
Als Kampfmittel setzen die Bürgerinitiativen und die Naturschutzverbände außer Aufklärung "alle legalen Mittel" ein und wollen die Staatsregierung mit gewaltlosem Widerstand "zur Vernunft bringen".

Ein großes Problem ist die Argumentation der konservativen Kräfte mit der Heimat, denn diese Argumentation kann gegenüber der Staatsregierung nicht standhalten. Es ist ein Leichtes z.B. den Begriff "Heimat = Oberpfalz" auszudehnen auf "Heimat = Deutschland", dann zur Erhaltung der Heimat aufzurufen, wozu es notwendig sei, aus WAA-Plutonium Waffen für die Verteidigung der Heimat gegenüber dem Ostblock zu produzieren und dazu in der Oberpfalz eben Opfer zu bringen. Gegenüber dem Nationalismus ist hier eine Flanke offen. Außerdem behauptet der Begriff "Heimat", es gebe für die unterschiedlichen Teile der Bevölkerung ein "gemeinsames Ganzes" zu erhalten, von dem sie alle gleichermaßen den Nutzen hätten. Für den Fabrikbesitzer mit Villa und Jagdgelände ist die "Heimat" etwas ganz anderes als für den Lehrer mit Einfamilienhaus und Garten oder den Arbeiter mit Einfamilienhaus, das für ihn eben billig ist, das er aber kaum nutzen kann, weil er als Wochenpendler in München arbeitet.

Bei den kirchlichen WAA-Gegnern findet sich diese behauptete Interessengleichheit in einem "Höheren Ganzen", der "Erhaltung der Schöpfung" wieder. Einzelne Pfarrer, verschiedene christliche Jugendgruppen wenden sich offen gegen die WAA, einem Pfarrer – Gegner der WAA – wurde vom Bischof das Predigen verboten. Die Argumentation der Christen unterscheidet sich von der der anderen konservativen Kräfte kaum, auch sie treten "erhaltend" auf. Allerdings setzen sie sich ganz besonders dafür ein, daß keine grundsätzliche Konfrontation entsteht, werben für den Dialog zwischen den Beteiligten und für das Gespräch mit der Polizei.

Die Mehrheit der kirchlichen Vertreter lehnt eine "sachpolitische Festlegung" ab, tritt dann aber deutlich staatsertreu und für die WAA auf, wie z.B. der Generalvikar Morgenschweis im Bistumsblatt. Er fordert von seinen Gemeindemitgliedern eine Bereitschaft zum Risiko "im Vertrauen auf Gott" und "im Vertrauen zu den Menschen, die sich redlich und verantwortungsbewußt mühen in Forschung und Führung".

BUND, BN, ÖDP und einige Bürgerinitiativen drücken offen ihre Hoff-



U = Uran    Pu = Plutonium    Sp = Spaltprodukte

Bild 1: Trennung der Substanzen



Flugblatt der BI-Regensburg zitiert Kardinal Höffner: "Der Mensch hat Macht über die Natur gewonnen. Es tut not, daß er Gewalt über sich selbst gewinnt ... Der Trieb, alles zu verwirklichen, was machbar ist, führt zur Zerstörung."

nung aus, daß ihr Kampf sich in einem Wahlergebnis gegen die CSU niederschlagen werde. 1982 konnte die CSU in den Wahlen zum Landtag noch 61,9% der Stimmen in der Oberpfalz erringen (Bayern 58,3%) und in Schwandorf direkt immer noch 50%. Die Auseinandersetzung um die WAA hat sich verschärft. Es stellt sich die Frage, wie diese konservativen Kräfte reagieren werden, wenn sich die Aus-

einandersetzungen weiter verschärfen. Solange der Gedanke des "Schutzes der Heimat" noch so ungebrochen vertreten werden kann und eine klassenbewußte Kritik an der Staatsregierung sich nicht entwickelt, besteht die Gefahr, daß dieser Teil des Widerstandes gegen die WAA z.B. über die Gewaltfrage oder die Frage des Nationalismus auf die Seite der Staatsregierung gezogen werden kann.

### DGB-Beschlüsse wenig hilfreich; SPD-Frontwechsel möglich; GRÜNE für Stilllegung aller Atomanlagen

Die Beschlußlage in den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage ist nicht gut. Der DGB selbst hat unseres Wissens auf Bundesebene keine eindeutige ablehnende Stellungnahme verfaßt. Der "Spiegel" berichtete 1983 (Nr. 14) über ein "internes Papier", in dem das Projekt mit der Begründung kritisiert wurde, daß "mit dem gleichen Geld anderswo mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten". Der DGB wendet sich dort nicht gegen das Kernenergieprogramm, sondern tritt für die Endlagerung verbrauchter Brennstäbe an Stelle ihrer Wiederaufarbeitung ein. Der DGB-Kreisjugendausschuß und die Schwandorfer Ortsvorstände von HBV und DPG erklärten ihre Ablehnung. Der Regensburger ÖTV-Kreisvorstand argumentierte mit einer "sinnlosen Verschwendung öffentlicher Mittel" und einer "geänderten Energieprognose". Die örtlich zuständige IG Bergbau und Energie dagegen sprach sich gar mit den von Bundes- und Staatsregierung verbreiteten "Argumenten" ausdrücklich für die Errichtung der WAA aus.

Erst im Oktober 1984 schließt sich

die Landtagsfraktion der bayerischen SPD einem Parteitagebeschuß an und erklärt, daß sie den Bau einer WAA nicht nur für den Raum Schwandorf, sondern generell für die BRD ablehne. Kurze Zeit später erhebt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hiersemann und der ostbayerische Bezirksvorstand die WAA zu einem "zentralen Wahlkampfthema": "Der einfachste Weg zur Verhinderung der WAA ist eine SPD-Bundesregierung 1987." Die CSU warf den Sozialdemokraten nach der Entscheidung der Landtagsfraktion vor, sie verlasse "eine von der früheren SPD-geführten Bundesregierung und den Ländern 1979 gefaßte Entschliebung", in der "Wiederaufbereitung und Endlagerung als gemeinsame Bestandteile des integrierten Entsorgungskonzepts" angesehen worden seien. Da die SPD in ihrer jetzigen Kritik am Bau der WAA den strategischen Zweck jenes "Entsorgungskonzepts" nicht im geringsten berührt, ist der CSU-Vorwurf leider nur bedingt richtig. Ein erneuter Frontwechsel scheint nicht ausgeschlossen. Hiersemann erklärte, daß "diese Technologie die Endlagerung als Kernproblem der atomaren Ent-

sorgung gegenwärtig nicht löse". Zugleich kündigte er seine Unterstützung an, "mögliche Standorte für ein Endlager in Bayern prüfen zu lassen". Zu Recht weist der Bundesvorstand der GRÜNEN daraufhin, daß die SPD die Endlagerung favorisiere, "um den Weiterbetrieb und Ausbau des 'Atomprogramms' politisch abzusichern".

Weitere Ablehnungsgründe der bayerischen SPD sind die relative "Kostspieligkeit" im Vergleich zum Endlager und "gravierenden Nachteile des Standortes Wackersdorf". Mit dem "Arbeitsplatzargument" kommt die SPD der CSU weit entgegen. Hiersemann beklagt, daß "sie den Landkreis wegen der hohen Arbeitslosigkeit 'ködern' wolle" und fordert stattdessen "die Ansiedelung von Betrieben der Umweltindustrie". Diese Argumentationslinie führt in der Region selbst soweit, daß CSU- und SPD-Funktionsträger gemeinsam gegenüber der DWK um die "Auftragsvergabe an Oberpfälzer Firmen" ringen. Hierin liegt auch ein Grund, warum die SPD-regierten Länder den WAA-Gegnern in den Rücken fielen, als sie auf Bundesebene den Beschluß ermöglichten, der den geplanten WAA-Standort zum subventionierten Grenzfördergebiet erklärt.

Die SPD wird die Demonstration am 12. Oktober unterstützen, hat den Aufruf jedoch nicht unterschrieben, da sie die geforderte "Stilllegung aller Atomanlagen" ablehnt. Auffällig ist auch, daß der von vielen WAA-Gegnern vorgebrachte Hinweis, daß die Wiederaufarbeitungstechnologie die Produktion westdeutscher Atomwaffen ermögliche, in der SPD-Argumentation so gut wie keine Rolle spielt.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN erstellte in Vorbereitung dieser Demonstration ein Faltblatt, in dem er nicht nur gegen jegliche Wiederaufarbeitung eintritt, sondern auch die "Stilllegung aller Atomanlagen" propagiert. Weitere zentrale Losungen lauten: "Nein zur heimlichen Atomrüstung! Für Ökologie und sinnvolle Arbeit! Gegen Atomstaat und Grundrechtsabbau!" Die GRÜNEN führen den Bau der WAA auf die Interessen der "Atomindustrie" sowie auf das Betreiben reaktionärer Politiker, insbesondere von Strauß, zurück, die die "Produktion westdeutscher Atomwaffen anstreben". Es stellt einen schweren Mangel dar, daß die strategischen Energieinteressen des BRD-Imperialismus nicht angegriffen werden. Dies zumal die "Sicherung kostbarer Rohstoffe" das tragende "Argument" der Staatsregierung darstellt. Die GRÜNEN konstruieren einen Widerspruch zwischen "Atomwirtschaft" und "nicht vorhandenem öffentlichen Bedarf". Der Umstand, daß der Reaktion auf dem Gebiet der "Rohstoffsicherheit der BRD" weitgehend das politische Terrain überlassen wird, hat zur

Folge, daß die bayerischen GRÜNEN – und hier insbesondere die Oberpfälzer – die Auseinandersetzung fast ausschließlich über die "ökologische Sicherheit der WAA" bzw. deren juristischer Überprüfung führen. Es blieb daher auch nicht aus, daß sich die poli-

tischen Positionen weitgehend dem konservativen Heimat- und Naturschutz angeglichen haben bzw. identisch sind. Ein erfolgreicher Landtagswahlkampf 1986 gegen die CSU kann so nur schwerlich geführt werden.

### Kritik an imperialistischen Zielen ist entwickelt – aber schwer durchsetzbar

Kräfte, die im Kampf gegen die WAA links von SPD und GRÜNEN in Erscheinung treten, sind vor allem DKP/Friedensliste, Anti-NATO-Initiative, Autonomes WAA-Plenum Bayern. Weitere Organisationen haben einzelne Flugblätter zum Problem veröffentlicht, darunter Marxistische Gruppe (MG), Anarchistische Gruppe Regensburg, BWK.

Die Autonomen und die Anti-NATO-Initiative arbeiten richtig heraus, daß die Interessen von "Regierung und Industrie" an der WAA "aus dem imperialistischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Wirtschaft entspringen" und "der Kampf gegen die WAA sinnvoll nur als Kampf gegen Staat und Kapital geführt werden kann". (Flugblatt der Autonomen)

Als Hauptgrund für die WAA wird die Absicht der BRD gesehen, Verfügungsgewalt über die Atombomben (eigene Produktion) zu bekommen. Dabei wird auf die Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) und die Aufhebung des Produktionsverbotes von Mittel- und Langstreckenraketen in der BRD durch die WEU 1984 und auf das Auslaufen des Atomwaffensperrvertrags 1995 hingewiesen. Der Versuch wird gemacht, die Kräfte der "Friedensbewegung" und der Anti-WAA-Bewegung über

diesen Punkt zusammen zu bringen.

Das strategisch bedeutsame Interesse der Bourgeoisie nach Unabhängigkeit der Energieversorgung erscheint dann als Nebeneffekt: "Die Stromproduktion ist derzeit nur noch willkommenes Nebenprodukt, um die Bevölkerung die Kosten für die Bombenentwicklung über den Strompreis bezahlen zu lassen."

Während die Anti-NATO-Initiative vorwiegend durch Propaganda, Veranstaltungen, Vertrieb von Broschüren in Regensburg tätig ist, rufen die Autonomen zur Bauplatzbesetzung auf, haben ein Sommerlager am Bauplatz durchgeführt und durch örtliche Veranstaltungen den Kontakt mit der Bevölkerung gesucht. Durch ständige Polizeiverfolgung von Kräften, die sich an illegalen Aktionen beteiligen (Sprüh- und Klebeaktionen, Besetzungen), will die Staatsregierung die Spaltung in "Radikale" und "Bevölkerung" erreichen. Wohnungsdurchsuchungen finden statt, Verhaftungen, Beschlagnahmung der anarchistischen Zeitschrift "Der Freiraum". Nachdem Teile der Bürgerinitiativen und die SPD sich betont als gewaltfrei darstellen, entwickelt sich die Kritik und Abgrenzung der linken Kräfte vorwiegend auch um die Frage der Mittel und Aktionsformen. Das führt zu einer von

der Staatsregierung gewünschten Spaltung.

Die DKP hat sich zum Teil der Argumentation angeschlossen, daß der Grund zum Bau der WAA die Plutoniumproduktion sei: "Der Grund für die Entscheidung für die WAA ist kein wirtschaftlicher, sondern ein militärischer. Die WAA ist der direkte Griff zur Atombombe." Ferner greift die DKP aber auch Argumente der Bürgerinitiativen auf.

Es gibt also eine positiv entwickelte Kritik am Atomprogramm der westdeutschen Bourgeoisie, an der verschiedene Organisationen arbeiten. Zusammenarbeit z.B. bei Untersuchungsprojekten ist möglich und sollte angestrebt werden.

Bisher ist es aber kaum gelungen, diese Kritik auch im Kreis der BIs und Naturschützer zu verbreiten. Die Kräfte des linken Spektrums sind zu gering, um für die Staatsregierung wirklich ein Hindernis darzustellen. Ohne die mehr konservativ motivierten Kräfte des Widerstandes wird die Front zu schwach sein. Ihre Widersprüche zur Staatsregierung müssen verschärft werden. Ansatzpunkte dafür sind da, denn die konservativen Kräfte stehen in der Frage der WAA in heftigem Widerspruch zur Staatsregierung und ihrem "unmenschlichen" Atomprogramm. Der Graben zwischen ihnen und der Staatsregierung muß vertieft werden, und das kann auch gelingen, wenn deutlich gemacht wird, daß die Politik der Staatsregierung nicht nur in diesem Punkt "unmenschlich" ist, sondern ohne Rücksicht auf berechnete Interessen der Volksmassen die Interessen der Kapitalistenklasse durchsetzt.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, Mittelbayerische Zeitung, Flugblätter und Broschüren der genannten Organisationen – (mpu, ola, rew, uth)



Links: dpa-Funkbild ging im August durch die Presse, Unterschrift: "Trotz Vermummungsverbot war eine Reihe von Teilnehmern des 'Waldspaziergangs' im Taxöldener Forst maskiert." – Tatsächlich zeigt das Bild die Aufführung eines Sketches. Rechts: Mit starkem Polizeieinsatz wurde der Bau des "Freundschaftshauses" verhindert.



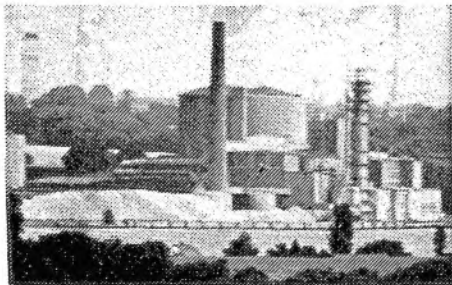
### Dividenden 1985

Das Exportgeschäft blüht, die Löhne sind gesenkt, erste Steuersenkungen in Kraft und weitere mit der Mehrheit von Unionsparteien und FDP sicher: Die westdeutschen Kapitalisten, insbesondere die großen Konzerne, melden hervorragende Geschäfte. Ihre Kriegskassen für die internationale Konkurrenz sind gefüllt wie lange

nicht mehr, die Dividenden werden erhöht, um noch mehr Leute mit Vermögen anzustacheln, ihr Geld in Aktien anzulegen. Tatsächlich sind die Aktienkurse, in Erwartung weiterer Dividendenerhöhungen, seit 1982 auf den doppelten, wenn nicht dreifachen Kurs gestiegen. Welche nächsten Expansionsziele haben sich die großen Konzerne auf ihren Jahreshauptversammlungen gesteckt?

### USA: Reagans Steuerreform

Noch in diesem Herbst will US-Präsident Reagan eine Steuerreform verabschieden lassen, die einen Abbau der Einkommensteuern für die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen sowie der Unternehmenssteuern bringen soll. Nach den Modellen der Konservativen werden die Steuersenkungen den privaten Konsum und die Investitionen ankurbeln und darüber wieder die Staatskassen füllen. Welche Auswirkungen hat die Steuerreform für die Haushalte der Lohnabhängigen in den USA? Wie vereinbaren sich Steuersenkungen und das Verlangen der US-Monopolbourgeoisie, das gigantische Wachsen der Staatsschuld zu stoppen?



### Nahrungsmittelindustrie

Im Kreis Schleswig-Flensburg ist die Nahrungsmittelindustrie nach öffentlichem Dienst und Bundeswehr der drittgrößte Vernetzer von Arbeitskraft. In diesem Industriezweig ist die Kampagnen- und Saisonarbeit gang und gäbe. Besonders die produktionsintensiven Zeiten bedeuten für die Arbeiter und Arbeiterinnen Überstunden

zuhauf. Die Arbeitsbelastung ist extrem; geregelte Arbeitszeit gibt es kaum. Gerade in diesen Bereichen wird versucht, die Löhne durch manche Schweinereien zu senken. Aber nicht nur die Arbeiter sind dem Diktat der Kapitalisten unterworfen. Die Kapitalisten sind in den Gemeinderäten vertreten und bestimmen nicht nur dort, was zu ihrem Nutzen passieren soll.

### Wofür hat Bischof Tutu den Friedensnobelpreis erhalten?

Das Nobelpreiskomitee erklärte, Tutu erhalte den Nobelpreis für seine "Rolle als Führer und Einiger der Bewegung zur Lösung der Apartheid-Probleme in Südafrika". Der anglikanische Bischof hat sich tatsächlich seit langem bemüht, vor allem in Südafrika Verbindungen zu allen Strömungen des Befreiungskampfes zu halten und auf sie Einfluß zu nehmen. Er nutzt seine Stellung als Bischof der britischen Kirche, die weniger im Geruch des Rassismus steht als die protestantische Burenkirche, um für eine solche Befreiung Südafrikas von weißer Vorherrschaft zu streiten, die eine christliche Gemeinschaft aller Rassen und Klassen ermöglicht.



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

#### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

#### Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 73 76  
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

#### Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen  
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen  
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Mz, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40  
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76  
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler.  
Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.